

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 3.00 pro Monat, 1.10 pro Quartal...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 15. Januar 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Inserions-Gebühr
Bekannt für die festgesetzte Kolonnen-
größe oder deren Äquivalent...

Die Oesterreicher in Cetinje.

Der Konflikt in der deutschen Sozialdemokratie.

Von Rudolf Hilferding.

Als am 4. August die deutsche Sozialdemokratie vor die schwerste und folgenreichste Entscheidung ihrer bisherigen Geschichte gestellt ward, erfolgte ihr Auftreten nach außen in allgewohnter Einheit und Geschlossenheit...

Die Motive dieser Haltung sind klar. Die ungeheure Katastrophe, die über die Menschheit hereinbrach, konnte auch für die Partei außerordentliche Gefahren mit sich bringen: innere Gefahren, indem die breiten Massen sich unter der überwältigenden Suggestion der Ereignisse von der Kriegs-ideologie fortreißen ließen und sich von der Partei abwandten...

Berufen wir uns die Bedeutung dieser Entwicklung — denn es handelt sich wahrhaftig um eine bedeutungsvolle geschichtliche Entwicklung innerhalb der Arbeiterbewegung und nicht um persönliche Gegensätze — einigermaßen klarzumachen, soweit es unter den gegenwärtigen Verhältnissen eben möglich ist.

Die Zustimmung der Sozialdemokratie zu den Krediten am 4. August erschien Freund und Feind als Ueberraschung. Sie war die erste psychologische Wirkung des Kriegsausbruches. Ihre Bedeutung sowohl für den Fortbestand der Internationale als auch für die nächste Entwicklung der Partei und ihrer weiteren praktischen Stellungnahme war vielen noch verborgen.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 14. Januar 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Sturm und Regen blieb die Geschäftstätigkeit auf vereinzelte Artillerie-, Handgranaten- und Minenkämpfe beschränkt.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.

Oberste Heeresleitung.

Cetinje besetzt.

Wien, 14. Januar. (W. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht, 14. Januar 1916.

Die Hauptstadt Montenegro ist in unserer Hand. Den geschlagenen Feind verfolgend, sind unsere Truppen gestern nachmittag in Cetinje, der Residenz des montenegrinischen Königs, eingedrungen. Die Stadt ist unversehrt, die Bevölkerung ruhig.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Daefer, Feldmarschalleutnant.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 14. Januar. (W. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht: Wien, 14. Januar 1916.

Russischer Kriegsschauplatz.

Der Feind versuchte seit gestern früh neuerlich, unsere besarabische Front bei Tschornik und östlich von Karanetz zu durchbrechen. Er unternahm fünf große Angriffe, deren letzter in die heutigen Morgenstunden fiel. Er mußte aber jedesmal unter den schwersten Verlusten zurückgehen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Südwestfront ereignete sich nichts von Bedeutung. Einzelne Punkte bei Malborghet und Raidi standen unter feindlichem Geschützfeuer. Die Tätigkeit der italienischen Flieger erstreckte sich auch auf den Raum von Triest. Eine auf Spirano abgeworfene Bombe verursachte keinen Schaden.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Montenegro-Truppen haben unter Preisgabe ihrer Hauptstadt an allen Punkten ihrer Süd- und Westfront den Rückzug angetreten. Unsere Truppen sind in der Verfolgung über die Linie Budua-Cetinje-Grab-Grachovo hinausgedrungen und bringen auch östlich von Bileca und bei Avtovac ins montenegrinische Gebiet ein. Bei Grachovo fielen 3 Geschütze samt Bedienung, 500 Gewehre, ein Maschinengewehr, viel Munition und anderes Kriegsgeschütz in unsere Hand.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Daefer, Feldmarschalleutnant.

Diese Hoffnungen und Erwartungen, die freilich schon damals nicht von allen Vertretern der Minoritätsauffassung geteilt wurden, haben sich nicht erfüllt.

Auch die deutsche Sozialdemokratie hat — wie die meisten anderen Glieder der Internationale — dem Sturm nicht standzuhalten vermocht.

Der größte Teil der Führung und der Parteipresse wich Schritt für Schritt von der Linie, die die Erklärung der Fraktion noch innegehalten hatte.

Die Abstimmung selbst hatte in der breiten Öffentlichkeit, obgleich gegen den Willen auch der Mehrheit, als eine Art Sanktion des Krieges durch die Sozialdemokratie gewirkt. Der Belagerungszustand und die Zensur verhinderten eine wirkliche und eingehende Aufklärung der Massen über die Stellung der Partei. Da wäre Zurückhaltung und Vorsicht in der Beurteilung besondere Pflicht der Parteiorgane, namentlich der Presse gewesen.

des kapitalistischen Systems und all seiner Träger trat die Sanktionierung der offiziellen und offiziellen Darstellungen der Kriegsfäden...

Die internationalen Beziehungen des Sozialismus, die durch den Kriegsausbruch und das Verhalten der Partei ohnedies fast hoffnungslos gestört waren, wurden durch die Polarisierung eines Teiles der Parteipresse, die, von oftmals falschen Voraussetzungen und falschen Beurteilungen ausgehend, jede Zurückhaltung vermiesen ließ, wie durch das ungeschickte Auftreten mancher Genossen im Auslande vollends vergiftet.

Im Innern der Partei aber wurden die Angriffe gegen die Grundzüge der Partei und die Grundlagen ihrer Taktik immer heftiger. Die Befürworter des „Umlernens“ befürworteten einen politischen Fatalismus, der praktisch auf die Anerkennung des Imperialismus, auf die Zurückstellung der sozialistischen Ideale, und ihre Ausschaltung aus der politischen Praxis hinauslaufen mußte. Die prinzipielle Stellung der Partei zu den Fragen des Militarismus, den Flottenrüstungen, der Kolonial- und Schutzollpolitik wurde als erledigt erklärt, die Anerkennung der Grundlagen der herrschenden ... Politik als Ausgangspunkt ihrer künftigen Taktik, das Prinzip des ... durch die Gelegenheitsmachei der Arbeitsgemeinschaft ... zu ergänzen empfohlen. Und diese stetige Propaganda gegen das, was bisher den Charakter der Sozialdemokratie ausmachte, entfaltete sich zu derselben Zeit, in der Zensur und Belagerungszustand die Anhänger der alten Parteigrundzüge an jeder Gegenwirkung nur allzu sehr hinderten.

War die Partei in der bewegenden Frage so immer mehr zu einer Stellungnahme geführt worden, die praktisch sie in Reich und Glied mit den bürgerlichen Parteien gestellt und in die Gefolgschaft der Regierung gebracht hat, so mußten dies auch in allen anderen Fragen auf ihre Stellung zurückwirken. Gewiß haben die Partei als solche und ihre politischen und gewerkschaftlichen Organisationen auch in dieser Zeit Wichtiges und Bedeutendes für die Arbeiterklasse geleistet, auf dem Gebiete der Kriegsunterstützungen, der Lebensmittelversorgung, der Lohn- und Arbeitsverhältnisse als tatkräftige Sachwalterin der Arbeiterinteressen sich bewährt. Aber was sie auf diesem Gebiete erreichte, war nicht mehr und nicht weniger, als ihr Regierung und Unternehmerchaft im Drang der Kriegsumstände zugezogen konnten und wollten. Im übrigen aber war die Regierung der Partei in der Frage, auf die es ihr allein ankommen mußte, ohnehin sicher und konnte daher frei das Maß bestimmen, in dem sie ihr sonst entgegenkommen wollte. Und so blieben nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern vor allem auf dem politischen Gebiete die Wünsche der Partei unberücksichtigt. Auf die Handhabung des Belagerungszustandes und der Zensur waren die Forderungen der Partei ohne wesentlichen Einfluß, eine wirklich aktive Stellungnahme, eine eigene Kritik, eine praktisch politische Beeinflussung blieb ihrer Presse verweigert. Gatten ja doch auch im vorhinein etwaige Proteste der Partei wenig Nachdruck, wenn ein sozialdemokratischer Abgeordneter im preussischen Landtag erklären konnte, daß die Partei nicht etwa dem äußeren Zwang gehorchend, sondern innerlich den Bürgerkrieg anerkenne oder ein leitender Redakteur einer großen Parteizeitung die Bekämpfung der Zensur so auffaßte, daß er denen, die unter der Zensur nicht schreiben könnten, den Rat erteilte, die Feder aus der Hand zu legen. Das Resultat war jedenfalls, daß eine politische Bewegungsfreiheit der Sozialdemokratie nicht erreicht wurde.

So kam, was kommen mußte. Nahezu anderthalb Jahre dauerte der Krieg, währte die Taktik, die die Führung unter der Diktatur der Rechten verfolgte. Und ihr Erfolg? War mag die Sache selbst für gut oder schlecht, für unvermeidlich

oder nicht halten, Tatsache ist, daß während des Krieges die deutsche Sozialdemokratie eine Entwicklung durchgemacht hat, die ihre geistige und politische Selbständigkeit in Frage stellt. Tatsache ist, daß die größte Partei der Welt als selbständige Kraft während der größten Entscheidung der Geschichte nicht in Erscheinung tritt, daß die in ihrer Organisation angesammelte moralische und materielle Macht nur wirksam wurde, indem und soweit sie sich den Kriegszwecken der Regierung unterordnete, daß sie aber ohne jeden wirklichen Einfluß auf das Geschehen bleibt, ohne Macht und, was viel schlimmer, ohne jeden Willen nach eigenem Geheiß zu eigenem Ziele zu streben. Sinter den Anmerkungen und Vorbehalten, die ihre offiziellen Kundgebungen zu den Ereignissen machen, die die anderen lenken und leiten, steht und kann nach der ganzen Haltung der Partei nicht stehen jene Tat- und Opferbereitschaft, ohne die diese Erklärungen eben nur bloße Worte bleiben, und es ist nur die Konsequenz dieser Haltung, daß heute die Partei sich selbst politisch nur als Stütze der Regierung einschätzt und ihre Hoffnung und Erwartung auf den Reichskanzler setzt, der angeblich in seinen Kriegsziele im Gegensatz zu den weitergehenden Wünschen der bürgerlichen Parteien sich befindet soll.

Die Situation der Partei hat sich also seit dem 4. August von Grund aus geändert. Die Partei ist von außen nicht bedroht, der Bestand ihrer Organisation und ihrer Presse gefährdet. Nicht der Partei in ihrem äußeren Gefüge, sondern ihrem inneren Wesen, ihrem demokratischen, sozialistischen, internationalen Charakter droht die Gefahr, nicht an ihrem Leibe, sondern an ihrer Seele droht sie Schaden zu nehmen. Kräfte, die die Sozialdemokratie in eine reformistische Arbeitspartei umzuwandeln streben, sind immer eifriger an der Arbeit.

Eine wirklich erfolgreiche Gegenwirkung gegen diesen Umwandlungsprozeß ist aber dessen Gegner nur an einer Stelle möglich — im Reichstag. Alle anderen Mittel, zur Masse der Arbeiter und Parteigenossen zu sprechen, verfügen unter der Herrschaft der Zensur. Auf die Redefreiheit im Parlament gerade zu einer Zeit zu verzichten, wo die Benutzung der Parlamentarität die einzige Möglichkeit ist, überhaupt zu reden, wäre ein Akt der Selbstverleugnung, der nur zu rechtfertigen wäre, wenn durch das Reden der Partei besonderer Schaden erwachsen würde. Ist das aber nicht der Fall, dann wäre die Unterlassung eine Verletzung der demokratischen Pflicht, die Massen über die vorhandenen Gegenstände zu informieren und so die Parteigenossen in den Stand zu setzen, selbst Stellung zu nehmen und schließlich die Entscheidung zwischen den entgegenstehenden Anschauungen zu treffen, der sich dann schließlich alle Parteifunktionäre unterzuordnen haben. Der Belagerungszustand und die Zensur schaffen aber für die Partei, die nur die demokratische Entscheidung der Parteigenossen in ihrer Gesamtheit anerkennen kann, einen besonderen Notstand. Und dieser besondere Notstand macht es erklärlich, daß die Minorität auf den Gedanken kommen konnte, das von der einzig freien Tribüne aus den Parteigenossen zu sagen, was sie sonst in den Parteiversammlungen und der Presse gesagt hätte.

Will man behaupten, daß die Stellung der Partei in künftigen Entscheidungen durch das Auftreten der Minorität geschädigt sei, so ist auch dies offenbar unrichtig. In allem, was die Majorität sozialdemokratisches tun will und wird, wird sie ja nicht nur auf Widerstand, sondern auf die leidenschaftliche Mitwirkung der Minorität rechnen können. Gerade die Unterhöhlung der sozialistischen Prinzipien schwächt die Partei in allen kommenden Kämpfen, und gerade im Interesse dieser Kämpfe war es notwendig, dieser Propaganda offen entgegenzutreten. Geschädigt wird höchstens die Aktion der Majorität dann sein, sobald sie die Kräfte der Partei noch länger einer Politik zur Verfügung stellt, die auf die Dauer nicht die des Proletariats sein kann.

Und das ist schließlich das Entscheidende: Wohl alle, mögen sie nun der Majorität oder der Minorität angehören, haben die Empfindung, daß es sich um die grundlegende Entscheidung über die künftige Politik der Partei und somit um die Zukunft des Sozialismus überhaupt handelt. Der Krieg hat die Tatsache aufgedeckt, daß die Führung der deutschen Sozialdemokratie allmählich zu der Führung einer Labour Party geworden war, für die der Sozialismus mit seinen Konsequenzen für die Politik der Partei zu einem weit entfernten Feiertagsideal geworden, eine Führung, deren Gedanken sich nur auf die Sorgen und Mühen des Tages erstreckte. Der Krieg mit seinen ideologischen Begleiterscheinungen, mit dem Aufschwung des Nationalismus, der Zerreißung der internationalen Solidarität, der Suspension . . . und den Verbrüderungsillusionen des Bürgerfriedens hat Tendenzen in der Partei allzu mächtig werden lassen, die zu einer Verwischung ihres sozialistischen . . . Charakters, zu einer Anpassung der proletarischen Parteiziele an die Bedürfnisse der kapitalistischen Gesellschaft führen müßte. Zugleich aber hat der Krieg, der diese Ideologie begünstigte, je länger je mehr die realen Grundlagen untergraben, auf denen sie erwachsen und sich erhalten konnten. Je länger der Krieg dauert, desto mehr schafft er die Bedingungen für eine Zukunft der schwersten sozialen Konflikte innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft. Diese Konflikte werden die arbeitenden Massen zu jenen großen Kämpfen zwingen, von deren Ergebnis wir die Neuordnung der Gesellschaft erwarten. Dazu muß aber das Proletariat mit Bewußtsein seiner Aufgaben und der Mittel ihrer Lösung erfüllt sein, und deshalb gab es für alle, die von der unerlöschlichen Richtigkeit unserer Grundföhrung überzeugt sind, keine Wahl: sie mußten den falschen Ideologien, die auf einer Verkennung der geschichtlichen Bedingungen der sozialen Entwicklung beruhten, endlich dort entgegenzutreten, wo ihre Propaganda ihre stärkste Wirkung tut, vor der ganzen Öffentlichkeit im Parlament, trotz aller Bedenken, die in normalen Zeiten einem solchen Vorgehen sich entgegenstellen. Sie haben damit auch formell nichts anderes getan als die Majorität, die gleichfalls mit Berufung auf die außerordentlichen Umstände ihre Stellung unter offenkundiger Verletzung von Parteitagebeschlüssen, also unter „Disziplinbruch“, wie in der Budgetfrage, wählte.

Die Stellungnahme der Minorität ist aber nicht nur ein Bed- und Mahnruf an die deutschen Parteigenossen, nicht nur eine Warnung an diejenigen, die den Krieg, wie sie ihn nicht zu vermeiden wußten, nicht zu beenden verstehen, sie ist auch ein Appell an die Sozialdemokratie der andern Länder. Allzulange schon war das Proletariat gelähmt durch die Zerschlagung dessen, was die Vorbedingung seines wirklichen Auftretens in der Friedensfrage ist, seiner internationalen Verbindung. Das Auftreten der Minorität wird, des sind wir sicher, die Opposition auch in den Parteien der andern Länder stärken, wird kräftigen, was in Zimmerwald verheißungsvoll begonnen, und wird vor allem auch die Rückkehr zur Be-

stimmung bei vielen Mitgliedern der Majorität beschleunigen. Was stets der Fall, hat sich auch jetzt verhängnisvoll gezeigt: Die opportunistische Taktik bedroht die Einheit der proletarischen Politik, weil sie mit deren Grundlagen über kurz oder lang unvereinbar ist. Wären die leitenden Instanzen der Partei nicht so vollständig auf den schwankenden Boden des Opportunismus getreten, so wäre vielleicht der Opposition der letzte Schritt erspart geblieben. Die Notwendigkeit einer Revolution ist nach einem bekannten Wort auch immer die Schuld der Regierung.

Welche Wirkung wird aber die Spaltung innerhalb der Fraktion auf die Partei ausüben? Wir haben schon gesagt, daß das Auftreten der Opposition den außerordentlichen Umständen geschuldet ist, unter denen wir leben und wirken müssen. Wenn normale Verhältnisse zurückgekehrt sind, wird die Partei sprechen können, und der in Freiheit und nach gründlicher Diskussion gefällten Entscheidung über die politische Taktik können sich alle Parteigenossen einordnen. Wir sehen dieser Entscheidung mit dem Vertrauen entgegen, das uns die wissenschaftliche Erfassung der sozialen Tendenzen gewährt. Die Ideologien, die der Krieg geschaffen, werden ihn nicht überleben; die Gegenläufe, die ihn ausgelöst, hat der Krieg nicht überwunden, er wird sie im Innern der Staaten wie noch außen noch verschärfen. Dann wird sich die Richtigkeit der marxistischen Analyse der gesellschaftlichen Widersprüche erweisen und die proletarische Politik gezwungen sein, sie im Kampfe zu überwinden. Gerade wir Marxisten sind tief überzeugt von der Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterbewegung und ihres politischen Ausdrucks, gerade uns ist der Gedanke an eine Spaltung der . . . Bewegung ein Widerspruch an sich. Wir zweifeln auch jetzt nicht, daß der tiefe Konflikt, der sich innerhalb der Partei und ihrer Leitung aufgelöst hat, vom Proletariat selbst entschieden und überwunden werden wird in der Erneuerung und Vertiefung seines Kampfes für das demokratische und sozialistische Ideal.

Verteidigung der italienischen Kriegsführung.

Bern, 13. Januar. (W. Z. V.) Ein Leitartikel des „Corriere della Sera“ verteidigt die Haltung der italienischen Regierung hinsichtlich Montenegro gegen „Times“ und „Le Temps“ sowie gegen einige italienische Blätter. Der Artikel erweckt den Anschein, daß die Sentente für Montenegro italienische Truppen verlangt hat, was Italien nicht bewilligt habe. „Corriere della Sera“ erklärt zuerst, daß er der italienischen Regierung an dem Tage das Vertrauen entgegenbrachte, an dem er die Ueberzeugung gewann, die Regierung wolle den Krieg auf die Front Stiffier Joch—Montalcone beschränken, wofür alsdann die Regierung über ihre Aufgabe eine irrtümliche Auffassung haben werde. Italienische Blätter sollten sich aber hüten, durch ihre Kritiken der ausländischen Presse Nahrung zu geben. In der Presse der Verbündeten Italiens bestände leider die Tendenz, Italien mit einer gewissen Leichtfertigkeit zuzumuten, hier oder dort zu intervenieren. Wenn dann Italien nicht darauf eingehe, so höre man häufig Jagen, Italien müsse Blut- und Energieopfer sparen. Es gehöre ein gut Teil Naivität dazu, zu glauben, daß Truppen, die nicht direkt am Kampfe beteiligt seien, anderswo eingesetzt werden könnten. Solche Truppen gebe es übrigens in Frankreich und Rußland genug, besonders aber in Frankreich, wo hunderttausende Engländer hinter der Front lägen.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 14. Januar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Donnerstagmorgen. Zwischen Somme und Aisne verfuhr der Feind im Laufe der Nacht gegen einen unserer letzten Posten einen Handstreich, der mißlang. In der Champagne wurden zwei Handgranatengriffe, deren einer nordöstlich von der Höhe von Le Mesnil, der andere in der Richtung auf Reillon de Champagne ausgeführt wurde, durch unser Sperrfeuer sofort angehalten. Neue Meldungen über den gestern von den Deutschen im Abschnitt von Forges verführten Gasangriff berichten, daß im Laufe der Operationen der Wind die Gaswolke auf die feindlichen Schützengräben zurücktrieb. Unsere Beschießung der feindlichen Linien war sehr heftig.

Paris, 14. Januar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Donnerstagabend. Im Artois richteten wir auf die Stellungen an der Straße nach Lille ein heftiges Bombardement, durch welches mehrere Punkte der feindlichen Schützengräben und Unterstände zerstört wurden. — Zwischen Somme und Aisne wurde eine deutsche, auf Regimentsstärke geschätzte Abteilung, im Augenblicke, als sie in Reihe einmarschierte, unter unser Feuer genommen. — Nördlich der Aisne beschätzte unsere Artillerie einen Beobachtungsposten und einen Maschinengewehrunterstand und zwang eine feindliche 10,5-cm-Batterie auf der Höhe von Vaucleurs, ihr Feuer einzustellen. — In der Champagne haben wir eine bedeutende Trainkolonne in der Gegend von Gratranil gesprengt. — Im Argonnenwald sprengten wir eine Mine bei Bille-Morte und zwei bei Vauquois.

Belgischer Bericht: Der Artilleriekampf hat im Laufe des 13. Januar an Heftigkeit zugenommen.

Orientarmee: Von der griechischen Front ist nichts zu berichten. — Unser Verteidigungsplan zwang uns, die Eisenbahnbrücken in Demir Hisar und Kildir zu sprengen.

Die englische Meldung.

London, 13. Januar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht aus dem britischen Hauptquartier. In der letzten Nacht machten wir einen Ueberfall auf die feindlichen Laufgräben östlich von Armentières. Ungefähr 20 Feinde wurden niedergemacht und eine Maschinengewehrstellung in ihren Linien in die Luft gesprengt. Unsere Abteilung kehrte sodann nach unseren Laufgräben zurück und brachte zwei Gefangene mit. Die Artillerie war heute auf beiden Seiten bei Vermelles, Bieltje und Willem tätig.

London, 14. Januar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht des britischen Hauptquartiers. Der Feind ließ bei Oudeney eine Mine springen, worauf ein Bombenangriff folgte, der zurückgewiesen wurde. Heute wurde Oudeney mit Granaten beschossen, aber im allgemeinen war der Tag an unserer Front ruhiger. Vier von unseren Flugzeugen, die gestern aufgestiegen waren, sind noch nicht zurückgekehrt.

Der Bericht der russischen Heeresleitung.

Petersburg, 14. Januar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Donnerstag.

Westfront: In Galizien, an der mittleren Steppe, versuchte der Feind unter dem Schutze eines Schneesturmes zweimal bei Dobropole (15 Kilometer nordöstlich Buczac) zum Angriff vorzugehen. Durch unser Feuer wurde er beidemal abgeschlagen. Dort und in der Gegend nordöstlich von Czernowiz wurde der Feind gezwungen, Teile seiner Gräben zu räumen, die wir besetzten.

Schwarzes Meer: Unsere Besatzer vernichteten ein feindliches U-Boot, das an der Anatolischen Küste Gavarie erlitten hatte. Die Besatzer versenkten außerdem noch zwei Segler, die Kohlen geladen hatten.

Kaukasusfront: Im Tale des Arzhaba wurde eine türkische Abteilung, die Stellungen anlegte, durch Feuer zerstört. In der Gegend von Ardysch bei Khadjounel hatten wir Zusammenstöße mit starken türkischen Kräften.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 13. Januar. (W. Z. V.) Amtlicher Kriegsbericht. Längs der ganzen Front dauerte die Tätigkeit der Artillerie an, die durch die Unternehmung von Flugzeugen unterstützt und vervollständigt wurde. Die feindlichen Batterien warfen Geschosse, besonders Brandgeschosse, auf unsere Stellungen auf dem Monte Alifimo (zwischen Garda und Triest), im Valle Terrogno (Triest) und auf Borgo (Suganatal). Es wurde jedoch kein Schaden angerichtet. Unsere Artillerie zerstörte feindliche Dedungen östlich vom Oregonepoh und beschoß Truppenkolonnen und Lagers, die auf dem Mariche im Koder ale (Gail) und in Seebach (Gail) begriffen waren, und zerstörte sie. Im Abschnitt vom Javorrel (Kärntner Seen) und von San Martino del Carlo wiesen wir keine Angriffe des Gegners ab. Am unteren Fionzo schoß die feindliche Artillerie auf Grabiola, Sagrado und Montalcone. Zur Antwort beschoß die unsrige Devetal und Opaciotessa. Im Laufe des 11. Januar warf eines unserer Flugzeuge Bomben auf feindliche Baracken zwischen Tione und Vreguzzo in den Judikarien und kehrte darauf unverletzt in unsere Linien zurück.

General Cadorna.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 13. Januar. (W. Z. V.) Das Hauptquartier teilt mit:

An der Kaukasusfront griff der Feind südlich des Arasflusses zwischen Zahir und Wali Baba und nördlich des Aras zwischen Keutef und dem Harman-Engpaß in der Nacht vom 11. zum 12. Januar mit einer bedeutenden Streitmacht heftig unsere vorgehobenen Stellungen im Zentrum an, erlitt aber infolge unseres Gegenangriffs einen vollständigen Mißerfolg. Der Feind ließ zahlreiche tote und Gefangene, eine Menge Waffen und zwei Maschinengewehre zurück und wurde in seine alten Stellungen zurückgeworfen. Westlich von Dity in der Zone Arak-Geudiyi wurden zwei Angriffe des Feindes in derselben Nacht leicht zurückgewiesen.

Dardanellenfront: Am 12. Januar eröffneten ein Kreuzer, neun Torpedoboote und ein Monitor vor den Meerengen ein zeitweilig aussehendes Feuer gegen Lefke Burun und Sedd ul Vahr. Ein Monitor feuerte ebenfalls erfolglos in der Richtung auf Keldi Vahr, als einer unserer Flieger Bomben auf ihn warf und ihn nötigte, sich in Flammen gefüllt, zurückzuziehen. Am Nachmittag des 12. Januar griff das von Didiide geführte Flugzeug das fünfte feindliche Flugzeug vom Harman-Lyp an und brachte es in der Umgebung von Sedd ul Vahr zum Absturz. Wir fanden den Führer tot, den Beobachter verwundet. Das Flugzeug wird nach kleinen Verbesserungen von uns benutzt werden können. Ein anderer Flieger von uns griff einen englischen Flieger an, der Saros überflog, verfolgte ihn und nötigte ihn, auf Imbros niederzugehen.

Die Engländer veröffentlichten noch immer amtliche Berichte, in denen sie glauben machen wollen, daß der Rückzug bei Anafarta und Kri Burun freiwillig und in voller Ruhe erfolgte. Unsere bisher festgestellte Beute, die die wirklich vorhandene noch nicht vollständig angibt, beweist klar, daß der Rückzug außerordentlich überflüssig war. Die bisher festgestellte Beute umfaßt 10 Kanonen, 2000 Gewehre und Bajonette, 8750 Granaten, 4500 Munitionskisten, 13 Bombenwerfer, 45 000 Bomben, 160 Munitionswagen, 61 leichte Wagen mit Zubehör, 67 Leichtler und Pontons, 2850 Zelte, 1850 Tragbahnen, eine Menge Benzin und Petroleum, Decken und Kleidungsstücke, 21 000 Konfervenbüchsen, 5000 Saad Getreide, 13 500 Schuppen und Hacken. Unter dieser Zahl sind Wasserbehälter und Sterilisiermaschinen nicht enthalten. Sonst ist nichts zu melden.

Schwere Kämpfe in Mesopotamien.

London, 13. Januar. (W. Z. V.) Der Kriegsberichterstatter der britischen Presse in Mesopotamien meldet aus Basra vom 10. Januar: Der Vormarsch, den General Ahlmer aufwärts des Tigris unternahm, um sich mit dem General Townsend bei Kut el Amara zu vereinigen, stieß auf sehr heftigen Widerstand. Am 7. und 8. Januar fanden sehr schwere Gefechte bei Scheilafad statt. Die Vorhut des Generals Ahlmer unter General Younghusband verließ am 4. Januar Kut el Gharbi und rückte auf beiden Ufern des Tigris vor. Die Reiterei gewann Fühlung mit vorgehobenen türkischen Truppen auf dem rechten Ufer. Die Türken befanden sich in beträchtlicher Stärke auf beiden Ufern bei Scheilafad. Unsere Infanterie griff am 6. Januar an und verjagte sich auf dem rechten Ufer vor der Front des Feindes. Unsere Reiterei kam am folgenden Morgen zwischen die Verschanzungen in der äußersten rechten Flanke des Feindes, wobei sie über 550 Araber und Türken, darunter 16 Offiziere, gefangen nahm und zwei Gebirgsgeschütze erbeutete. Unsere Infanterie hatte schwere Verluste. Der Rest der Streitmacht des Generals Ahlmer rückte am 6. Januar vor Kut el Gharbi vor und am 7. Januar fand gleichzeitig mit dem erwähnten Angriff ein Gefecht am linken Ufer statt. Am 2. Uhr kamen unsere Truppen unter heftigem Gewehr- und Maschinengewehrfeuer aus den türkischen Verschanzungen auf 1200 Yards Entfernung. Am späten Nachmittag verfuhr die feindliche Reiterei eine Umgebungsbewegung, aber unsere Artillerie warf sie zurück. Ihre Infanterie war zu stark, als daß sie geworfen werden konnte. Unsere Infanterie verjagte sich nachts in den Stellungen, die sie in Entfernung von 200 bis 700 Yards eingenommen hatte.

Auf eine Mine gestossen.

Scheveningen, 14. Januar. (W. Z. V.) Die hiesige drahtlose Station hat mehrere Radiogramme aufgefunden, wonach der holländische Dampfer „Makhaven“, 2609 Brutto-Register-Tonnen, beim Galloper Feuerdampf auf eine Mine gestossen ist. Die Besatzung hat das Schiff in treibendem Zustande verlassen. Im Vordrücke war Feuer ausgebrochen.

U-Bootfragen im englischen Unterhaus.

London, 14. Januar. (W. Z. V.) Meldung des Reiterischen Bureaus. Unterhaus vom 13. Januar. Swift und Mac Reill fragten: 1. Ob die Besatzung des englischen U-Bootes „E 17“ von der niederländischen Regierung interniert worden sei; 2. wenn es der Fall sei, ob die Internierung gegen das Völkerrecht sei und ob die Haager Konvention 10, Artikel 13, der von der Internierung handelt, sich nur auf die Besatzungen von Schiffen bezieht, die vom Feinde gestört wurden; 3. ob Groß-

Britannien die sofortige Freigabe der Deute verlangen würde, die unter der Bedingung ausgeliefert werden sollten, daß sie sich am Kriege nicht weiter beteiligen. — Grey antwortete, die Befragung sei von der holländischen Regierung interniert worden. Der Ort der Internierung sei noch unbekannt. Der Artikel der Haager Konvention mache keinen Unterschied zwischen den vom Feinde vertriebenen Schiffen und solchen, die durch gewöhnliches Schiffsunglück untergingen. Er werde dafür sorgen, daß Mac Neils und andere Vorkläger auf das sorgfältigste erwogen würden.

Die Blockade Kameruns.

Paris, 13. Januar. (W. L. V.) Vom 10. Januar ab ist die Blockade Kameruns auf die Küstenstriche zwischen der Mündung des Sanaga und der Mündung des Campo eingeschränkt worden.

Wieder ein Friedens-Artikel.

Zürich, 13. Januar. (W. L. V.) Unter der Ueberschrift „Ein Weg zum Frieden für Rußland“ erhält die „Zürcher Post“ Ausführungen, die, wie es heißt, ohne Zweifel die Auffassung größerer russischer Kreise wiedergeben. Als das wesentlichste Ziel der russischen äußeren Politik bezeichnet der Schreiber den Besitz einer das ganze Jahr eisfreien Küste am offenen Meere, ein Ziel, das sie auch von diesem Kriege erhoffte. Der bisherige Verlauf des Krieges läßt der Hoffnung auf eine sichere und rasche Erreichung dieses Zieles wenig Raum. England und Frankreich vermochten nicht, dem Alliierten über die Dardanellen hinweg die Hand zu reichen. Die Öffnung der Dardanellen durch England wurde in Rußland ganz allgemein als eine gerechte und selbstverständliche Sühne für dessen Verhalten im letzten russisch-türkischen Kriege und dafür aufgefaßt, daß England es war, welches Japan moralisch und finanziell unterstützte, Rußland die eisfreien Häfen in Ostasien zu entreißen. Es wächst in Rußland die Zahl derer, die auf Persien und den Indischen Ozean hinweisen. Rußland muß nach der persischen Küste gelangen. Die bloße Hoffnung auf diese Möglichkeit entspricht nicht mehr den bisherigen gewaltigen Opfern sowie denjenigen, die die Alliierten noch von ihm erwarten. Kein wahrer russischer Patriot kann der Weiterentwicklung der Verhältnisse ruhig zusehen, ohne auch nur dieses Minimum von Ertrag des bestehenden Bündnisses mit der Entente auf die Haben-Seite Rußlands zu buchen. Die Opferbereitschaft des russischen Volkes kann nicht immer damit wach erhalten werden, daß die Alliierten gelobt haben, nur gemeinsam nach Erreichung des gemeinsamen Zieles Frieden zu schließen, um so weniger, als der Inhalt der Londoner Abmachung nicht bekannt ist und soweit er bekannt wurde, Zweideutigkeiten nicht ausschließt. Selbige es Rußland, an der persischen Küste Fuß zu fassen, so wäre unseres Erachtens die Möglichkeit einer rascheren Beendigung des Krieges bedeutend näher gerückt. Damit wäre die Erfüllung des jahrhundertelangen Dranges Rußlands nach dem Meere gegeben, damit würde das Wichtigste, wir möchten sagen, das organische Motiv der Kriegshandlung für Rußland wegfallen. (Der Hinweis auf diesen Ausweg für Rußland fand sich schon in dem viel besprochenen Artikel der „Zürcher Neuesten Nachrichten“.)

Es fehlen immer noch Soldaten.

London, 14. Januar. (W. L. V.) Unterhaus vom 12. Januar. Unterstaatssekretär Tennant erklärte auf eine Anfrage, die Abgänge in der Infanterie betrügen monatlich 15 Prozent. In der Debatte über die Dienstbill sagte Minister Henderson, er wisse von Ritcher und vom Generalkriegs, daß nicht nur die angemeldeten Unverheirateten und Verheirateten sofort gebraucht würden, sondern auch der ganze verfügbare Rest von 650 000 Mann, die sich bisher auf Lord Derby's Werbung nicht gemeldet haben. Selbst dann fehlten noch Soldaten, die durch weitere Freiwilligenanwerbung beschafft werden müßten.

Die Opposition gegen die Wehrpflicht.

London, 14. Januar. (W. L. V.) „Daily Telegraph“ meldet: Bei den Abstimmungen der Vergarbeiterverbände über die Dienstpflichtbill ergaben sich 720 000 Stimmen dagegen, 40 000 Stimmen dafür. Der ausführende Ausschuss beschloß demgemäß in der heute zusammengetretenen Nationalkonferenz der Vergleute eine Entschlüsselung vorzulegen, die den schärfsten Widerstand gegen die Bill und gegen jede Form des Staatszwanges ankündigt.

Der „Labour Leader“ zur Dienstpflicht.

Das Organ der Independent Labour Party (Unabhängige Arbeiterpartei), der „Labour Leader“ bringt in seiner Nummer vom 6. Januar Zuschriften gegen das Wehrpflichtgesetz von Arbeiterführern, Abgeordneten, Frauen, die in der Organisation eine leitende Stellung einnehmen. Wenn auch das Gesetz in der zweiten Lesung angenommen ist, so ist doch eine große Anzahl der Meinungsäußerungen von hohem Interesse, weil sie uns Aufschluß über die Stimmung der englischen Arbeiterschaft geben. W. C. Anderson, Mitglied des Unterhauses verlangt, daß die organisierte Arbeit rede. Der Krieg ist immer eine günstige Zeit für die politische Reaktion gewesen, denn die Menschen sind in den Klauen einer allgemeinen Furcht gefangen, und ihr Verstand in mancher Weise eingeterlt. Es ist auf jeden Fall die klare Pflicht derer, die die sichere Gefahr der Dienstpflicht sehen, es frei heraus zu sagen und einen unerlöschenden Widerstand entgegenzusetzen, mögen die Folgen sein wie sie wollen. J. Bruce Wallace sagt auseinander, daß das Ziel der Konstriktionisten nicht das sei, Soldaten für den Sieg über Deutschland zu erhalten. Deutschland werde nicht dadurch besiegt, daß man zu den vorhandenen hunderttausend oder mehr Soldaten hinzu bekomme. Der wirtliche Zweck der Konstriktionisten ist ein zweifacher: 1. Großbritannien in den Stand zu setzen, sowohl als herrschende militärische wie als herrschende Seemacht aufzutreten; und 2. die Arbeiter Großbritanniens zur Unterwerfung unter ihre profitgierigen Herrn und Meister zu erzwingen und zu zwingen. Für die Unabhängige Arbeiterpartei und alle, die an Freiheit glauben, die den Zwang Waffen zu tragen und sich auf den Befehl einer Handvoll von Diplomaten und Kabinettsministern an dem Menschenmorden zu beteiligen, als die ungeheuerlichste aller Tyrannen verabscheuen, bleibt kein anderer Weg als dem Druck der Wehrpflicht bis zum äußersten zu widerstehen. Es gibt keinen Kampf, zu dem wir so verpflichtet wären, der stärkere Anforderungen an unser höchstes Pflichtgefühl, unsern Mut und unsere Hingabe stelle.“ Das Argument, daß die Ablehnung der Konstriktionbill Neuwahlen nach sich ziehen würde, hat manchen Gegner bestimmt, für das Gesetz einzutreten. Sie fürchteten, daß Neuwahlen eine konservative Regierung ans Ruder bringen würden. George Lansbury ist der Überzeugung, daß diese Annahme falsch sei, ebenso wie die, daß die Arbeiter im Wahlkampf verlieren würden. Aber er sagt weiter auch:

„Selbst wenn beides wahr wäre, was für einen Unterschied macht es für uns. Dienstzwang von Mr. Asquith, oder Sir E. Carson, oder Mr. Lloyd George ist die gleiche Schmach, wer immer es ist, der das verhaßte Joch auf unseren Nacken legt. Wir müssen alle kämpfen, um die Gewissensfreiheit für Jung und Alt um jeden Preis aufrecht zu erhalten.“

Ueber den Willen zum Widerstand bei den Vergleuten von Süd-Wales schreibt J. Winstone, der Vorsitzende der Süd-Wales Vergarbeitervereinigung:

„Ich fühle sicher, daß man sich, wenn es nötig ist, auf die Wälder Vergarbeiter verlassen kann, wieder die Seele der Gewerkschaftsbewegung dieses Landes zu retten, indem sie sich weigern, teilzunehmen an der niederträchtigen Verschwörung auf der Seite der herrschenden Klassen, um das Volk von Britannien der Prinzipien der Freiheit und der bürgerlichen Rechte zu berauben, für die unsere Vorfahren lebten, kämpften und starben.“

Robert Williams vom Transportarbeiterverband erinnert daran, daß es neben dem Versprechen des Premierministers auch ein Versprechen Lord Derby's gebe. Er beklagt, daß Liberale in diesem Moment unfähig seien, den Liberalismus zu verteidigen, weil Arbeiter nicht genügend Rücksicht hätten, die Arbeiterklasse zu verteidigen. Die Freiheit der Zukunft beruhe mehr auf den Mitgliedern der Arbeiterbewegung als auf denen, die dazu bestimmt sind, Führer zu sein.

Einigkeit bedeutet jetzt jede mögliche Konzeption an die Reaktion. . . . Arbeitervertreter geben ihre Zustimmung, um Mr. Asquith zu helfen, seine Verpflichtung zu erfüllen. Was geschieht mit der Verpflichtung, die beide, er und Lord Derby, dem Vereinigten Arbeiter-Rekrutierungskomitee gaben? Es ist notorisch, daß die Vorbedingung der Unterstützung, die von diesen sechs gewählten Vertretern der Arbeiter gewährt wurde, die volle Aufrechterhaltung des Freiwilligen-systems war und ist. Ueberdies bestand eine dauernde Uebereinkunft zwischen diesen Arbeitervertretern und Lord Derby, daß keine Unterschiede zwischen Verheirateten und Ledigen gemacht werden sollten“ . . .

Er sei 34 Jahre alt und überzeugt, daß er vom Arzt für tauglich befunden würde, aber keine Macht auf dieser Erde wird mich dazu bringen, militärischen Dienst gegen meinen Willen zu leisten.“

Daß die Arbeiterinnen gegen die Wehrpflicht sind, konnte man als selbstverständlich voraussetzen. Im „Labour Leader“ kommen u. a. Mary H. Macartur, Margaret Bondfield und Isabella D. Ford, bekannte und tüchtige Frauen aus der Arbeiterinnenbewegung, zum Wort. Mary Macartur warnt, daß jede Form des Dienstzwanges, ganz gleich wie milde sie am Anfang sein mag, das Schicksal des ersten Gliedes einer Kette bedeute, die die Arbeiterschaft für eine Generation binden werde.

Marg. Bondfield ist überzeugt, daß ein schlechtes Motiv hinter der gegenwärtigen Kampagne stehe, nämlich das militärische Kontrolle der Arbeit zu sichern, weil die organisierte Arbeiterschaft angefangen hat, einen Anteil in der Kontrolle der Industrie zu verlangen.

Der ehemalige Kabinettsminister Chr. Trevelyan, der das Kabinet bei Beginn des Krieges verließ, ist ebenfalls ein bester Gegner des Dienstzwanges. Er sieht in der Einführung des Dienstzwanges das Ende der größten Sache, zu der Großbritannien seit Generationen fest gestanden habe — der Freiheit des Individuums. „Millionen ist gesagt worden, daß dieser Krieg von uns begonnen wurde, um gegen ein System zu kämpfen, wo individuelle Freiheit den Launen der Herrscher geopfert wird. Was für ein ausgewählter Augenblick, das gleiche System und aufzuerstehen! Aber Preußen ist das gleiche hier wie in Preußen“ . . .

Die engen Beziehungen zwischen Dienstzwang und wirtschaftlicher Lage der Arbeiterschaft hebt auch der als Sozialpolitiker bekannte J. W. Pethick Lawrence hervor. „Die Wehrpflicht-agitation von heute ist nicht von Interessen der Nation, sondern von Interessen einer Klasse bestimmt. Sie wird nicht helfen, den Krieg zu gewinnen; im Gegenteil, sie wird finanziellen Ruin bringen. Ihr schändlicher Zweck ist, die arbeitende Klasse der Mittel zu berauben, ihrer eigenen Sklaverei zu widerstehen.“

Aus allen diesen Äußerungen geht hervor, daß die englischen Arbeiter oder doch wenigstens die aufgeschärtesten unter ihnen wissen, worum es geht. Sie werden Widerstand leisten, so lange sie können, wenn auch das Gesetz mit großer Mehrheit durchgebracht wird. Daß sie dabei von ihren Führern im Parlament zum Teil im Stich gelassen worden, wird ihnen schmerzlich sein, aber aus ihren Reden klingt der feste Wille, auch ohne die Führer ihren eigenen Weg zu gehen.

Gegen die französischen Friedensstimmen.

Paris, 13. Januar. (W. L. V.) Bei Uebernahme der Präsidentschaft im Senat sagte Dubost vom abgelaufenen Jahre, daß es die stolzen Hoffnungen der Feinde enttäuscht habe, ohne die Hoffnungen der Franzosen zu verwirklichen. Es habe gelehrt, wie eitel gefährlich Worte sind und daß allein die energischen Entschlüsse Wert haben. Möge jeder Franzose jeden Gedanken von sich weisen, der nicht derjenige des Vaterlandes ist. — Ein einziges Herz, ein einziges Wille, eine einzige Leistung für das einzige Ziel, den Triumph Frankreichs. Wenn es keine Ausdrücke gibt, um dem Land in würdiger Weise für das vollkommenste Opfer zu danken, das die Jahrhunderte jemals auf dem Altar des Vaterlandes dargebracht haben, so gibt es auch keine Ausdrücke, um diejenigen zu pfeifen, die in die Aeren des Landes das Gift des Zweifels einflößen würden. Wenn solche Stimmen je auftauchen sollten, so möge der Feind wissen, daß sie im voraus von Frankreich verleugnet werden, das nicht den Frieden, sondern den Krieg erwartet. (Allseitiger Beifall.)

Paris, 13. Januar. (W. L. V.) Meldung der Agence Havas. Deschanel, der zum Präsidenten der Kammer wiedergewählt worden ist, hielt heute nachmittags bei Eröffnung der Sitzung eine Rede, in der er der Kammer für ihr andauerndes Vertrauen, das ein Pfand der Einigkeit vor dem Feinde bedeute, danke. Deschanel sagte: Um die Aufmerksamkeit der Welt von seinen wachsenden Schwierigkeiten abgulenken, sucht Deutschland Ihre natürlichen und berechtigten Diskussionen als Parteirettigkeiten hinzuzustellen und glauben zu machen, daß Frankreich uneinig sei. Sie werden es nicht zulassen, daß man Ihren Beschlüssen und dem Charakter Ihrer Handlungen eine falsche Auslegung gibt. Deschanel bezeichnete es als Pflicht des Parlaments, diejenigen, die kämpfen, zu unterstützen. Deschanel gab sodann einen zusammenfassenden Ueberblick über die von der Kammer in einem Jahre sowohl in den Ausschüssen wie in den Vollsitzungen geleistete Arbeit. Er verteidigte die Kammer gegen gewisse Bemängelungen, unter anderem gegen diejenige, daß die Kammer sich in die Leitung der militärischen Operationen oder in die Führung der diplomatischen Verhandlungen einmische. Seit Beginn des Krieges hätten die Militärs und die Diplomaten in voller Unabhängigkeit gehandelt. Es seien weder die Kompetenzen noch die Verantwortlichkeiten durcheinandergeworfen worden. Das Ausland verkenne nicht die Verdienste des Parlaments und die Kämpfer wählten, daß ihr heroisches Leiden hauptsächlich das Parlament bewege. Deschanel erklärte, der französische Soldat fühle sich als Sieger. Er ermürbe den Feind und mache es England und Rußland möglich, neue Seere aufzurufen, und den Alliierten, Deutschland durch eine wirtschaftliche Entente von einem großen Teile der Märkte der Erde abzuschließen. Nach einer Zusammenfassung der von Deutschland zu Lande und zu Wasser angeblich begangenen Verbrechen fuhr Deschanel fort: Unser Soldat weiß ebenso wie unsere tapferen Verbündeten, daß der Friede, von dem kürzlich der Reichskanzler im Deutschen Reichstage sprach, das Signal zu einem unaufhörlich wieder aufflammenden Kriege sein würde, in dem die kommenden Geschlechter ebenso

ihre Blut vergießen müßten. Deschanel erinnerte schließlich an das Wort Napoleons: „Der Säbel wird von der Idee besiegt!“ und versicherte, die Kraft sei ebenso vergänglich wie die Materie, aber die Gerechtigkeit sei unsterblich wie der französische Genius.

Die Friedensstimmung in Frankreich muß doch keine allzu geringe sein, wenn man es für nötig hält, so oft den Dampfstrahl gegen die Befürworter des Friedens zu schleudern!

Vorgehen gegen die Lebensmittelwucherer in Rußland.

London, 14. Januar. (W. L. V.) „Times“ meldet aus Petersburg: Die Regierung will nun ernstlich daran gehen, Wucherer- und Wucher auszurotten, die für die heillosste Teuerung vor allem verantwortlich sind. Man spekuliert in allen Lebensmitteln, die wie Warenwerte auf der Effektenbörse notiert werden. Einer der größten Wucherspekulanten, in Moskau, fünfzehn Wucherspekulanten in Petersburg und zwei Mitglieder des Semstwo von Nishninoigorod, die einen Ring für Zucker und andere Lebensmittel gebildet hatten, wurden verhaftet. Umfangreiche weitere Verhaftungen werden erwartet. Bahnbeamte, die Versteckungsgelder annehmen, werden künftig vor Militärgerichten abgeurteilt werden.

Schwedische Politik.

Im Stockholmer „Socialdemokrat“ schreibt Genosse Branting über den „Schwedischen Regierungskurs 1915“. Glücklicherweise sei die Regierung in der auswärtigen Politik den Weg weitergegangen, den sie in den ersten Tagen des Weltkriegs eingeschlagen hatte. Sie habe sich nicht in die Bahn der Affibiten drängen lassen. Große Teile des schwedischen Volkes hätten die Notwendigkeit erkannt, beizugehen die aktivistischen Tendenzen, die manchmal sehr stark hervorgetreten seien, zurückzuschlagen. In dieser Frage stehe das Volk hinter der schwedischen Regierung. Anders aber sei es in der Teuerungssache. Die Meinung sei bei weitem Schichten vorhanden, daß die Rücksichtnahme auf gewisse Produzenteninteressen so sehr bei der Regierung überwiege, daß die notwendigen energischen Maßregeln ausgeblieben oder sehr spät und nur unvollkommen durchgeführt worden seien und deshalb nicht die gewünschte Wirkung haben können. Die Regierung habe bei der Bekämpfung der Teuerung die Volksoberleitung zu wenig in Anspruch genommen. Nirgend in Europa, mit Ausnahme von Dänemark, sei eine solche Vernachlässigung des Parlaments vorgekommen wie in Schweden. Selbst die russische Duma, die in offenem Konflikt mit der bürokratischen Regierung stehe, habe ihre wichtigsten Ausschüsse immer versammelt gehabt, während in Schweden seit Mai die Regierung alles allein erledige.

Zusammenfassend sagt Genosse Branting, der Ausnahmezustand zwingt den Volk auf das Wesentliche zu richten. Die Regierung habe während des vergangenen Jahres zwei alles andere überragende Aufgaben gehabt: den Frieden zu bewahren und nach Möglichkeit die Teuerung zu lindern. Die erste sei erfüllt trotz mancher Schwierigkeiten, die letztere aber sei recht wesentlich mißlungen. Die Behandlung beider Aufgaben müsse in viel engerem Einvernehmen mit dem Volk oder seiner Vertreter fortgesetzt werden. Verschiedenes, was sich ereignet habe, beweise, daß eine stärkere Kontrolle über die Einhaltung des richtigen Kurses nötig sei. Es bleibe die Aufgabe des Jahres 1916, in angemessener Weise die Tendenzen der Regierung oder besser einiger Staatsminister zu größerer Wachstumsvollkommenheit, die sich schon im Jahre 1915 viel zu breit gemacht hätten, zu korrigieren oder in Schranken zu halten.

Kriegsbekanntmachungen.

Eine in Deutschland erscheinende russische Zeitung.

Am 14. Berlin, 14. Januar. (W. L. V.) Am 4. Dezember ist die erste Nummer einer neuen Zeitung — der „Ruskiy Vestnik“ (Russischer Boten) — erschienen. Sie verfolgt den Zweck, die russischen Leser über die militärpolitische Lage in unparteiischem Sinne zu unterrichten.

Besonders unter den russischen Kriegsgefangenen liegt das Bedürfnis nach einer die Ereignisse ruhig und sachlich wertenden Zeitung vor. Ihnen darf das Blatt als einziges, das in russischer Sprache erscheint, zugehen. Ihren Bedürfnissen wird es in weitem Maße — unter anderem durch einen Briefkasten — Rechnung tragen. Der „Russischer Boten“ veröffentlicht als einziges Blatt die Listen der in Deutschland internierten russischen Kriegsgefangenen und bringt die amtlichen Kriegsberichte aller kriegsführenden Staaten, was bei den in Rußland erscheinenden Blättern nicht der Fall ist. Schriftleitung und Verlag (R. B. Meyer) befinden sich in Berlin SW. 11, Prinz-Albrecht-Str. 3.

Preis der Einzelnummer 10 Pf. Monatsabonnement bei der Geschäftsstelle 1 Mark mit Zustellung, bei der Post 80 Pf. ausschließlich Bestellgeld.

Letzte Nachrichten.

Bekanntmachung.

Berlin, 15. Januar. (W. L. V.) Zur besseren Ueberwachung von Muttersendungen und Paketen nach dem Auslande bestimme ich hiermit für das Gebiet der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg auf Grund des § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 51:

1. Die falsche Bezeichnung des Absenders und die unrichtige Angabe des Inhalts a) auf Briefsendungen mit Wareninhalt nach dem Auslande und b) in den Ausführerklärungen zu Postpaketen nach dem Auslande ist verboten; 2. die der Inhaltsangabe widersprechende Verblendung von Druckschriften, schriftlichen Mitteilungen, Abbildungen oder Zeichnungen in Paketen nach dem Auslande ist verboten. Die Beifügung einer Faktura ist gestattet und bedarf nicht der Erwähnung in der Inhaltsangabe. — Diese Anordnung tritt sofort in Kraft. Zuwiderhandlungen werden nach § 1b des Gesetzes über den Belagerungszustand bestraft.

Der Oberbefehlshaber in den Marken.
gez. v. Kessel.

Ein bewaffnetes italienisches Handelschiff.

Washington, 14. Januar. (W. L. V.) Meldung des Neutischen Bureau. Das Staatsdepartement erlaubt dem italienischen Dampfer „Guisepe Verdi“ die Abreise mit zwei Kanonen an Bord, da versichert wurde, daß die Geschütze ausschließlich zur Verteidigung verwendet werden würden.

Englische Einschränkung der Kakaoausfuhr.

London, 14. Januar. (W. L. V.) Im Oberhaus lenkte Lord Sydenham die Aufmerksamkeit auf die ungeheure Steigerung der Kakaoausfuhr nach den neutralen Ländern. Lord Lansdowne gab Jiffen an, aus denen hervorgeht, daß die Ausfuhr sich sehr vermindert hat, seitdem sie an besondere Erlaubnisse gebunden ist, aber er sei weit entfernt zu behaupten, daß nicht mehr getan werden könne. Zweifellosermaßen ansehnliche Mengen von Kakao den Feind. Die Angelegenheit werde vom Staatsdepartement, das mit dem Kriegshandel beschäftigt ist, aufmerksam verfolgt. Die Regierung glaube, daß die bereits getroffenen Maßregeln verschärft werden könnten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Angemessene Löhne für Militäranarbeiten.

In einer am Donnerstag abgehaltenen Versammlung der auf Militäranarbeiten beschäftigten Arbeiterinnen führten die Vertreter des Schneiderverbandes, Künze und C. u. C., aus, daß die Festsetzung angemessener Stücklöhne eine dringende Notwendigkeit ist. Für einige der hier in Frage kommenden Artikel hat ja die Militärbehörde die Löhne vorgeschrieben, aber für eine Reihe von Artikeln fehlt eine solche Vorschrift. Die vor einigen Tagen eingeleiteten Verhandlungen mit den Zwischenmeistern der Hemdenbranche werden voraussichtlich zu einer Vollerklärung führen. Wenn auch für diesen Artikel augenblicklich keine großen Aufträge vorliegen, so wird die Vereinbarung doch für noch zu erwartende Arbeiten von Wert sein. Die Militärverwaltung hat ja für das Duzend Denden einen Lohn von 4,20 M., neuerdings sogar 6 M. vorgeschrieben. Aber die Sachen gehen durch so viele Hände, daß für die Arbeiterinnen schließlich ein ganz erbärmlicher Lohn übrigbleibt. Sie erhielten meistens nur 1,50—1,80 M. und bei besseren Sorten bis 2,40 M. für das Duzend. Also einen ganz unzureichenden Lohn. Mit Militärdenden wurden oft Schiebungen gemacht, d. h. daß man den Arbeiterinnen sagte, es seien keine Militär-, sondern Arbeiterdenden, und deshalb brauche der vorgeschriebene Lohn nicht gezahlt werden. Auch ist es vorgekommen, daß Wäschefabrikanten nur den im Betriebe Beschäftigten die vorgeschriebenen Löhne zahlten, während sie den Heimarbeiterinnen 1,80 M. für das Duzend zahlten. Die Wäschefabrikanten scheinen keine Neigung zu haben, den Vorschläge der Arbeiter gemäß mit diesen gemeinsam für Beschaffung von Militärarbeit und Vereinbarung angemessener Löhne tätig zu sein. Doch die Arbeiter werden nichts unterlassen, was zur Festsetzung ausreichender Löhne führen kann. Das ist schon deshalb notwendig, weil immer neue Arbeiten aufzutreiben, für die in der Regel viel zu niedrige Löhne gewährt werden, weil sich die Auftraggeber nach den bestehenden, meist viel zu geringen Löhnen richten. Die Post und Probantinnen lassen jetzt Säcke anfertigen, die größer sind als die für militärische Zwecke hergestellten Sandfäden, aber mit einem geringeren Arbeitslohn bezahlt werden wie diese. Für Sandfäden sind Löhne vorgeschrieben. Trotzdem hat ein Unternehmer kürzlich große Posten von Sandfäden zu niedrigeren Löhnen in Arbeit gegeben. Er redete den Arbeitern vor, die Lieferung sei für einen Privatmann, aber nicht für das Heer. Eine offensichtliche Unwahrheit, denn kein Privatmann hat Verwendung für ganze Ladungen von Sandfäden. Solche Vorwände, die nicht vereinigt dastehen, zeigen, wie notwendig es ist, daß sich die Arbeiterinnen, ehe sie solche Arbeiten annehmen, darum kümmern, welche Löhne dafür zu zahlen sind. Die Pässigkeit und Gleichgültigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen leidet der Lohnrückgang sehr. Nur wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen die Bestrebungen des Verbandes unterstützen, wird es möglich sein, ausreichende Löhne festzusetzen und durchzuführen.

In der Jalousiebranche ist zurzeit genügend Arbeitsgelegenheit vorhanden, so daß fast gar keine Arbeitslosen auf dem Nachweh zu erwarten sind. Es sind nämlich viele Jalousiearbeiter zum Meer eingezogen und von den übrigen arbeitet ein Teil in der Kriegsinstrumenten. Die im Verufe arbeitenden erhalten zum Teil einen Lohn, der über den Tarif hinausgeht, und zwar geschieht dies mit Rücksicht auf die jetzigen Lebensverhältnisse, die eine solche Aufbesserung als geboten erscheinen lassen. Merkwürdigerweise gibt es auch noch Verursachende, die eine Zulage nicht nötig zu haben scheinen, da sie auf eine solche verzichten. Es ist dies um so mehr zu verwundern, als alles teurer geworden ist wie Lebensmittel, Schuhe, Werkzeuge usw.

Ein Vertrieb, der im Frieden keine Frauen beschäftigt, hat man mehr deren vier eingestellt. Bauernarbeit ist nicht viel zu verdienen; es handelt sich fast nur um Reparaturen.

Deutsches Reich.

Der verfahrenen Karren.

Die Unternehmer im Baugewerbe erhalten bekanntlich von den Behörden, die jetzt den größten Teil der Auftragsarbeiten stellen, besondere Kriegspreise, die festgesetzt sind in der Erwartung, daß auch den Arbeitern eine den Teuerungsverhältnissen angemessene höhere Entlohnung zuteil werde. Trotzdem weigern die Unternehmer sich vielfach, den Arbeitern Teuerungszulagen zu gewähren, weil solche — wie der ganze Kriegsfall — im Tarif nicht vorgesehen sind. Die Folge ist, daß die Bauarbeiter, welche bei Ausbruch des Krieges wegen Arbeitslosigkeit zu anderen Berufen und namentlich in die Kriegsindustrie übergingen, keinerlei Neigung verspüren, in ihren für die gegenwärtigen Teuerungsverhältnisse nur schlecht bezahlten Beruf zurückzuführen; manche Bauarbeiter suchen jetzt noch andere Arbeit auf. Verdienen kann man es ihnen nicht. Zu welchen Konsequenzen das aber führt, zeigt der folgende Vorkfall aus Unternehmerkreisen:

Verband baugewerblicher Unternehmer, E. V.,
Frankfurt a. M.
Frankfurt a. M., den 23. Dezember 1915.
An unsere Mitglieder!

Die Berechnung des Oberkommandos in den Marken betreffend Beschlagnahme und Bekandberhebung von Ansbauholz und lebenden Nudbäumen tritt am 15. Januar 1916 in Kraft. Die vollständige amtliche Bekanntmachung dieser Verordnung erfolgt an den Anschlagstelen und in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung. Berlin, den 15. Januar 1916.
Der Polizeipräsident.

Rindfleisch „Backen“ 95 Bg. knochenfrei
Euter, Herzen, Lungen, Schwänze, Talg usw. officinell billig
Konsum-Fleischerei, Reich 11, Stände 109 u. 110.

Möbel-Angebot.
Sollte Möbelfirma liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Katenvergütung bei kleiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Offerten H. 2 an die Expedition des „Vorwärts“.
Keine Kassierer. Größte Kulanz.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Ranch-, Kau-, Schnapstabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt Npl., 3014.

Leihhaus Moritzplatz 58a

Die am 2. Dezember 1915 einberufene außerordentliche Generalversammlung sah nach Bericht der Kommission über Teuerungszulagen folgende Entscheidung:

Die außerordentliche Generalversammlung hält sich an das bei Kriegsausbruch zwischen den Zentralorganisationen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände des Baugewerbes getroffene Abkommen gebunden, wonach während des Krieges die Tarifverträge beziehungsweise die auf Grund der Vorschläge der Unparteiischen vereinigten Lohnfestsetzungen aufrechterhalten bleiben. Es sind daher Anträge der Arbeiter auf sogenannte Teuerungszulagen grundsätzlich, als gegen die tariflichen Bestimmungen verstoßend, abzulehnen.

Mitglieder, welche direkt oder indirekt solche Zulagen gewähren, verstoßen gegen die Bestimmungen und stellen sich infolgedessen außerhalb des Schutzes des Verbandes.

Mitglieder, welche direkt oder indirekt Zulagen an Arbeiter gewährt haben, sind verpflichtet, solche ab 1. Januar 1916 in Wegfall kommen zu lassen.

Weiter spricht die außerordentliche Generalversammlung ihr Bedauern darüber aus, daß einzelne Mitglieder des Betonbauvereins Frankfurt a. M. Offenbach a. M., entgegen den Beschlüssen des Deutschen Arbeitgeberbundes, Teuerungszulagen gewährt haben.

Um dem Arbeitermangel abzuhelfen, beauftragt die außerordentliche Generalversammlung den Ausschuß, mit der Kriegsgefangenenspektion in Verbindung zu treten.

Der Ausschuß. (gez.) Lischer.

Ob die Kriegsgefangenenspektion den Unternehmern helfen kann, ist mehr als fraglich. Die Arbeitsmethoden im Baugewerbe sind drüßlich sehr verschiedene, anders in Berlin als in der Provinz, anders in Mittel- und Süddeutschland als in Norddeutschland. Daß sie sich in Nordfrankreich, Belgien, Rußland und England ganz gewaltig von den unseren unterscheiden, lehrt ein bloßer Blick auf die dortigen Profanbauten. Daß also die Kriegsgefangenenspektion den Unternehmern zu Arbeitskräften verhelfen könnte, mit denen zu arbeiten vorteilhafter als mit einheimischen Arbeitern sein sollte, ist selbst bei schlechtester Bezahlung derselben fraglich. Uebrigens soll die Verwendung solcher Arbeitskräfte nur stattfinden, wenn wirklich ein Mangel an Arbeitern in dem fraglichen Beruf vorhanden ist. Nun mangelt es aber dem Baugewerbe nicht an Kräften, sondern nur den Unternehmern am guten Willen, diese Kräfte auch den Verhältnissen entsprechend zu entloohnen. Herr Lischer und seine Freunde haben den Karren des Unternehmertums reitungslos verfahren.

Unterstützung Arbeitsloser in der sächsischen Textilindustrie.

Durch das Besarbeitsungsverbot für Wolle, Baumwolle und Bastfasern ist eine große Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen erwerbslos geworden, denen selbstverständlich Unterstützung gewährt werden muß, wenn ihnen nicht anderweitige Arbeitsgelegenheit geboten werden kann. In erster Linie wird das Reich die Unterstützungen aufbringen, und zwar voraussichtlich die Hälfte der Beträge. Sodann haben sich die Arbeitgeber freiwillig bereit erklärt, einen weiteren Teil der Unterstützungen zu zahlen, und erst der Rest wird vom Staat und Gemeinden zu gleichen Teilen zu beden sein. Der Bezirkstag der königlichen Amtshauptmannschaft Dresden-Altkath hat nun die Angelegenheit für Bezirksinsache erklärt und demgemäß die etwaig anfallenden Kosten auf Bezirksmittel übernommen. Er hat sich dabei die Grundfrage, die der Bezirksausschuß für die Gewährung derartiger Unterstützungen aufgestellt hat, zu eigen gemacht. Diese Grundfrage besagen im wesentlichen folgendes: Anspruch auf Unterstützungen haben bedürftige Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen der Baumwoll-, Woll- und Bastfasergewerbe, sofern sie infolge der Besarbeitsungsverbote für Baumwolle, Wolle und Bastfasern oder der damit in Zusammenhang stehenden Ausfuhrverbote ganz oder zu einem wesentlichen Teile arbeitslos geworden sind. Arbeiter, die am 1. August 1915 oder später arbeitslos geworden sind, gelten im Zweifel als unterstützungsberechtigt. Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen sind unter den gleichen Voraussetzungen von der Unterstützung nicht ausgeschlossen, wenn sie bisher ihren Lebensunterhalt in der Hauptfache aus diesem Erwerb bezogen haben. Frauen von Kriegsteilnehmern, die bisher ihren wesentlichen Unterhalt als Textilarbeiterinnen erworben haben, werden infoweit nicht aus Mitteln für die Familien der Kriegsteilnehmer, sondern aus denen für die Textilarbeiter unterstützt. Die Unterstützung wird auch für Familienangehörige der unterstützten Personen gewährt. Als Familienangehörige sind dieselben Personenteile anzusehen, die als Angehörige der Kriegsteilnehmer zu unterstützen sein würden. — Die Unterstützung hat anteilig auch schon dann einzutreten, wenn infolge Einschränkung der Arbeit die Arbeitsentragnisse nicht mehr zum Unterhalt ausreichen. Dabei sind vom verdienten Arbeitslohn nur 50 Proz. auf die volle Unterstützung anzurechnen. Ist der Arbeitslose infolge anderer Hilfsquellen nicht oder nur zum Teil unterstützungsbedürftig, so ist ihm keine oder nur eine herabgeminderte Unterstützung zu gewähren, in dessen Fall der Arbeitslose dadurch nicht genötigt werden, mäßige Ersparnisse aufzusuchen. Gewerkschaftsunterstützungen und Beihilfen, die ein Arbeitgeber seinen eigenen Ar-

beitern gewährt, sind nur insoweit anzurechnen, als der Arbeiter dadurch mehr als seinen durchschnittlichen Lohn bei voller Beschäftigung in normalen Zeiten erhalten würde. Die zu unterstützenden Personen müssen Angehörige des Deutschen Reiches oder von Oesterreich-Ungarn, in einer Gemeinde des Reichs wohnhaft und arbeitsfähig sein. Voraussetzung für die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung ist, daß die Arbeitslosigkeit länger als eine Woche dauert. Ist dies der Fall, so ist die Unterstützung von Beginn der Arbeitslosigkeit an nachzuschließen. Als arbeitslos im Sinne dieser Bestimmung ist nur anzusehen, wer infolge des gegenwärtigen Kriegszustandes keine angemessene Arbeit irgendwelcher Art findet, obwohl er sich nachweislich um Arbeit bemüht hat. Der Bezug von Krankengeld schließt die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung aus. Die Unterstützung ist keine Armenunterstützung. Sie ist aber weder mit dem Verlust öffentlicher Rechte, noch mit der Verpflichtung zur Rückzahlung verbunden. In erster Linie ist auf die Vermittlung anderer Arbeit für die arbeitslose Person Bedacht zu nehmen. Davon darf nur dann abgegangen werden, wenn beachtliche Willigkeitsgründe gegen die Beschäftigung in anderen Gewerben oder in anderen Orten vorliegen. Arbeitslose, die ihren angebotenen, ihren Kräften entsprechende Arbeit verweigern, haben kein Anrecht auf Unterstützung. — Die Höhe der Unterstützung, die keinesfalls den in normalen Zeiten verdienten durchschnittlichen Lohn übersteigen darf, richtet sich nach der Bedürftigkeit. Die Unterstützung soll in der Regel betragen: als Grundbetrag für ein kinderloses Ehepaar wöchentlich 14 M., für alleinstehende männliche Personen wöchentlich 8 M., für alleinstehende weibliche Personen wöchentlich 7 M. und für Personen über 16 Jahre ohne eigenen Haushalt, die bei Angehörigen wohnen, 5 M. Dazu kommen folgende Zuschläge: für Kinder unter 15 Jahren wöchentlich für das erste und zweite Kind 50 Pf., für jedes weitere Kind 30 Pf. und für weitere Familienangehörige wöchentlich 70 Pf. Nieidbeihilfen können gewährt werden, die Höhe soll aber von Fall zu Fall festgesetzt werden.

Die Arbeitslosenunterstützung kann auch ganz oder teilweise in Gestalt von Naturalien gewährt werden, gegen den Willen des zu Unterstützenden jedoch nur in Höhe der Hälfte der Gesamtunterstützung. Krankenkassenbeiträge sind durch die Gemeindefürsorge des Wohnorts unmittelbar oder durch Vermittlung der Arbeitgeber an die Kassen zu zahlen, so daß mindestens eine freiwillige Mitgliedschaft der Unterstützten bei einer Kasse ermöglicht wird. Die Beiträge werden von der Unterstützung nicht abgezogen. Für Unterstützte, die nicht mehr der Krankenkasse angehören, wird bei Krankheitsfällen besondere Fürsorge getroffen. Personen, die schon vor Kriegsbeginn hauptsächlich von Armenunterstützung lebten, und die demnach auch bisher kein für den Lebensunterhalt ausreichendes regelmäßiges Arbeitsverkommen bezogen, erhalten keine Unterstützung. Unterstützungsanträge sind bei der Gemeindebehörde des Wohnorts des Unterstützungsberechtigten anzubringen. — Zur Beschaffung über die Vermittlung von Unternehmungen ist bei der Amtshauptmannschaft ein Ausschuß für Textilarbeiterfürsorge gebildet worden.

Ausland.

Neuer Auffassung in der Schweizer Gewerkschaftspress.

Ebenso wie die deutsche hatte auch die schweizerische Gewerkschaftspress unter den Kriegsverhältnissen arg zu leiden. Eher als in Deutschland jedoch tritt — wie ja natürlich — in der Schweiz ein Umwandlung ein. „Der Zimmermann“, das Organ des schweizerischen Zimmerverbandes, erscheint nun wieder vierzehntägig wie vor dem Kriege, während er bisher nur noch monatlich erschien. Der Verband hat die schlimmste Krise überwunden, die Mitgliederzahl ist im Steigen begriffen, die Beitragsleistung eine bessere geworden, und auch die Bautätigkeit ist eine solche, daß noch mit einem weiteren Mitgliederzuwachs zu rechnen ist. — Auch der schweizerische Textilarbeiter erscheint nun wieder wöchentlich wie vor dem Kriege, während er bisher nur vierzehntägig erschien, also auch da eine Besserung der gewerkschaftlichen Verhältnisse.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 16. Januar 1916, vormittags 9 Uhr, Doppel-Kate 15/17: Kantän, Ideal-Vahage; Legel, Bahnsohrtr. 15, und Oberkahnweide, Klarstr. 2; Freireligiöse Vorlesung. — Sonntags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag des Herrn Dr. D. Wille: Der „Paulus“ benannte Sagen- und Ideenkreis.

Humanistische Gemeinde. Der für Sonntag, den 16. Januar, angekündigte Vortrag kann wegen Erkrankung des Herrn Dr. Fenzig nicht stattfinden.

Arbeiter-Zamariterbund. Kolonne Groß-Berlin Lehrstunde haben nächste Woche: Abends 8 1/2 Uhr: I. und IV. Abt. am Freitag, den 17. Januar, Adenauer Str. 62, Restaurant; III. und VI. Abt. am Freitag, den 18. Januar, Schönberg, Vorbergr. 11, Restaurant. Vortrag des Bundesvorsitzenden Stein. Nach dem Vortrag: Praktische Zerbondaltungen. Götze haben einmaligen freien Zutritt.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (R. A. G.) zu Hamburg. Filiale Berlin 6: Sonntag, den 16. Januar, vormittags 10 Uhr, Mitgliederversammlung bei Reher, Adenauerstr. 123. — Filiale Berlin 9: Sonntag, den 16. Januar, vormittags 10 Uhr, Versammlung bei Scheel, Berlingartenstr. 14.

Spezialarzt

Dr. med. Wockentau,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Nata-Kur (Dauer 12 Tage),
Blutuntersuchung, Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung, Teilzahlung.
Sprechstunden: 10—2 und 4—8

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstraße 3.

Sieben ershien:

Kriegführung

Heer + Flotte

Militärische Fachansdrücke

Gemeinverständlich erläutert
von
Ernst Däumig.

Preis 10 Pf.



Gänzlicher Ausverkauf von Gummischuhen

wegen Aufgabe des Artikels zu nachstehenden Preisen:
2.60 4.— 5.— 6.—

Der Vorzug der Gummischeue: Vorbeugung gegen Erkältung, Verbilligung durch Schonung der Sohlen und Absätze

BAER SOHN

Chausseestraße 20-30 BERLIN 11 Brücken-Straße 11
Gr. Frankfurter Str. 20 Gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10

kaufen Sie von Kavalieren wenig getragen sowie im Versatz gewesene **Jackett- und Rockanzüge, Paletots, Ulster**, Serie I: 10—18 M., Serie II: 20—30 M., größtenteils auf Seide Ferner Gelegenheitskäufe in **neuer Haugarderobe**, enorm billig. **Riesengroße Kleider, Kostüme, Plüschmäntel**, auf Seide, jetzt nur 20—35 M. Große Posten **Polstols** in Skunks, **Harder, Nerz, Füchsen**, jetzt nur 20—75 M. Große Auswahl in **Herren-Gehpelzen**, Gelegenheitskäufe in **Damen-, Reise- und Wagen-Pelzen**. Extra-Angebot in **Lombard** gewesener **Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Brillanten, Uhren und Goldwaren** zu enorm billigen Preisen
Vorwärtsleser erhalten 10 % extra.

Reichstag.

29. Sitzung, Freitag, den 14. Januar 1916, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Kommissare.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung mit einem Nachruf für den gestern verstorbenen früheren Vizepräsidenten des Reichstags Dr. Büling.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Kurze Anfragen.

Abg. Bassermann (natl.) fragt: Ist der Herr Reichskanzler in der Lage und bereit, über die widerrechtliche, völkerrechtswidrige Verhaftung des deutschen Konsuls in Saloniki durch den französischen Oberkommandierenden nähere Mitteilungen zu machen?

Direktor der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt Kaiserlicher Gesandter v. Stumm: Am 13. Dezember wurden das deutsche, österreichisch-ungarische, bulgarische und türkische Konsulat in Saloniki durch den französischen Oberkommandierenden näher mitgeteilt, auf ein französisches Kriegsschiff gebracht und sind anschließend nach Frankreich übergeführt worden. Dieser unerhörte Völkerrechtsbruch bildet ein neues Glied in der endlosen Kette von Verletzungen des Völkerrechts, deren sich gerade die Mächte in diesem Kriege schuldig gemacht haben, die sich stets als Beschützer der Neutralität und Unabhängigkeit der kleinen Staaten aufspielen. (Sehr richtig!) Die Kaiserliche Regierung hat bei der griechischen Regierung Protest erhoben und sie für die Sicherheit der verhafteten Konsuln verantwortlich gemacht. (Sehr gut!) Die griechische Regierung hat ihrerseits bei der französischen und englischen Regierung gegen die Verletzung ihrer Souveränität in schärfster Weise protestiert und die Auslieferung der Verhafteten verlangt. Es ist dem Herrn Reichskanzler nicht bekannt, ob eine Antwort auf diesen Protest erfolgt ist. (Hört! hört!) Abg. Dr. Liebknecht ruft: Bestenfalls Anfrage! (Lachen).

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Sp.) fragt an: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Postsendungen (Briefe, Postanweisungen, Geldsendungen, Postpakete), die für die in Frankreich internierten deutschen Kriegsgefangenen bestimmt sind, diesen erst nach mehr als einmonatiger Frist zugestellt werden? Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um eine Verbesserung dieser Verhältnisse seitens der französischen Behörden herbeizuführen?

Stellv. Bundesratsbevollmächtigter Oberst Friedrich: Der deutsche Heeresverwaltung sind durch vielfache Klagen und Beschwerden starke Verzögerungen der Postsendungen an die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich bekannt. Es ist erwiesen, daß diese Verzögerung, soweit es den Ablauf dieser Sendungen in der Heimat bis zur deutschen Grenze anlangt, nicht an uns liegt, sondern daß diese Verzögerungen erst in Frankreich eintreten. Doch trägt die französische Post nicht allein die Schuld, sondern wir haben festgestellt, daß die Ursachen dieser Verzögerungen vielfach an der Willkür eines größeren Teiles der französischen Kommandanten und namentlich auch an der Willkür des unteren Personals in den französischen Kriegsgefangenenlagern liegt. Die deutsche Heeresverwaltung hat wiederholt nachdrücklich hergegebene Befehle erlassen. Auf eine Bestimmung der deutschen Heeresverwaltung, die aus militärischen Gründen dringend notwendig war und die dahin lautete, daß alle aus deutschen Kriegsgefangenenlagern von französischen, aber auch russischen usw. Gefangenen in ihre Heimat abgehenden Briefsendungen zehn Tage lagern müssen, ehe sie abgehandt werden, hat die französische Regierung nicht nur das Gleiche angeordnet, sondern sie hat auch bestimmt, daß alle einlaufenden Briefe an die deutschen Kriegsgefangenen einer Sperre von zehn Tagen unterliegen. Es hat auch den Anschein, als wenn aus Willkür ein Teil der französischen Kommandanten diese Anordnung noch weiterhin verschärft hat, sie nicht bloß auf die Briefe beschränkt, sondern sie für alle anderen Postsendungen gelten läßt. Die deutsche Heeresverwaltung hat daraufhin als Gegenmaßregel verfügt, daß alle von Frankreich an französische Kriegsgefangene einlaufenden Briefe nunmehr ebenfalls einer zehntägigen Sperre unterliegen. Dies ist den französischen Kriegsgefangenen bekanntgegeben worden mit dem Hinzufügen, dies ihren Angehörigen mitzuteilen. Sollte diese Maßregel nicht wirken, sollten weiterhin starke Verzögerungen der Postsendungen an deutsche Kriegsgefangene in Frankreich bestehen, so beabsichtigt die deutsche Heeresverwaltung mit Nachdruck weitere Maßnahmen zu treffen. (Beifall.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Ich beantrage, die beiden von mir bereits am Mittwoch, also rechtzeitig, gestellten Anfragen, die der Präsident geschäftsordnungswidrig zurückgewiesen hat, auf die heutige Tagesordnung zu setzen und jetzt sofort zu verhandeln.

Präsident Dr. Kaempf: Dazu kann ich Ihnen das Wort nicht geben.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Sie verweigern mir das Wort sogar zur Geschäftsordnung. Sie wollen die Wahrheit erlöchen. Sie wollen das Volk um die Wahrheit betrügen. (Gelächter, Lärm.)

Präs. Dr. Kaempf ruft den Abg. Liebknecht zur Ordnung. Die Besprechung über die

Ernährungsfragen

wird fortgesetzt.

Abg. Schiele (L.):

Die scharfen Worte der agrarischen Presse die Herr Fischbeck gestern sagte, sind lediglich in der Abwehr gefallen. Die vermögensbildende Kraft, die in Deutschland größer ist als in England und Frankreich, beruht auf der lohnenden Tätigkeit, die in Deutschland nicht nur in der Industrie, sondern vor allem in der Landwirtschaft vorhanden ist. Infolge unserer hochentwickelten Landwirtschaft kann Deutschland sich vollkommen unabhängig vom Ausland ernähren. Freilich müssen wir sparsam wirtschaften und haushalten. Wir bedauern die Notwendigkeit der Einschränkung der Produktion; die Zulieferarten sollen in erster Linie der schwerarbeitenden landwirtschaftlichen Bevölkerung zugute kommen. Leider ist die Zufuhr an Futtermitteln vom Vollen infolge der mangelhaften Bahnverhältnisse noch gering, doch werden diese Verhältnisse sich jedenfalls bald bessern. Mit den Kartoffeln werden wir gut auskommen, wenn auch die Angabe, wir hätten 54 Millionen Tonnen, auf ganz kräftigen Schätzungen beruht. Bezüglich der Fleischnahrung soll man bedenken, daß eine Einschränkung nichts Schlimmes an sich hat, unsere Väter hatten 1870 nur 27 Kilogramm Fleisch pro Kopf und Jahr verzehrt und sich gewiß nicht schlechter geschlagen, als wir, die wir mit 52 Kilogramm pro Kopf und Jahr selbst England um 2 Kilogramm übertrafen und wenn wir es auf den Kalorienwert umrechnen, sogar um 14 Kilogramm, weil in England vorzugsweise Rind- und Hammelfleisch, nicht Schweinefleisch verzehrt wird. Ganz unbegründet ist es, wenn die auferste Linie die Friedenspreise zum Vergleich heranzieht, zumal wir in verschiedenen Teilen Deutschlands eine Mähernte gehabt haben. Die Ernährungsfrage ist nicht bloß eine deutsche, sondern eine europäische geworden. Unsere Gegner werden schon merken, was für ein Kleinwuchs sie sich angehängt haben. Die Behauptung der aufersten Linien, die Preise z. B. der Kartoffeln sind durch abfälliges Zurückhalten gestiegen, ist grundfalsch, die Landwirte würden sich ja dadurch nur selbst schädigen, weil bei der Zurückhaltung viel verloren geht. Der Eisenbahnverkehr konnte sich eben nicht so regelmäßig vollziehen wie im Frieden, und das ist der Grund, weshalb die Kartoffeln stellenweise lange auf dem Transport liegen blieben. — Die Landwirtschaft ist heute nicht in der Lage, die Lebensmittel billiger herzustellen. Ein erheblicher Grund für die

Minderung unserer wirtschaftlichen Erträge liegt in dem Mangel an Arbeitern, auch an Betriebsleitern, von denen sehr viele in das Feld ziehen. Den Landarbeitern ist durch ihre Umsätze und im Wege der Wohlfahrtspflege namentlich auf großen Gütern sehr viel entgegengekommen worden. Das patriarchalische Verhältnis hat sich auch darin gezeigt, daß man ohne weiteres den Angehörigen der Landarbeiter, die im Felde sind, die Wohnung belassen hat. Die Beschäftigung von Gefangenen macht den Landwirten mit der Kartoffellieferung 4,40 M. Kosten, eine Stunde Leistung dieser Gefangenen kostet dem Landwirt etwa 70 Pf.; da kann von einer Liebesgabe an die Landwirte keine Rede sein. Wenn dem „Vorwärts“ ein praktischer Landwirt geschrieben hat, die Herstellungskosten für einen Zentner Kartoffeln betragen nur 1,20 M., so stehen diese Berechnungen auf ganz vagen Grundlagen. — Die kleinen Mähernten von der Reichsgetreideschele berücksichtigt werden, gerade sie, die im Frieden immer inländisches Getreide vermahlen haben, haben einen Anspruch auf Beilegereis. (Sehr richtig! rechts.) — In tabellariisch auch, daß manche Anordnungen über landwirtschaftliche Produkte getroffen worden sind, ohne daß man mit den Landwirten und ihren Organisationen Rücksicht genommen und ihre Ratsschlüsse befolgt hat. Daraus sind manche Uebelstände entsprungen, besonders auch in der Kartoffelfrage. Von einer Ausbeutung und Auswucherung durch die Landwirte kann gar keine Rede sein. Schulte gibt es in jedem Beruf und sie sind scharf zu verurteilen, aber man darf ihre Taten nicht einem ganzen Stand zur Last legen. Produzenten und Konsumenten müssen zusammenhalten, auch bei der Behandlung der wirtschaftlichen Fragen müssen wir uns als ein einziges Volk zeigen. (Beifall rechts.)

Unterstaatssekretär Michaelis

bestreitet gegenüber dem Redner, daß man von einer Mähernte reden könne. In ganz Deutschland ist dies überhaupt unmöglich, man kann nur von örtlichen Mähernten in einigen Teilen des Vaterlandes sprechen.

Abg. Dr. Werner-Gießen (wirtsch. Vg.):

Von einer Mähernte kann keine Rede sein, in Hessen z. B. haben wir sogar eine Rekord-Ernte. Wir haben auch durchaus keinen Mangel an den notwendigen Nahrungsmitteln, wie die Versorgung unseres Heeres und unserer Gefangenen zeigt. Natürlich ist, daß die Preise höher sind als im Frieden; diese Teuerung ist nicht auf Deutschland beschränkt, sondern ist in der ganzen Welt vorhanden, auch in den neutralen Ländern. — Die deutsche Bauernschaft hat die gegen sie erhobenen Angriffe wahrlich nicht verdient. — Ebenso wenig ist der Kleinhandel an der Preissteigerung schuld, vielmehr der Großhandel.

Abg. Fischbeck (Sp.)

betont gegenüber einer Bemerkung des Vorredners die Bedeutung der Abmeldeverfahren der Großstädte für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und polemisiert gegen einzelne Äußerungen des Abg. Schiele.

Abg. Schiele (L.):

Ich habe nicht von einer allgemeinen Mähernte gesprochen, ich weiß sehr gut, daß die gute Ernte in Süddeutschland gegenüber schlechteren Ernten in anderen Gegenden ausgleichend gewirkt hat. (Auf links: Ra also!)

Nach weiteren kurzen Bemerkungen der Abgg. Boehme (L.) und Held (natl.) schließt die Debatte.

Es folgt die Abstimmung über die vorliegenden Resolutionen.

Die von der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen werden sämtlich angenommen. Gegen die Resolution, die eine Erhöhung der Höchstpreise für Verbrauchszucker verlangt, stimmen die Konservativen.

Die Resolution der Sozialdemokraten, daß der Käufer bei Uebersteigerung der Höchstpreise stattdessen stattdessen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen abgelehnt. Abgelehnt wird auch die sozialdemokratische Resolution, die keine weitere Erhöhung der Höchstpreise für Kartoffeln verlangt, ferner die, welche die Höchstpreise für den Verkauf von Vieh ab Stal und Schlachtviehmarkt abzulösen verlangt, und ebenso die Resolution auf Einführung einer Fleischkarte, die den Verbrauch regelt.

Angenommen wird die sozialdemokratische Resolution, zu erwägen, in welcher Weise am zweckmäßigsten den Gemeinden die Zufuhr des unbedingt notwendigen Schlachtviehes durch Beschlagnahme gesichert werden kann und dann diese Sicherung sofort durchzuführen.

Es folgt die Erörterung über verschiedene Resolutionen und Anträge der Kommission sozialpolitischer Inhalts. (Berichterhatter Graf Weizsäcker.)

Abg. Rosenbuh (Soz.):

Wenn man von den Opfern des Krieges spricht, blüht man zuerst nach den Schlachtfeldern. Aber auch in der Heimat erfordert der Krieg große Opfer. Schon im Kriegsjahr 1870/71 war der Rückgang der Geburten ein erheblicher und in diesem Kriege wird es noch schlimmer sein. Neben dem Rückgang der Geburten steht die Sterblichkeit der Säuglinge. Um sie zu mindern, ist vor allem nötig, den schwangeren Frauen Hilfe zu gewähren und auch nach der Entbindung in besserer Weise für sie zu sorgen. Die Lasten des Krieges will man vielfach den Gemeinden zuschieben. Viele Gemeinden können aber gar nicht das Erforderliche leisten. Es sollte eine Zusammenstellung über die Gemeinden gemacht werden, und eventuell müssen den Gemeinden Staats- und Reichsmittel zur Verfügung gestellt werden. Es gibt ja Gemeinden, die einen Stolz darauf setzen, solche Hilfe nicht anzunehmen. Aber dieser Stolz ist doch sehr zweifelhafter Art, wenn man bedenkt, daß Tausende von Frauen und Kindern den Schaden davon haben. Groß ist der Schaden der Gemeinden, wenn ihre Finanzen in schwieriger Lage geraten, aber größer ist doch noch der Schaden, wenn so viele Menschen Schaden an Leben und Gesundheit erleiden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch für die Gemeinden ist der Schaden noch erheblicher, wenn sie später die Stiechen erhalten müssen. (Einmütig! Sehr richtig!) Die Erhöhung des Wochen- und Stiefgeldes der Wöchnerinnen ist schon mit Rücksicht auf die gestiegenen Preise notwendig. Auch kommt für das Reich keine gar zu hohe Belastung heraus, da ja ein sehr erheblicher Rückgang an den Geburten eingetreten ist. In den meisten Städten bleibt die Geburtenziffer sogar hinter der Zahl der Sterbefälle zurück. Die Wochenhilfe ist weit weniger eine Hilfe für die Frau als für die Säuglinge. Gerade durch Verminderung der Säuglingssterblichkeit wird die Volkskraft erhöht. Im Interesse der Kinder sollte man jedem Invaliden auch einen Kinderzuschuß bewilligen. Die Pensionen sind sehr niedrig und in den Familien mit vielen Kindern wird Not und Elend eintreten und manche Kinder werden an den Entbehrungen zugrunde gehen. Auch nach dem Tode der Invaliden sollte man nicht so schnell mit den Rürzungen vorgehen. In der Richtung der Erhaltung der Kinder kann auch bei der Arbeiterversicherung mehr geschehen. Bei den Beratungen der Reichsversicherungsordnung behauptete man, es könnten nicht höhere Leistungen gewährt werden, und die meisten Mitglieder des Hauses begnügten sich, wenn die vorgelegten komplizierten Rechnungen stimmten. Wie man aber oft vorbeigerechnet hat, dafür nur ein krauses Beispiel aus der Unfallversicherung. Man rechnete heraus, daß man bei 87000 Versicherungen im Jahre 1913 bereits 8042 Seemannswitwen haben werde. Tatsächlich ist ein erheblicher Aufschwung bei den Versicherungen eingetreten, sie stiegen bis über 89000. Witwen waren aber nur 1418 vorhanden, statt 168 pro Witve nur 16. Auf Grund solcher Berechnungen sind die Witwen- und Waisenrenten so außerordentlich niedrig gehalten. Man rechnete

mit 800 000 Waisen. Infolge des Krieges und des dadurch bedingten starken Geburtenrückganges werden wir im Jahre 1921 kaum den dritten Teil haben, aber auch nach Erreichung des Geburtenrückganges, im Jahre 1928 wird es sich nur um 5-600 000 Waisen handeln. Es sollte daher rechtzeitig ins Auge gefaßt werden, für die Waisen die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Auf dem Gebiet der Kinderpflege müßte erheblich mehr geschehen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Durch den Krieg wird eine erhebliche Störung der Leistungsfähigkeit des Volkes eintreten, sehr viele haben durch Verwundung oder durch Krankheit ihre Gesundheit verloren. Auch da heißt es, rechtzeitig Mittel zur Verfügung zu stellen. (Sehr richtig!) Bei sehr vielen kann die Leistungsfähigkeit durch medizinische Behandlung wieder gesteigert werden; aber nicht alle Verwundeten können wieder in eigenen Berufe leistungsfähig werden. Vielfach wird eine Ausbildung für andere Berufe stattfinden müssen. Da wird das Reich die Mittel gewähren müssen und andere Organisationen werden mitarbeiten müssen. Hier gilt es rechtzeitig eine gute Organisation zu schaffen und Vorzüge zu treffen, daß die Leute untergebracht werden, zugleich aber auch dafür zu sorgen, daß sie nicht zur Losbildung berechtigt werden. In der Rüstung müssen Arbeiter und Unternehmer zusammenstehen; es kann ja auch einem Unternehmer nicht lieb sein, wenn ein anderer ihm Konkurrenz macht. Der Krieg mag manchen Arbeiter haben. Man sollte man sich rechtzeitig vorbereiten, daß nicht auch der Frieden Ueberraschungen bringt. Wenn Millionen aus dem Felde zurückkehren, muß das ganze Wirtschaftsleben darauf eingestellt werden, und das geht natürlich nicht mit einem Schlag. Es muß also dafür gesorgt werden, daß die Leute, die nicht sofort in Arbeit treten können, den Schützengraben nicht lediglich mit dem Schaufelgraben vertauschen und in diesem Elend zugrunde gehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gerade im größten Bundesstaate, in Preußen, ist eine Vorfrage für die Arbeitslosen bisher noch gar nicht getroffen. Wir müssen aber mit der Menschlichkeit haushalten und eine weise Oekonomie mit ihr treiben. Deshalb muß nach dem Krieg auch ein Ausbau der Arbeiterkassenorganisation in Angriff genommen werden. Freilich sagen die Unternehmer bei solchen Vorschlägen stets, dann müßte die Industrie zugrunde gehen. Wir haben bei solchen Gelegenheiten hier dieselben Reden gehört, die im englischen Parlament bei der Einführung der Kinderzuschüsse ertönt. Die Versicherung selbst kostet uns aber gar nichts, sondern Kosten verursachen die Krankheiten, die Invalidität, Leibeslähmung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gerade durch die Krankenversicherung ist die Zahl und die Dauer der Krankheiten erheblich zurückgegangen und ihre Folgen sind weniger schlimm geworden. Man kommt auch immer damit, daß die Industrie konkurrenzunfähig wird auf dem Weltmarkt. Wir brauchen aber nur an das Baugeschäft zu denken, das gesamte Baugeschäft, an die Gas- und Elektrizitätswerke und viele andere, um zu sehen, daß unsere Produktion doch nicht in erster Linie Produktion für den Weltmarkt ist. 60 Proz. aller deutschen Arbeiter kommen für die Exportindustrie überhaupt nicht in Frage, und von den anderen 40 Proz. arbeitet auch nur ein geringer Teil für den Export, die Wälder, die Fleischer, die Tabakarbeiter z. B., von deren Produkten nur 5 Proz. ausgeführt wird. Aber auch die großen Exportindustrien haben ihre Stellung auf dem Weltmarkt keineswegs durch eine Schumpunktzunahme erreicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Weit mehr durch die Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit, die nicht zum mindesten den Arbeitern verdankt wird. Mit Stolz verweist man darauf, daß der Krieg bewiesen habe, Deutschland ist in bezug auf die Organisation den anderen Staaten voran. Aber auch der beste Organisator kann eine Organisation nicht aus dem Boden stampfen, wenn nicht alle Glieder des Volkes dabei zusammenarbeiten. Jahrzehnte haben wir gearbeitet, um den Nutzen der Organisation den Leuten begreiflich zu machen, und nur dadurch, daß die Arbeiter in der Organisation tätig waren und sie zu stärken gelernt haben, war es möglich, die im Gemeinwohl nötige Organisation durchzuführen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man hat dabei angefangen, zu begehen, daß die Gewerkschaften nicht schädlich, sondern nützlich sind. Trotzdem bestehen

die Beschränkungen für die Arbeiterorganisationen

auch heute noch fort. Nach dem Kriege müssen gerade die Rechte der Gewerkschaften in erster Linie ausgedehnt werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn am 4. August 1914 jemand gesagt hätte, welche Bundesratsverordnungen in den nächsten zwei Jahren erlassen werden würden, welche Eingriffe in das Wirtschaftsleben kommen würden, so hätte man gesagt, dann ist Deutschland ruiniert. Aber Sie haben gesehen, wie sich die Produktion solchen Verhältnissen anpassen konnte. Wenn der Friede kommt, wird Deutschland wieder in der Lage sein, alle Hindernisse zu überwinden und eine neue Blüte zu schaffen. Das Land aber nur geschützt, wenn man weitsichtig genug ist, dafür Vorzüge zu treffen, daß die Leistungsfähigkeit der Arbeiter nicht gehemmt, sondern gehoben wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Trl (B.)

danke der Militärverwaltung für die Berücksichtigung des Handwerks bei den Heereslieferungen. Wünschenswert wäre die Errichtung einer zentralen Vergedungsstelle für solche Arbeiten. Jedenfalls sollte die von den Handwerkskammern errichtete zentrale-Vermittlungsstelle weitestgehende Berücksichtigung finden.

Abg. Schulenburg (natl.)

regt an, daß den Kleingewerbetreibenden und Kleinhändlern im Felde von Zeit zu Zeit Gelegenheit gegeben werde, nach Haus zu reisen, um ihre Geschäfte zu regeln.

Abg. Barischat (Sp.)

spricht ebenfalls für weitestgehende Berücksichtigung des Handwerks bei den Heereslieferungen. Den Kleingewerbetreibenden sollte durch Schaffung von Realkredit geholfen werden. Im Interesse der mittleren und kleinen Unternehmer liegt es ferner, daß bei Aufträgen der Militärverwaltung die fälligen Zahlungen möglichst schnell erfolgen. Bei der Verwendung der Reichsmittel zur Unterstützung notleidender Zivilarbeiter müssen auch Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen hinzugezogen werden. — Was die Kriegsschadigungen für Ostpreußen anlangt, so sollten auch dem Reichsotage die Grundzüge bekannt gegeben werden, nach welchen diese Entschädigungen gewährt werden. Leider wird auch diese Frage von den Konservativen zu parteipolitischen Zwecken ausgenutzt. Dagegen müssen wir protestieren. Bei dieser Frage wollen wir nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten. (Beifall!)

Abg. Brandes (Soz.):

Die vom Militär entlassenen Leute verlieren mit dem Tage der Entlassung die Wohnung und ihre Frauen die Kriegsernährung. Da die Leute oft in Betriebe kommen, in denen sie erst nach zwei Wochen und länger den ersten Lohn erhalten, so liegt hierin eine ungeheure Härte. — Bei der Behandlung von Ausländern sollte die Regierung entgegenkommender sein. Ein russischer Arbeiter, der lange Jahre in Deutschland, in Bitterfeld, arbeitete, und beim Herannahen des Endes der Arbeit andere Arbeit wo anders erhalten konnte, bemühte sich rechtzeitig um die Erlaubnis, dorthin zu reisen. Nach vielen Wochen hatte er noch keine Antwort, und als er nun nachdrücklich von Bitterfeld abrief, wurde er verhaftet und nicht schwerer bestraft entgegen. — Den Geburtenrückgang über den schon vor dem Kriege geklagt wurde, hat der Krieg noch verschärft. Als weiterer verschlimmernder Faktor kommt die mächtige Zunahme der Frauenarbeit in fast allen Industrien hinzu. Anstatt nun die Schutzbestimmungen für Frauen auszuheben, sind sie im Gegenteil auf Wunsch der Unternehmer außer Kraft gesetzt worden. Die Folge ist

lange Arbeitszeit, Nacharbeit und Sonntagsarbeit. Dabei handelt es sich meist um verheiratete Frauen, die neben der Berufsarbeit noch im Hause tätig sein müssen. Entweder muß die Frau-Mutter selbst zugrunde gehen, oder die Kinder werden in ihrer körperlichen und sittlichen Entwicklung vernachlässigt, was sich später furchtbar rächen muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hier muß beiseite eingegriffen werden, und zwar schon in der Kriegszeit. Das kann sehr wohl geschehen, wenn die Arbeit der Frauen nicht über acht Stunden dauert.

Nach dem Kriege werden wir zunächst recht unangenehme wirtschaftliche Verhältnisse bekommen beim Aufhören der Kriegsaufträge. Rechtzeitig müssen daher Einrichtungen zur Unterbringung der Arbeitslosen getroffen werden. Es wäre eine furchtbare Enttäuschung der Kriegsteilnehmer, wenn sie bei der Rückkehr vom Reich, Staat und Gemeinde auch wieder auf die Zukunft verdröset werden. Rechtzeitig muß eingegriffen werden und die Regierung hat alle Veranlassung, die säumigen Gemeinden zu drängen, damit wir vom Frieden nicht ebenso überrascht werden, wie es vom Kriege der Fall gewesen. In der Frage des Arbeitsnachweises ist aber dem Reichstag eine so magere inhaltlose Denkschrift zugegangen wie selten. Die Arbeitgeber wollten eben den Arbeitsnachweis sich nicht aus den Händen nehmen lassen. Hat doch die „Arbeitsgeberzeitung“ sich am 8. September 1915, also noch im Kriege dagegen gewendet, daß Arbeiter überhaupt mit zur Beratung herangezogen werden. Der Burgfrieden soll nur die Arbeiter verpflichten, nicht auch die Unternehmer. — Man weiß häufig auf die gestiegenen Löhne hin. Aber die Kosten der Lebenshaltung sind um durchschnittlich 70 Proz. gestiegen, die durchschnittliche Steigerung der Löhne ist weit geringer und vielfach auf zahlreiche Überstunden zurückzuführen, die den Arbeitern keineswegs erwünscht sind. — Die Bestimmung, daß Sozialdemokraten in Staatsbetrieben nicht beschäftigt werden sollen, ist auch heute noch nicht aufgehoben. Vor einem halben Jahr wurde versichert, daß sie im wesentlichen nicht bestände. Tatsächlich ist sie nicht beseitigt und auch ihre Wirkungen bestehen noch immer. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hier will man eben wieder ja noch nein sagen. Es müssen aber alle Hemmnisse der Koalition beseitigt werden, nur dann kann es zu einer Besserung unseres ganzen Volkstums kommen. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Direktor im Reichsamt des Innern Geh. Rat Caspar:

Die Ausführungen des Herrn Vorredners gegen die übermäßige Beschäftigung von Frauen in der gewerblichen Arbeit verdienen ernste Beachtung. In der Schwerindustrie ist versucht worden überall für Frauen nur Schichtdienstleistungen zuzulassen. Als dann die Eisenindustriellen darauf hinwiesen, daß in gewissen Fällen ein Ineinandearbeiten von weiblichen und männlichen Arbeitskräften bei Verschiedenheit der Schichten nicht möglich sei, ist teilweise zugelassen worden, daß Frauen in denselben Schichten beschäftigt werden wie Männer. — Was die Denkschrift über die Arbeitsvermittlung betrifft, so bedeuten ihre Vorschläge keineswegs einen Absbruch der in dieser Frage schwäbenden Verhandlungen, sondern sie sollen den Ausgangspunkt bilden für Verhandlungen über weitere Verbesserungen.

Abg. Stresemann (natl.):

Der Abgeordnete Brandes sprach von der großen Arbeitslosigkeit, die nach dem Kriege infolge des Zurückflutens der jetzt im Felde befindlichen Arbeitskräfte eintreten werde. Er hat dabei doch wohl einige Gesichtspunkte übersehen. So hat er nicht bedacht, daß mit Eintritt des Friedens auf der anderen Seite zwei Millionen Gefangene aus Deutschland herauskommen und so anderen Arbeitskräften Platz machen. Dann werden viele der Zurückkommenden auch körperlich geschwächt zurückkehren; wir werden ferner nicht die vielen ausländischen Arbeiter im Lande haben, wie bei Beginn des Krieges. Auch wird das Zurückfluten der Arbeitskräfte nicht auf einmal erfolgen. Die Regierung muß dafür sorgen, daß die Arbeiter zuerst zurückgeschickt werden, die in der Heimat notwendig gebraucht werden, während die Arbeiter aus Bezirken, wo noch große Arbeitslosigkeit herrscht, noch draußen bleiben sollten. — Zu dem Artikel der „Arbeitsgeber-Zeitung“ muß ich sagen, daß die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ nicht das Recht hat, in dieser Tonart im Namen der gesamten deutschen Industrie zu sprechen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), zumal schon im Frieden die Ansichten der Industrie darüber ganz verschieden waren, ob man mit den Arbeitern von Organisation zu Organisation verhandeln sollte oder nur mit den eigenen Arbeitern des eigenen Betriebes. Die „Arbeitsgeber-Zeitung“ war also keineswegs berechtigt, in dieser Weise die Brandfackel hineinzuschleudern und in so unerhörter Weise den sozialen Burgfrieden zu brechen, der ebenso wichtig ist, wie der politische Burgfrieden. (Lebhafte Zustimmung.)

Von dem Abg. Schiele war es verkehrt, den Gegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft hervorzuheben. Wir sollten uns freuen, daß wir, als der Krieg ausbrach, sowohl eine leistungsfähige Industrie wie eine leistungsfähige Landwirtschaft hatten. (Waboo!) — Der Ausbruch von Waren, von denen wir ausreichende Mengen haben, sollten keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, damit die Häfen nach dem Auslande nicht ganz abgerissen werden. (Sehr richtig!)

Abg. Schirmer (Z.):

betont die Notwendigkeit, für die notleidenden Textilarbeiter etwas zu tun.

Abg. Hüb (Soz.):

Die wohlwollenden Erklärungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen speziell in der Schwerindustrie werden hoffentlich in die Tat umgesetzt werden. Die Schwierigkeiten werden von den Arbeitgebern enorm überschätzt. Ein wirklich sachverständiger, tatkräftiger Betriebsleiter kann in der Beschränkung der Frauenarbeit viel leisten. Aufs entscheidendste muß den Arbeitgebern entgegengetreten werden, die Arbeiter, welche sie als unentbehrlich von den Militärbehörden erhalten haben, in den Arbeitsbedingungen zu drücken und sie zur Front zurückzuführen suchen, falls sie sich irgendwie mühen. Die Militärbehörden sollten auch mit den Arbeitern Pöhlung halten und derartigen Unternehmern entschieden entgegen treten. — Die Vermutung Stresemanns, die Lage des Arbeitsmarktes werde nach dem Kriege eine gute sein, halte ich für irrig. Jedenfalls darf man sich nicht darauf verlassen und muß Maßregeln treffen auch für den Fall, daß die Vermutung Stresemanns falsch ist. — Die Anregung Stresemanns, die Entlassung der Arbeiter aus dem Militärverhältnis nach dem Kriege nach einem bestimmten System durchzuführen, ist ganz undurchführbar; wollte man so verfahren, so würde die Freizügigkeit der Arbeiter geradezu vernichtet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kretsch (L.):

betont, daß die Aktion für Disziplinäre Sache des Landtags sei. Eine Parallelation des Reichstags könnte nur Verwirrung stiften.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Die Kommission von Kriegerfrauen, die durch die Bundesratsverordnung vom 14. Januar 1915 ermächtigt worden ist, widerspricht dem Gesetz und auch dem Geist der Verordnung selbst. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, daß der Kriegsteilnehmer, der im Schützengraben liegt, ermittelt wird, daß er in der Heimat ein Gefährdeter ist und dem Gesetz vom 4. August 1914. Durch eine ganze Reihe solcher Kommissionen ist ungeheures Elend über Frauen von Kriegsteilnehmern gebracht. Deshalb muß eine außerordentliche Bundesratsverordnung erlassen werden, wie können und nicht darauf verlassen, das in dem einen oder anderen Falle das Kammergericht ein vernünftiges Urteil fällt. Zahlreich sind die Fälle, wo im Besonderen und im Namen des Reiches geradezu unvernünftige Urteile gefällt worden sind. Eine Frau, die bei der Kommission die Mißbilligung eines Mannes mitnahm, ist dafür noch extra bestraft worden. Dies ungerechte Verfahren muß Erörterung erregen, und schleunigst sollte der Bundesrat Remedur schaffen. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stresemann (natl.):

erwidert dem Abg. Kretsch, es liege gerade im Interesse der Einheitlichkeit der Entschädigungen, wenn die Grundzüge dem Reichstag vorgelegt werden. Außerdem kämen hier Reichsgelder in Betracht und die Grundzüge sollten auch nicht nur für Disziplinäre, sondern auch für Elend-Lothringen gelten. Auch wolle der Reichstag eine Kontrolle darüber haben, ob die Entschädigungen schnell und ausreichend genug gewährt würden.

Abg. Schiele (L.):

bestreitet, die Leistungen der Industrie gegenüber denen der Landwirtschaft herabgesetzt zu haben. Er stimme mit dem Abg. Stresemann vollkommen überein, daß gegenseitige Achtung zwischen Industrie und Landwirtschaft vor ihren großen Leistungen am Platze sei.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Kretsch (L.) schließt die Debatte.

Die Resolutionen der Kommission auf stärkere Berücksichtigung der Handwerker bei Vergütung von Vorratlieferungen, auf Zulassung von Vertretern der Arbeiterorganisationen bei Verwendung von Reichsmitteln für die notleidenden Textilarbeiter, auf Vorlegung der Grundzüge über die Entschädigung für Kriegsschäden werden angenommen.

Das Haus verläßt sich am Sonnabend 10 Uhr (Mitternacht, Belagerungsaufstand, Jenzur).

Schluß 7 Uhr.

Deutsch-englischer Notenaustausch in der „Baralong“-Affäre.

Berlin, den 14. Januar 1916. (W. L. B.)

Auf die feinerzeit veröffentlichte Denkschrift der deutschen Regierung über die Ermordung der Besatzung eines deutschen U-Bootbootes durch den Kommandanten des britischen Hilfskreuzers „Baralong“, hat die britische Regierung durch Vermittlung der amerikanischen Botschaft in Berlin die nachstehende Antwort erteilt:

Uebersetzung der Antwort des Britischen Auswärtigen Amtes an den Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika über den Fall „Baralong“.

Auswärtiges Amt, den 14. Dezember 1915.

Cure Excellenz!

Ich habe die Ehre gehabt, Ihre Mitteilung vom 8. d. M. zu erhalten, der eine Denkschrift der deutschen Regierung über angebliche Vorkommnisse bei der am 19. August d. J. erfolgten Vernichtung eines deutschen U-Bootbootes und seiner Mannschaft durch S. M. Hilfskreuzer „Baralong“ beigelegt war.

Die deutsche Regierung gründet auf diese angeblichen Vorkommnisse die Forderung, daß der Kommandant und andere Beteiligten an Bord S. M. S. „Baralong“ wegen Mordes zur Verantwortung gezogen und entsprechend bestraft werden.

Seiner Majestät Regierung nimmt mit großer Befriedigung, wenn auch mit einiger Ueberschätzung, von dem seitens der deutschen Regierung jetzt zum Ausdruck gebrachten Verlangen Kenntnis, wonach die Grundzüge einer gestellten Kriegführung innegehalten werden müßten und eine entsprechende Strafe diejenigen treffen sollte, die jene vorzüglich mißachteten. Allerdings waren bei dem Vorfall, der die deutsche Regierung plötzlich daran erinnert hat, daß es solche Grundzüge gibt, die angeblichen Verbrecher diesmal Briten und nicht Deutsche. Seiner Majestät Regierung glaubt indes nicht einen Augenblick, daß es die Absicht sein kann, den Bereich einer gerichtlichen Untersuchung, die man einzuleiten für gut befindet, unbillig einzuschränken.

Es ist nun einleuchtend, daß es der Gipfel der Ungereimtheit sein würde, den Fall der „Baralong“ für eine Einzeluntersuchung auszufordern. Gesetzt den Fall, daß die Aussagen, auf die sich die deutsche Regierung stützt, richtig wären (und Seiner Majestät Regierung hält sie nicht für richtig), so würde die Anschuldigung gegen den Kommandanten und die Mannschaft der „Baralong“ doch unbedeutend sein im Vergleich zu den Verbrechen, die von deutschen Offizieren zu Lande und zu Wasser gegen Kämpfer und Nichtkämpfer vorzüglich begangen zu sein scheinen.

Zweifellos wird die deutsche Regierung geltend machen, daß die große Menge solcher Anschuldigungen einen mit deren Untersuchung befaßten Gerichtshof derart überlasten würde, daß der Endzweck des Gerichtsverfahrens gänzlich vereitelt würde. Wenn z. B. eine ganze Armee des Nordes, der Brandstiftung, der Plünderung und der Begehung von Gewalttätigkeiten beschuldigt wird, so ist es offenbar unmöglich, jedem einzelnen, der an diesem Verbrechen beteiligt ist, eine besondere Untersuchung zu widmen. Diese rein praktischen Erwägungen können nicht übersehen werden, und Seiner Majestät Regierung erkennt ihr Gewicht an. Sie würde deshalb zunächst bereit sein, die gerichtliche Untersuchung auf die den deutschen und britischen Seeoffizieren zur Last gelegten Verbrechen zu beschränken; und wenn selbst diese Einschränkung für unzureichend erachtet wird, würde sie sich begnügen können, die Aufmerksamkeit auf drei Ereignisse zu richten, die während derselben 48 Stunden vorgefallen sind, während deren die „Baralong“ das U-Bootboot versenkte und die „Nicotian“ rettete.

Der erste Vorfall bezieht sich auf ein deutsches U-Bootboot, das einen Torpedo auf die „Arabic“ abfeuerte und sie versenkte. Keine Warnung wurde dem Handelsschiffe gegeben; keine Anstrengungen wurden gemacht, um die Mannschaft, die sich nicht wehrte, zu retten; 47 Nichtkämpfer wurden unarmherzig in den Tod getrieben. Es wird behauptet, daß diese barbarische Tat, wenn gleich im vollständigen Einklang mit der früheren Politik der deutschen Regierung, den kurz zuvor erlassenen Anordnungen widerspricht. Dies würde, wenn es wahr ist, die Verantwortung des U-Bootbootkommandanten nur erhöhen. Aber Seiner Majestät Regierung hat keine Nachricht erhalten, die erkennen ließe, daß die Behörden in diesem Falle die Richtlinie verfolgt hätten, die sie im Falle der Besatzung der „Baralong“ empfehlen, nämlich daß sie den U-Bootbootkommandanten wegen Mordes zur Verantwortung gezogen hätten.

Der zweite Vorfall ereignete sich am selben Tage. Ein deutscher Zerstörer fand ein britisches U-Bootboot, das an der dänischen Küste gestrandet war. Das U-Bootboot war nicht etwa von dem Zerstörer dorthin verfolgt worden; es befand sich in neutralen Gewässern und war unfähig zum Angriff wie zur Verteidigung. Der Zerstörer feuerte auf das U-Bootboot, und als die Mannschaft an Land zu schwimmen versuchte, feuerte der Zerstörer auf diese, mit keinem anderen erstlichen Zweck, als einen hilflosen Feind zu vernichten. Hier konnte heißes Blut nicht als Entschuldigung angegeben werden; die Mannschaft des U-Bootbootes hatte nichts getan, um die Wut des Gegners zu entfesseln. Sie hatte nicht kurz zuvor 47 unschuldige Nichtkämpfer ermordet. Sie hatte nicht von einem deutschen Schiffe Beistand ergriffen oder eine deutsche Interessen schädigende Tat begangen. Soweit Seiner Majestät Regierung die Tatsachen bekannt sind, haben die Offiziere und die Mannschaft des Zerstörers ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Kriegesetze begangen, das einer gerichtlichen Untersuchung zum mindesten ebenso wert ist, wie jede andere Verbrechen, das sich im Laufe des gegenwärtigen Seekrieges ereignet hat. — Der dritte Vorfall fand etwa 48 Stunden später statt. Der Dampfer „Auel“ wurde von einem deutschen U-Bootboot angegriffen. Das Schiff, das keinen Widerstand geleistet hatte, begann zu sinken; die Mannschaft floh in die Rettungsboote, und während sie sich zu retten versuchte, wurde auf beide mit Schrapnell und auf Gewehre geschossen. Ein Mann wurde getötet, acht andere, darunter der Kapitän, wurden schwer verwundet. Das beschonrene Zeugnis, auf das sich diese Feststellung stützt, läßt nicht den geringsten Grund erkennen, der diese fahrlässige und feige Grausamkeit rechtfertigen könnte.

Es scheint Seiner Majestät Regierung, daß diese drei der Zeit nach fast zusammenfallenden und in ihrer Art wenig verschiedenen Fälle zugleich mit dem Falle „Baralong“ vor ein unparteiisches

Gericht, z. B. vor einem aus Offizieren der Marine der Vereinigten Staaten von Amerika zusammengesetzten Gerichtshof, gebracht werden sollten. Wenn dem zugestimmt wird, würde Seiner Majestät Regierung alles in ihrer Macht Stehende veranlassen, um die Untersuchung zu fördern und ihre Schuldigkeit zu tun, indem sie weitere Schritte ergreift, wie sie durch die Gerechtigkeit und die Bestimmungen des Gerichts geboten erscheinen.

Seiner Majestät Regierung hält es nicht für erforderlich, eine Antwort auf die Unterstellung zu geben, daß die britische Marine sich der Unmenschlichkeit schuldig gemacht habe. Gemäß den letzten möglichen Aufstellungen beträgt die Zahl der oft unter den größten Schwierigkeiten und Gefahren vom Tode des Ertrinkens geretteten deutschen Seeleute 1150. Die deutsche Marine kann keine solche Zahl aufweisen, viellecht aus Mangel an Gelegenheit.

Ich habe die Ehre zu sein mit größter Hochachtung
Euerer Erzellung gehorhamter unterwürfiger Diener
(in Abwesenheit Sir Edward Grech)
gez. C. r. e. w. e.

Darauf hat die kaiserliche Regierung am 12. d. M. dem amerikanischen Botschafter in Berlin folgende Erwiderung zur Uebersendung an die britische Regierung übergeben:
Erwidlung der deutschen Regierung auf die Erklärungen der britischen Regierung zu der deutschen Denkschrift über den „Baralong“-Fall.

Die britische Regierung hat die deutsche Denkschrift über den „Baralong“-Fall dahin beantwortet, daß sie einerseits die Wichtigkeit der ihr von der deutschen Regierung mitgeteilten Tatsachen in Zweifel zieht, andererseits gegen die deutschen Streitkräfte zu Lande und zu Wasser den Vorwurf erhebt, vorzüglich ungezählte Verbrechen wider das Völkerrecht und die Menschlichkeit begangen zu haben, die keine Sühne erfahren hätten und denen gegenüber die angebliche Straftat des Kommandanten und der Mannschaft der „Baralong“ völlig zurüde. Für diesen Vorwurf hat die britische Regierung keinerlei Beweise beigebracht, sondern sich darauf beschränkt, ohne Mitteilung irgendwelcher Beweise drei im Seekrieg vorgekommene Einzelfälle anzuführen, wo deutsche Offiziere völkerrrechtswidrige Grausamkeiten verübt haben sollen. Die britische Regierung schlägt vor, diese Fälle durch einen aus amerikanischen Marineoffizieren bestehenden Gerichtshof untersuchen zu lassen, und ist unter dieser Voraussetzung bereit, dem bezeichneten Gerichtshof auch den „Baralong“-Fall zu unterbreiten.

Die deutsche Regierung legt die schärfste Verwahrung ein gegen die unerhörten und durch nichts erwiesenen Anschuldigungen der britischen Regierung gegen die deutsche Armee und die deutsche Marine sowie gegen die Unterstellung, als ob die deutschen Behörden etwaige zu ihrer Kenntnis gelangenden Straftaten solcher Art unterdelt lassen. Die deutsche Armee und die deutsche Marine beobachten auch im gegenwärtigen Kriege die Grundzüge des Völkerrechts und der Menschlichkeit, und die leitenden Stellen halten streng darauf, daß alle dagegen etwa vorkommenden Verstöße genau untersucht und nachdrücklich geahndet werden.

Auch die drei von der britischen Regierung aufgeführten Fälle sind feinerzeit durch die zuständigen deutschen Behörden einer eingehenden Untersuchung unterzogen worden. Dabei hat sich zunächst in dem Falle der Versenkung des britischen Dampfers „Arabic“ durch ein deutsches U-Bootboot ergeben, daß der Kommandant des U-Bootbootes nach Lage der Umstände die Ueberzeugung gewinnen mußte, der Dampfer sei im Begriff, sein Fahrzeug zu rammen; er glaubte daher in berechtigter Notwehr zu handeln, als er feinerzeit zum Angriff auf das Schiff überging. Der weiter angeführte Fall des Angriffs eines deutschen Torpedobootzerstörers auf ein britisches U-Bootboot in den dänischen Hoheitsgewässern hat sich in der Weise abgespielt, daß es in diesen Gewässern zwischen den beiden Kriegsschiffen zum Kampfe gekommen ist, und daß sich dabei das U-Bootboot durch Beschädigung gehindert hat; daß bei dem deutschen Angriff die dänische Neutralität verletzt worden ist, wird von der britischen Regierung um so weniger geltend gemacht werden können, als die britischen Seeoffiziere in einer Reihe von Fällen deutsche Schiffe in neutralen Gewässern angegriffen haben. In dem Falle der Vernichtung des britischen Dampfers „Auel“ endlich hat das deutsche U-Bootboot lediglich die von der deutschen Regierung im Februar 1915 angekündigten Vergeltungsmaßnahmen zur Anwendung gebracht; diese Maßnahmen entsprechen dem Völkerrecht, da England bemüht ist, durch die völkerrrechtswidrige Rahmung des legitimen Seehandels der Neutralen mit Deutschland diesem jede Zufuhr abzuschneiden und damit das deutsche Volk der Ausbeutung preiszugeben, gegenüber völkerrrechtswidrigen Handlungen aber angemessene Vergeltung geübt werden darf. In allen drei Fällen hatten es die deutschen Seeoffiziere nur auf die Verhinderung der feindlichen Schiffe, keineswegs aber auf die Vernichtung der sich rettenden wehrlosen Personen abgesehen; die entgegengesetzten Behauptungen der britischen Regierung müssen mit aller Entschiedenheit als unwar zurückgewiesen werden.

Das Anfechten der britischen Regierung, die erwähnten drei Fälle gemeinsam mit dem „Baralong“-Fall durch einen aus amerikanischen Marineoffizieren gebildeten Gerichtshof untersuchen zu lassen, glaubt die deutsche Regierung als unannehmbar ablehnen zu sollen. Sie steht auf dem Standpunkt, daß die gegen Angehörige der deutschen Streitmacht erhobenen Beschuldigungen von den eigenen zuständigen Behörden untersucht werden müssen, und daß diese jede Gewähr für eine unparteiische Beurteilung und gegebenen Falles auch für eine gerechte Bestrafung bieten. Ein anderes Verlangen hat sie auch gegenüber der britischen Regierung in dem „Baralong“-Fall nicht gestellt, wie sie denn keinen Augenblick zweifelt, daß ein aus britischen Seeoffizieren zusammengesetztes Kriegsgericht den feigen und heimtückischen Mord begährend ahnden würde. Dieses Verlangen war aber um so berechtigter, als die der britischen Regierung vorgelegten eiblichen Ausfagen amerikanischer, also neutraler Zeugen, die Schuld des Kommandanten und der Mannschaft der „Baralong“ so gut wie außer Frage stellen.

Die Art, wie die britische Regierung die deutsche Denkschrift beantwortet hat, entspricht nach Form und Inhalt nicht dem Ernst der Sachlage und macht es der deutschen Regierung unmöglich, weiter mit ihr in dieser Angelegenheit zu verhandeln. Die deutsche Regierung stellt daher als Endergebnis der Verhandlungen fest, daß die britische Regierung das berechnete Verlangen auf Untersuchung des „Baralong“-Falles unter nichtigen Vorwänden unerfüllt gelassen und sich damit für das dem Völkerrecht wie der Menschlichkeit höhnsprechende Verbrechen selbst verantwortlich gemacht hat. Offenbar will sie den deutschen U-Bootbooten gegenüber eine der ersten Regeln des Kriegesrechts, nämlich außer Gefahr gefasste Feinde zu schonen, nicht mehr innehalten, um sie so an der Führung des völkerrrechtlich anerkannten Kreuzerrieges zu verhindern.

Nachdem die britische Regierung eine Sühnung des empörenden Vorfalles abgelehnt hat, sieht sich die deutsche Regierung genötigt, die Ahndung des ungeführten Verbrechens selbst in die Hand zu nehmen und die der Herausforderung entsprechenden Vergeltungsmaßnahmen zu treffen.

Berlin, den 10. Januar 1916.

Politische Uebersicht.

Aus dem Reichstag.

Zu Beginn der Freitagssitzung wünschte Abgeordneter Basser mann nähere Mitteilungen über die Verhaftung der Konsuln in Saloniki und Abgeordneter Dr. Müller-Weinigen über die Verzögerung der Postsendungen an deutsche Kriegsgefangene in Frankreich. Genosse Dieb-Fnecht, der diese Anfragen als „bestellte Arbeit“ bezeichnete,

suchte durch einen Geschäftsordnungsantrag zwei vom Prä- sidenten zurückgewiesene eigene Anfragen zur Verhandlung zu bringen. Als der Präsident diese geschäftsordnungs- mäßigen Bemerkungen unterbrach, antwortete ihm Genosse Liebknecht mit Zurufen, die ihm einen Ordnungsruf einbrachten.

Die weitere Besprechung der Ernährungsfragen brachte trotz einer großen Zahl von Rednern keinerlei neue Gesichtspunkte. 44 vom Haushaltsausschuß befürwortete Reso- lutionen wurden schließlich sämtlich angenommen, dagegen mehrere wichtige Anträge unserer Fraktion abgelehnt.

In einer darauffolgenden Beratung einer Anzahl sozialpolitischer Resolutionen trat Genosse Molkenbühr für die Witwen und Waisen und eine weit- gehendere Wochenhilfe ein. Die bürgerlichen Redner for- derten im wesentlichen Unterstützungsmaßnahmen für den selbständigen Mittelstand. Genosse Brandes betonte die Notwendigkeit von Schutzbestimmungen für die Frauen in- folge der vermehrten Frauenarbeit. Genosse Stadthagen schließlich trat für das Recht der Mieter ein. Die Re- solutionen der Kommission über sozialpolitische Fragen wur- den ebenfalls angenommen. — Darauf verlagte sich das Haus auf Sonnabend 10 Uhr, wo über Altersrente, Belagerungs- zustand und Zensur gesprochen werden soll.

Antrag auf Erhöhung der Löhne. Unsere Genossen bean- tragen im Reichstag, „den Herrn Reichsminister zu ersuchen, die Kriegs-Belagerungsordnung dahin abzuändern: a) für alle in Friedensland stehenden Mannschaften mit Wirkung vom 1. Dezember 1915 die Löhnung auf 80 Pf. pro Tag, b) für alle im Inlande befindlichen Mannschaften mit gleicher Wir- kung auf 90 Pf. pro Tag festzusetzen, c) die bisher bezahlten Zulagen sollen den Mannschaften auch weiterhin gewährt werden“.

Zensurfragen im sächsischen Landtage.

Die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten sächsischen Kammer hat bekanntlich gleich zu Beginn des Landtages einen Antrag ein- gebracht, der die Regierung auffordert, im Bundesrat dafür einzu- treten, daß „das verfassungsmäßige Recht der Staats- bürger in Bezug auf die Vereins-, Versammlungs- und Ver- freiheit sofort wieder hergestellt wird“. Nach der allgemeinen Vorberatung im Plenum wurde dieser Antrag der Beschwerde- und Petitionsdeputation überwiesen, die seitdem in zwei Sitzungen darüber verhandelt hat. Aus diesen Verhandlungen ist folgendes bemerkenswert:

Die Vertreter der bürgerlichen Fraktionen teilen in formeller Beziehung die Auffassung der Regierung, daß dem Verlangen nach einer glatten Aufhebung des Belagerungszustandes die mangelnde Kompetenz der sächsischen Regierung und des Bundesrates entgegen- stehe. Von sozialdemokratischer Seite wird unter Verbrüderung reich- lichen Tatsachenmaterials behauptet, daß gegenwärtig die gesetzlichen Grundlagen für den Belagerungszustand fehlen. — Eine große Rolle spielte in der letzten Sitzung die von der sächsischen Regierung an- geordnete Beschränkung der Verichterstattung über die öffentlichen Landtagsitzungen nach den Bestim- mungen der Pressezensur. Aktuell wurde diese Frage bei den Verhand- lungen über die Lebensmittelfrage und den sozialdemokratischen Antrag über die Press-, Vereins- und Versammlungsfreiheit. Die Dinge haben sich da ganz merkwürdig entwickelt. Während die Regierung und das Generalkommando des 10. Armeekorps (Leipzig) durch Ver- ordnungen die Beschränkung der Verichterstattung ausgesprochen haben, hat das Generalkommando für das 12. Armeekorps (Dresden) es in Rücksicht auf die Reichsverfassung und § 12 des Reichsstraf- gesetzes abgelehnt, beschränkend eingzugreifen. Hinzu kommt, daß die Regierung eigentlich Zensurrechte gar nicht hat, die Ausführung der Zensur ist von den Generalkommandos viel- mehr den einzelnen Orts- oder Bezirksbehörden übertragen. Auch darauf wurde von sozialdemokratischer Seite hingewiesen. In der nächsten Sitzung soll nun im Beisein von Regierungsvertretern eine Klarstellung dieser Verhältnisse herbeigeführt und festgestellt werden, ob die Regierung berechtigt ist, in dieser Weise einzugreifen. Um so mehr, als sich die Polizeidirektion Dresden nun in ihren Maßnahmen nicht auf das Generalkommando, das ein Eingreifen abgelehnt hat, sondern auf die Regierung beruft, die „ausdrücklich bestätigt“ habe, „daß auch bei der Parlamentarischen Verichterstattung die allgemeinen Zensur- vorchriften einzuhalten sind“.

In der Deputation wurde auf die Beschwerde hingewiesen, die ein sächsisches Parteiblatt gegen dieses Verfahren an das Ministerium gerichtet hat. Der Besch. der darauf erteilt wurde, war dann Gegenstand weiterer Erörterung. Im wesentlichen wird darin folgendes ausgeführt: „Die Regierung findet in der Beschwerde keine ausreichende Veranlassung, von ihren Vorschriften über die Landtagsberichte abzugeben. Insbesondere kann sie der in der Beschwerde vertretenen Auslegung des Reichsstraf- gesetzbuches nicht folgen. Für die Reichstagsberichte besteht allerdings eine andere Rechtslage als für die Landtagsberichte, da die Reichsverfassung in Artikel 22 festsetzt, daß wahrheitsgetreue Berichte über die Reichstagsverhandlungen von aller Verantwortung frei bleiben. Für die Landtagsberichte besteht eine gleiche Bestimmung in der sächsischen Verfassung nicht. Der § 12 des Strafgesetzbuches, der für alle Parla- mentarische Berichte gilt, ist ein Bestandteil des Verrechtes, die Pressfreiheit aber ist durch den Belagerungszustand auf- gehoben. Es bleibt demnach bei der Verordnung vom 7. De- zember, wonach auch die Berichte über die Verhand- lungen des Landtages den allgemeinen Press- vorchriften unterliegen.“

Der § 12 des Strafgesetzes lautet: „Wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen eines Landtags oder einer Kammer eines zum Reiche gehörigen Staates bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei.“ Wollte man diese Bestimmung, weil sie die Presse betreffe, als aufgehoben ansehen — so fährt der Verichterstatte aus —, dann müßte diese Auslegung auch auf die Reichsverfassung angewendet werden, denn auch diese sei ein Gesetz. Folgerichtig müßten demnach die Reichstagsberichte unter Zensur gestellt werden. Ergänzend wurde von sozialdemokratischer Seite noch hinzugefügt, daß der Standpunkt der sächsischen Regie- rung, die Landtagsberichte zu zensurieren, die Reichstagsberichte aber nicht, auch ganz unlogisch wäre. Denn die Voraussetzungen zur Zensur liegen für die Berichte über den Reichstag, wo doch die großen politischen Fragen ganz unmittelbar behandelt und entschieden werden, viel mehr vor, als gegenüber den Landtagsberichten. — Einmütigkeit scheint in der Deputation darüber zu herrschen, daß die jetzige Hand- habung der Zensur unhaltbar ist. Die Verhandlungen gehen nächste Woche weiter.

Die neuen Steuerzuschläge.

Der Gesetzentwurf betreffend die Ergänzung der Zuschläge zur Einkommen- und Ergänzungssteuer ist dem Abgeordnetenhaus zu- gegangen. Die neuen Steuerzuschläge sollen für die Zeit vom 1. April bis zum Beginn des nächsten Etatsjahres gelten, für welches ein nach Abschluß des Friedens mit den europäischen Großmächten aufgestellter Etat in Kraft tritt. Während der Dauer der Erhöhung der Zuschläge soll am Schluß eines jeden Etatsjahres aus dem

Gesamtaufkommen an Einkommensteuer und an Ergänzungssteuer ein Betrag von 100 Millionen Mark entnommen und zur Deckung der Fehlbeträge des Etatsjahres 1914 und der nachfolgenden Etats- jahre verwendet werden. Aus der Begründung geht hervor, daß die Regierung auf eine Einnahme von rund 100 Millionen Mark aus der erhöhten Zuschläge rechnet.

Die von den physischen Personen zu entrichtenden Steuerbeträge würden also sein:

Einkommen- stufen von M. bis M.	bisheriger Steuerbetrag M.	künftiger Steuerbetrag M.
2400—2700	48,20	47,60
2700—3000	54,80	58,00
3000—3300	66,00	67,20
3300—3600	77,00	78,40
3600—3900	88,00	89,00
3900—4200	101,20	106,00
4200—4500	114,40	120,60
4500—5000	129,80	136,80
5000—5500	145,20	158,40
5500—6000	160,60	175,20

Noch eine Erhöhung der Kartoffelpreise?

Im „Berliner Tageblatt“ lesen wir: „Nach unseren Erkundigungen besteht Grund zu der Annahme, daß die vom Bundesrat beabsichtigte Erhöhung der Kartoffelpreise, wenn sie erfolgt, sich in mäßigen Grenzen halten wird. Zunächst dürfte aber überhaupt keine Erhöhung der jetzt geltenden Höchstpreise in Frage kommen; es dürfte vielmehr lediglich die Reichskartoffelstelle das Privileg erhalten, für ihren Bedarf, d. h. für Zwecke des Reiches und des Staates, sowie der Kommunen, höhere als die jetzigen Höchst- preise anzulegen. Vermutlich werden zu gleicher Zeit auch Maßnahmen getroffen werden, um eine baldige und ausreichende Verlogung des Marktes mit Speisefartoffeln in allen Teilen des Reiches sicher zu stellen. Zu diesem Zweck dürfte u. a. auch die Ausdehnung der Beschlagnahmebefugnis der Kommunen in Frage kommen, um zu verhüten, daß größere Vorräte beim Erzeuger oder beim Händler zurückgehalten werden.“

Zunächst sollen also von der Reichskartoffelstelle höhere Preise als bisher gezahlt werden. Auch die sonstigen Erkundigungen des bürgerlichen Blattes lauten so, daß Landwirte und Händler nun erst durch Zurückhaltung der Vorräte die Bestrebungen auf Erhöhung der Preise unterstützen werden.

Freibankfleisch und fleischlose Tage.

Nach einer Mitteilung des sächsischen Ministeriums des Innern ist die Frage aufgeworfen worden, ob an den sogenannten fleisch- losen Tagen auch die Abgabe von Fleisch an Freibänke verboten sei. Das ist bestritten worden, weil die Freibänke ohne Gewinn- absicht verkaufen und das Verbot sich nur auf die „gewerbmäßige“ Abgabe von Fleisch beziehe. Diese Zweifel seien, wie das Ministerium weiter mitteilt, unbedeutend. Nach dem Zweck der Verordnung über die Einschränkung des Fleisches- und Fettverbrauchs sei das Wort „gewerbmäßig“ im weitesten Sinne auszulegen. Es werde daher nicht vorausgesetzt, daß der Abgebende selbst des Erwerbes wegen abgebe; es genüge, wenn die Abgabe dem, für dessen Rechnung sie erfolge, einen Gewinn zuführen soll. Demnach sei auch Frei- bänken, die regelmäßig ohne Gewinnabsicht arbeiten, die Abgabe von Fleisch an fleischlosen Tagen verboten.

Beschlagnahme von Rußbaumholz und Walnuß- bäumen.

(Amlich.) Eine Bekanntmachung, deren Anordnungen mit dem 15. Januar 1916 in Kraft treten, betrifft Beschlagnahme und Bestandserhebung von Rußbaumholz und stehenden Walnußbäumen.

Durch diese Bekanntmachung werden Vorräte an Rußbaumholz mit einer Mindeststärke von 6 Zentimeter, einer Mindestlänge von 100 Zentimeter und einer Mindestbreite von 20 Zentimeter sowie alle stehenden Walnußbäume, deren Stämme bei einer Messung in Höhe von 100 Zentimeter über dem Boden und einen Umfang von minde- stens 100 Zentimeter aufweisen, beschlagnahmt. Trotz der Beschlagnahme ist die Verarbeitung zu Gegenständen des Kriegsbedarfes und ihre unmittelbare Veräußerung an staatliche Militärwerkstätten gestattet. Im übrigen darf ihre Verarbeitung oder Veräußerung nur zur Erfüllung eines militärischen Lieferungsauftrages erfolgen. Als Nachweis hierüber gilt eine schriftliche Genehmigung des König- lichen stellvertretenden Generalkommandos, in dessen Bezirk der Ver- arbeiter oder Erwerber seinen Wohnsitz hat. Die Verarbeitung und Veräußerung von Holzern, die zur Herstellung von Gegenständen des Kriegsbedarfes nicht geeignet sind, ist allgemein gestattet, falls der Verkaufspreis für das Kubikmeter (Festmeter) der Ware 80 M. nicht übersteigt.

Die Bekanntmachung ordnet außer der Beschlagnahme eine Meldepflicht für alle vorbezeichneten Vorräte an Rußbaum- holz und stehenden Walnußbäumen an. Die Meldung hat in einer in der Bekanntmachung näher bezeichneten Weise auf besonderen Melde Scheinen zu erfolgen und zwar bis zum 25. Januar 1916. Die Melde Scheine können bei dem zuständigen Landrat, in den Stadt- kreisen bei der Polizeiverwaltung angefordert werden.

Der Wortlaut der Bekanntmachung, die u. a. auch eine Lager- buchführung für diejenigen vorschreibt, die Rußbaumholz des Er- werbes wegen in Gewahrsam haben, ist bei den Polizeibehörden ein- zusehen.

Beschlagnahme von Saatgetreide.

Der Bundesrat hat folgende Verordnung erlassen: Mit dem Beginne des 15. Januar 1916 ist alles im Reiche vor- handene Saatgetreide, soweit es aus der Beschlagnahme nach der Verordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Wehl aus dem Erntejahr 1915 vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 263) freigegeben ist, für den Kommunalverband beschlagnahmt, in dessen Bezirk es sich befindet. Saat- getreide, das sich zu diesem Zeitpunkt auf dem Transporte befindet, wird für den Kommunalverband beschlagnahmt, in dessen Bezirk es nach beendetem Transport abgeliefert wird.

Für das hiernach beschlagnahmte Saatgetreide gelten die Vor- schriften der Verordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Wehl aus dem Erntejahr 1915 vom 28. Juni 1915.

Wer mit dem Beginne des 15. Januar 1916 hiernach beschlag- nahmtes Saatgetreide im Gewahrsam hat, ist verpflichtet, es dem Kommunalverband des Lagerortes bis zum 20. Januar 1916, getrennt nach Arten und Eigentümern, anzuzeigen. Saat- getreide der genannten Art, das sich zu dieser Zeit auf dem Transporte befindet, ist von den Empfängern unverzüglich nach dem Empfang dem Kommunalverband anzuzeigen. Der Kommu- nalverband hat der Reichskartoffelstelle bis zum 1. Februar 1916 Anzeige zu erstatten. In der Anzeige sind die einzelnen Brot- getreidearten getrennt aufzuführen.

Wer die ihm obliegende Anzeige nicht in der gefestigten Frist erstattet, oder wer wesentlich unrichtige oder unvollständige An- gaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft.

Änderung des Knappschaftskriegsgesetzes.

Einen Antrag auf Änderung des Gesetzentwurfs betreffend Er- gänzung des Knappschaftskriegsgesetzes hat die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses eingebracht. Nach § 8 des genannten Gesetzes dürfen Militärpensionen, die aus Anlaß des Krieges gezahlt werden, nicht auf Invalidenpensionen angerechnet

werden. Der Antrag wünscht nun eine Änderung des Gesetzes dahin, daß Militärpensionen nicht nur auf Invalidenpensionen, sondern auf knappschaftliche Pensionsleistungen überhaupt nicht angerechnet werden dürfen.

Die polnischen Sozialdemokraten und der österreichische Polenklub.

Zur Begründung des Beitritts der polnischen sozialistischen Abgeordneten zum Polenklub im Reichsrat führt der „Naprzód“, das Zentralorgan der polnischen sozialdemokratischen Partei Oester- reichs, aus:

„Nach zweitägigen ungemein gründlichen Beratungen hat unsere oberste Parteimitting beschlossen, die polnischen sozialisti- schen Abgeordneten aufzufordern, dem Polenklub beizutreten. Nach einem dreizehnjahrhundertjährigen Kampf gegen die Politik des Polenklubs hat der Beschluß der Partei einen tiefen Ein- druck in ganz Polen und außerhalb desselben hervorgerufen und wird zur tieferen Betrachtung der nationalen Lebensbedin- gungen zwingen, die eine Vereinigung der bisherigen Gegen- sätze zur Notwendigkeit, zur Staatsraison und zu einer Förderung des aufrichtigen, ehrlichen Patriotismus ge- macht haben.“

Die Arbeiterpartei, deren Parteiververtretung beschlossen hat, die sozialistischen Abgeordneten aufzufordern, sich den Ab- geordneten der besitzenden Klassen anzuglie- dern, ist da weder einer noch so feingepoltenen Intrige gefolgt, noch hat sie den Beschluß in einem Augenblick der Schwäche oder des Mißtrauens zu sich und zu der Nation ge- setzt. Die Arbeiterpartei hat sich vielmehr des größten Opfers fähig erwiesen, das darin beruht, daß man allen Momenten, die zur Zeit des Friedens berechtigterweise uns getraunt haben, stillschweigend auferlegt hat, um für das nationale Ganze die größte gemeinsame Kraft zu schaffen; um den wäch- tigen Ausdruck der Solidarität der Nation zu erlangen, mußte der Kampf innerhalb der Nation in der Gegenwart aufhören. Und doch darf niemand vergessen, daß Kampf die Tradition dieser Arbeiterorganisation war, daß sie geboren ist und gewachsen war durch die mutige Befähigung der größten Volkspolizei.“

Seit dem Moment aber, da unsere Partei den Widelbändern entwachsen war, hat sie eingesehen, daß die Freiheit der Nation das wesentliche Ziel der Bestrebungen des polnischen Proletariats sein muß. Das Wort von „dem völkerverfeindenden Sozialismus“ war in unserem Munde nie eine Phrase, sondern enthielt die wichtigsten Bestandteile unseres geistigen Lebens. Die Arbeiter sind für die Freiheit des Vaterlandes in den Krieg gezogen, sie haben Zehntausende der tapferen, helden- mütigen polnischen Infanterie gestellt. Und sie haben es mit Bewußtsein und mit Ueberlegung als etwas Notwendiges und Gutes, als etwas Liebgewonnenes und seit langen Jahren Vor- bereitetes getan. Damit dieses Blut nicht vergeudet werde, da- mit aus ihm das neue Leben in den polnischen Wäldern spriehe, an welches heute jeder Pole denkt, muß die polnische Politik — jene Fortsetzung des Krieges — kräftig sein und muß be- fähigt sein, die Ernte der furchtbaren Blutsaat vorzubereiten.

Damit sie kräftig sei, muß sie alle Polen zu der Arbeit für den polnischen Freiheitsgedanken vereinigen. Das, was unserem Blütigen, vom Kriege durchfurchten Boden entwachsen soll, darf nicht zur Ernte für eine einzige Klasse oder Schicht, sondern muß zum Los und Anteil aller werden. Das ist der tiefste Grund des Beschlusses unserer leitenden Partei- körperlichkeit.

Kein Vorteil unserer Klasse oder unserer Partei vermochte uns von der Vereinigung mit den anderen Parteien in dem Moment der furchtbaren Kriegskrise abzubringen, keine Ver- suchung war stark genug, um das Lager der Nation in sich be- lämpfende und abschwächende Parteilager zu trennen.

Und noch eins. Wir verraten kein Geheimnis: Im Laufe der gemäßigtesten und eingeschüßten Debatte, die wir in der Parteigeschichte kennen, hat man sich fast gar nicht darauf be- rufen, welche Änderungen der Krieg in den sozialistischen Parteien anderer Völker noch sich gezogen hat. Man begriff es genau, daß es in Europa kein zweites zivilisiertes, entwickeltes Volk gibt, dessen Schicksal mit dem des polnischen Volkes ver- glichen werden könnte. Die Lage unseres Volkes erforderte für- macher, daß sich in unseren Seelen ein Wunder vollzöge, damit den Schwierigkeiten die Kraft begegne. Dieses Wunder hat die Seele des selbstbewußten polnischen Arbeiters zustande gebracht.“

Zu diesen Ausführungen des polnischen Zentralorgans bemerkt die Wiener „Arbeiterzeitung“:

„Daß sich die polnischen Sozialdemokraten in einer ganz besonderen Lage befinden, wird niemand bestreiten; indes ist doch die Frage, ob jener Eintritt erstens nötig war und ob er zweitens irgendeinen ersprießlichen Erfolg verspricht.“

Auch wir müssen gestehen, daß die oben dargelegte Begründung des Beitritts der polnischen Genossen in den Polenklub weder die Notwendigkeit, noch die Zweckmäßigkeit dieses Schrittes klar macht. Es ist eine eigenartige Erscheinung und eine noch eigenartigere Argumentation, die uns hier entgegentritt. Aus der Tatsache, daß auch in Oesterreich während des Krieges der „Burg- friede“ zwischen den Parteien proklamiert wurde, ziehen die polnischen Genossen die weitere Konsequenz, daß die Arbeiterpartei noch das Opfer auf sich nehmen müsse, auf jeden Kampf innerhalb der Nation zu verzichten und — für das nationale Ganze die größte gemeinsame Kraft zu schaffen, damit die polnische Politik — als Fortsetzung des Krieges — kräftig genug sei, die „Ernte der furcht- baren Blutsaat vorzubereiten“. Was darunter zu verstehen ist, geht aus den Worten des „Naprzód“ hervor, daß die polnische Partei, seit sie „den Widelbändern entwachsen“ eingesehen habe, daß die „Freiheit der Nation das wesentliche Ziel der Bestrebungen des polnischen Proletariats“ sein müsse. Gewinnt dieser Grundgedanke in Oesterreich allgemeine Geltung — und es sind Anzeichen vorhanden, daß auch die tschechische Sozialdemokratie den Weg beschreiten will, den die polnische bereits eingeschlagen hat —, so ergibt sich für das öster- reichische Proletariat die angenehme Perspektive der Ver- einigung des Burgfriedens innerhalb der einzelnen Nationen und der Verschärfung der nationalen Kämpfe — im Namen der „Freiheit der Nation“.

Ob das die „Ernte“ ist, die das Proletariat von der „furcht- baren Blutsaat“ des Krieges erwartet?

Zu unserer Notiz über den Beitritt der polnischen sozialdemokratischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat zum Polenklub schreibt uns noch ein österreichischer Genosse:

„Wenn in Ihrer Notiz von einer Fraktionsgemein- schaft der polnischen Genossen mit den übrigen sozialdemokra- tischen Abgeordneten die Rede ist, so trifft das nicht ganz zu. Der frühere einheitliche sozialdemokratische Verband im österreichischen Abgeordnetenhaus hat infolge der bekannten Auflösung der Tschechen schon seit Jahren zu existieren aufgehört, und es bestehen nur Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten der einzelnen Nationen. Allerdings bestand zwischen dem deutschen Klub und dem polnischen stets ein recht enger Zusammenhang, schon darum, weil nach dem Ausscheiden der Tschechen neben dem deutschen Klub nur noch der polnische eine halbwegs beträchtliche Mitgliederzahl hat, aber auch, weil von altersher die Beziehungen der galizischen Sozialdemokratie zur Wiener Parteileitung besonders begünstigt gewesen waren. Es war aber schon seit Jahren der polnische sozialdemokratische Klub in seinen Entschlüssen vollständig selbst- ständig. Für die Partei besteht zwar dem Namen nach noch immer die Gesamtparteiververtretung und ihre Gesamtschulden; aber diese alle Nationen umfassenden Parteibehörden sind seit der Abspaltung der Tschechen ebenso wenig mehr zusammengetreten als etwa ein österreichischer Gesamtparteitag. Die letzten Parteitage umfassen nur die deutsch-österreichische Sozialdemokratie; daneben hielten die einzelnen Nationen ihre eigenen Parteitage ab.“

A. Jandorf & Co

Belle-Alliancestrasse

Gr. Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Wilmsdorfer Strasse

Verlangen Sie bei Einkäufen Rabattmarken

1 Bratenplatte
1 Topfschüssel
95 Pf.

1 Besteckkasten
95 Pf.

12 Kompotteller
Porzellan
95 Pf.

4 Kaffeetassen
mit Untertassen,
Porzellan, Schalen-
form, moderne
Kantendekore
95 Pf.

5 Milchtöpfe
Porzellan, reich
dekoriert,
Satz
95 Pf.

2 Maschinentöpfe
Emaille dekoriert,
10, 14 cm
95 Pf.

3 Gaszylinder
strümpfe
95 Pf.

3 Gemüseschüsseln
Porzellan, peripete
Form, Satz
95 Pf.

6 Kaffeebecher
Porzellan, dekoriert
95 Pf.

1 Haargarnitur
Zelluloid, 3 teilig
95 Pf.

1 Handspiegel
Zelluloid,
mit langem Griff
95 Pf.

4 Wasserbecher
geschliffen
95 Pf.

6 Weingläser
auf Fuss
95 Pf.

5 Rollen
Toilettepapier
gekreppelt
95 Pf.

Seifen

- 3 Stück Toilette-Seife 95
- 1 Riegel Oberschalseife 95
- 4 Pakete Seifenpulver 95
- 1 Fl. Franzbranntwein 95
- 1 Flasche Bay-Rum 95 Pf.
- 1 Fl. Eucalyptus-Mundwasser 95
- 10 Rasierklingen ... 95 Pf.
- 3 Pak. Streichhölzer 95

Porzellan

- 6 Speiseteller 95 Pf.
- 1 Tee-
kanne
deko- 95
riert
- 1 Suppen-
schüssel
mit Deckel
95 Pf.
- 1 Kaffeekanne mit Golddekor, 95
12 Tassen Inhalt
- 1 Aufschnittplatte } zu-
sammen 95 Pf.
- 1 Bratenplatte } zu-
sammen 95 Pf.
- 1 Salz- od. Mehlreste m. Gold- 95
dekor..
- 5 Kaffee-
tassen
mit Unter-
tassen,
Golddekor
95
Pf.
- 1 Kaffeekanne mit
1 Milchtopf Golddekor
1 Zuckerschale .. zu-
sammen
1 Tasse mit Untertasse 95 Pf.
- 1 Tablett

4 Milchtöpfe 95 Pf.

6 Abendbroteller Festonform, 21 cm groß 95

1 Essigflasche ... } zu-
sammen 95 Pf.
1 Oelflasche mit Golddekor. 95 Pf.
2 Vorratsstollen Golddekor 95 Pf.

Schreibwaren

- 1 Kassetten-Briefpapier 50 Bogen, 50 Umschläge mit Seidenpapierfutter, modernes Format, 95 Pf.
- 400 Blatt Butterbrotpapier fettleht, 95 Pf.
- 250 Mundtücher weiss, 95
gezackt
- 1 Tischläufer schön ge-
mustert | samm. 95 Pf.
- 50 Mundtücher ge-
zackt | 95 Pf.
- 1 Album für 100 Kriegskarten, m. Metallkreuz-Auflage 95
- 1 Postkarten-Album für 500 Karten, hohes Format, eleganter Einband.. 95 Pf.
- 1 Kasten für Erinnerungen, vornehme Ausstattung.. 95

Glas

- 1 Käseglocke mit Teller... 95 Pf.
- 1 Butterdose modernes Pressmuster } 95 Pf.
- 1 Obstschale auf Fuss } zu-
sammen 95 Pf.
- 6 Obstteller 95 Pf.
- 1 Bierkrug 2 Liter-
Inhalt,
geschliffen ... 95 Pf.
- 1 Sturzkaraffe reich
geschliffen 95 Pf.
- 4 Kompottschüsseln hübsches Pressmuster Satz 95
- 3 Weinkelche mit Schilf 95 Pf.
- 2 Kompottschüsseln gross } zu-
sammen 95 Pf.
- 6 Kompottschüsseln klein } zu-
sammen 95 Pf.
- 1 Käseglocke geschliffen } zu-
sammen 95 Pf.
- 1 Zuckerschale 95 Pf.

- 1 Wassersatz 95 Pf.
- 10 Bierbecher mit Kante, 95 Pf.

Galanterie

- 1 Kinderarmband Silber, mit 95 Pf.
Anhängern
- 1 Halskette Silber, mit 95 Pf.
Anhängern
- 1 Geldtasche für Damen 95 Pf.
- 1 Perlen-
hals-
kette mit
silbernem
Schloss ... 95 Pf.
- 1 Rocknadel Silber 95
- 1 Handtasche mit Innen- 95 Pf.
tasche
- 1 Zigarrentasche Metall, für 12 Zigarren.. 95 Pf.
- 1 Rasiergarnitur 95 Pf.
- 1 moderner Nackenkamm 95 Pf.
- 4 Postkartenrahmen 95
aus Holz..... Pf.
- 1 Stehspiegel mit Metall- 95 Pf.
rand
- 1 Schreibtischuhr ... 95 Pf.

Wirtschaftsartikel

- 1 Kleiderbürste 95 Pf.
- 1 Fuss-
bank
Hartholz 95
- 1 Kartoffelpresse 95
- 1 Königs-
kuchenform } zusammen
1 Speiseform 95 Pf.
- 3 Küchen-
bretter
verschied.
Größen ... 95 Pf.
- 1 Königs-
kuchen-
form ... 95 Pf.
- 1 Quirlgarnitur mit Delft-
musterinlage 95 Pf.
- 1 Holzgarnitur 2 Küchenbretter,
1 Messerputzbrett,
1 Fleischhammer, 1 Reibekeufe 95 Pf.
- 1 Handtuchhalter ... 95 Pf.
- 1 Blechgarnitur } zu-
sammen 95 Pf.
2 Durchschläge, 1 Kar-
toffelschäler, 1 Trichter,
1 Gurkenhobel, 1 Reibeisen,
1 Gewürzreibe

1 Wärmflasche oval... 95 Pf.

1 Putzkasten zusammen
1 Wickskasten... 95 Pf.

1 Marknetz 95
1 Möbelbürste 95 Pf.
1 Leibwärmer 95
1 Puddingform 95 Pf.

1 Waschbrett 95 Pf.

1 Rosshaar-
besen 95 Pf.

1 Teppich-
handfeger 95 Pf.

1 Teppich-
besen 95 Pf.

1 Flaschenschrank 95 Pf.

1 Glanzbürste ...
1 Kleiderbürste } zusammen
1 Schmutzbürste } 95 Pf.

1 Antragebürste

Steingut

- 6 Kaffeetassen mit Unter- 95 Pf.
tassen, blau Zwiebelmuster
dekoriert, grosse Form Satz 95 Pf.
- 1 Suppen-
schüssel
mit Deckel,
grosse, blau
Zwiebel-
muster 95 Pf.
- 2 Vorratsstollen modernes
Karomuster 95 Pf.
- 1 Würstchen-
kasten gross.. 95 Pf.
- 1 Milchtopf } schwarz, mit
1 Zuckerdose } buntem Dekor 95 Pf.
- 6 Speiseteller tief oder hoch,
Festonform, mit
Goldband und Linie 95 Pf.
- 1 Teekanne schwarz, mit 95 Pf.
buntem Dekor

Emaille

- 1 Wassereimer 28 cm 95 Pf.
- 1 Wasserkanne gebläut, 95
1 Fleisch-
topf 95 Pf.
- 1 Waschbecken mit
Setznapf, 95
dekoriert, 38 cm Pf.

1 Durchschlag weiss od. neu- 95 Pf.
blau, 20 cm

1 Schmortopf 22 cm 95 Pf.

1 Kasserolle mit Ring, 20 cm 95 Pf.

1 Wassermass mit Konsol. 95
dekoriert

1 Petroleumkanne ge- 95
stanzt

4 Maschinentöpfe ... 95 Pf.

3 Küchen-
schüsseln

1 Milch-
kanne
gros... 95 Pf.

2 Kasserollen 95 Pf.

1 Durchschlag 18 cm 95 Pf.

1 Plättbrett
bezogen
95 Pf.

1 Holztablett
95 Pf.

2 Teeglashalter
vernickelt, mit Glas
95 Pf.

100 Berliner
Ansichtspostkarten
bunt
95 Pf.

1 Petroleumkanne
lackiert
95 Pf.

1 David's Kochbuch
für die bürgerliche
Küche
95 Pf.

12 Gaszylinder
doppelt
verschmolzen
95 Pf.

1 Eckbrett
95 Pf.

2 Paar Bestecke
mit schwarzen oder
vernickelten
Griffen
95 Pf.

1 Bratpfanne
26 cm
95 Pf.

6 Pakete
Stahlspäne
95 Pf.

1 Paar Hausschuhe
für Kinder oder
Damen
95 Pf.

1 Paar Pantoffel
in verschiedenen
Ausführungen, für
Kinder oder Damen
95 Pf.

1 Likörsatz
8 teilig
95 Pf.

1 Wäschetrockner
95 Pf.

1 Eierschrank
95 Pf.

1 Salz- od. Mehlreste
Porzellan, mit Holzkreuz-
wand, reich dekoriert
95 Pf.

1 Garderobenleiste
mit 5 Haken
95 Pf.

1 Gasanzünder
mit Stein
und 6 Ersatzsteinen
95 Pf.

2 Blaker-
selbstzünder
95 Pf.

1 Likörsatz
8 teilig
95 Pf.

Aus der Partei.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Auf die von uns gestern mitgeteilte Notiz des Pressebureaus über die Sitzung der Reichstagsfraktion vom Mittwoch...

Die Minderheit bestreitet entschieden die Kompetenz der Fraktion zu dem von ihr gegen den Genossen Liebknecht gefassten Beschluß...

Die Minderheit bestreitet entschieden die Kompetenz der Fraktion zu dem von ihr gegen den Genossen Liebknecht gefassten Beschluß...

Die Minderheit bestreitet entschieden die Kompetenz der Fraktion zu dem von ihr gegen den Genossen Liebknecht gefassten Beschluß...

Die Minderheit bestreitet entschieden die Kompetenz der Fraktion zu dem von ihr gegen den Genossen Liebknecht gefassten Beschluß...

Wir erhalten folgendes Schreiben:

Werte Genossen!

Zu Ihrer heutigen Notiz über den gegen mich gerichteten targeten Beschluß der Reichstagsfraktion bemerke ich: Die dem Beschluß vorangegangenen Fraktionsverhandlungen lassen keinen Zweifel...

Ich habe heute dem Bureau des Reichstags folgendes geschrieben:

An das Bureau des Reichstags, Berlin.

Wie ich höre, hat es der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion bisher unterlassen, Ihnen zu melden, daß die genannte Fraktion am 12. d. M. meinen Ausschluß...

Ich hole dies — bei allem Vorbehalt gegen die Zulässigkeit des Ausschlusses — hiermit nach und bitte, die gebotenen bureau-mäßigen Folgerungen daraus zu ziehen.

Ergebene

Karl Liebknecht.

Ich bitte Sie um Veröffentlichung dieser Zeilen.

Berlin, den 14. Januar 1916.

Mit Parteigruß

Karl Liebknecht.

Eine Feststellung.

Durch einen Teil der ausländischen Presse läuft folgende Meldung:

Eine Anzahl deutscher Sozialisten, bekannt unter dem Namen „Die Deutsche Humanitätliga“, hat folgende öffentliche Erklärung erlassen:

Unsere tapferen Soldaten opfern beständig ihr Leben und ihr Blut im Dienste einer unarmbrügerigen Clique, ohne daß unser Vaterland sich schämt oder gegen die Witwen und Waisen der Gefallenen Vornahme trifft...

Unter den Unterzeichnern dieser Aufrufe befindet sich ein gewisser Karl Bernstein, mit dessen Namen man wohl die Vorstellung zu erwecken sucht, als handle es sich um Eduard Bernstein.

Wir können demgegenüber feststellen, daß die deutsche Sozialdemokratie mit dieser „Deutschen Humanitätliga“ nicht das mindeste zu tun hat.

Flugblattprozeß in Duisburg. Genosse Redakteur Schuch hat Revision des auf eine Woche Gefängnis lautenden Urteils des Landgerichts Duisburg beantragt...

Aus Groß-Berlin.

Vom Steuerwesen Berlins.

Aus dem soeben erschienenen Verwaltungsbericht der Steuerdeputation des Magistrats für das Verwaltungsjahr 1914 entnehmen wir folgendes:

Die Zahl der bebauten Grundstücke wuchs gegen das Vorjahr nur um 24, die der unbebauten Grundstücke um 19. Der Nutzungswert der Grundstücke mit rund 522 303 000 M. verminderte sich gegen das Vorjahr um rund 2 Millionen Mark...

Die Zahl der steuerpflichtigen Hunde verminderte sich auf 29 469 um 2545.

Die infolge zahlreicher Umänderungen der Betriebe mit Pferden usw. in solche mit Kraftwagenbetrieb seit Jahren ständig zurückgegangene Zahl der Pferde, Esel und Maulkure verminderte sich insbesondere infolge der Mobilmachung auf 28 635 um 9 900, die Zahl der Rinder verminderte sich um 538 auf 10 411.

Die Zahl der zur Staatseinkommensteuer bis 3000 M. Einkommen veranlagten physischen Personen ging infolge Einberufung zahlreicher Personen ohne eigene Wohnung zum Heeresdienst um 6681 zurück...

Das Staatssteuernormallohn bei den Pflichtigen mit Einkommen bis 3000 M. nahm um 92 379 M. zu, der Durchschnittssteuervertrag stieg von 18,10 M. auf 18,44 M. Das Normalsteuernormallohn der physischen Personen von mehr als 3000 M. stieg im Gegenjah zum Vorjahre, und zwar um 246 085 M. Ebenso erhöhte sich der Durchschnittssteuervertrag von 345,03 M. auf 346,25 M.

Das Veranlagungslohn der Gemeindegroßsteuer stieg um 664 254,07 M. Die in den früheren Jahren beobachtete stetige Zunahme des Veranlagungslohns bei den nicht physischen Personen und bei den Forensen hält an. Es stieg um 412 351 M. und um 202 598 M.

Das Gesamtergebnis der Steuereinzahlung blieb naturgemäß unter den Einwirkungen des Krieges gegen das Vorjahr zurück. Viele Staatseinkommensteuerbeträge der zum Heeresdienst eingezogenen Steuerpflichtigen wurden in Abgang gestellt. Die betreffenden Gemeindegroßsteuerbeträge konnten zwar bestimmungsgemäß nicht in Abgang gestellt werden, die Einziehung war aber infolge des Fortfalles der Einkommenquelle nicht möglich...

Bei der Staatseinkommensteuer betrug die Zsteinnahme gegen das Vorjahr rund 1 030 000 M. weniger. Die Zsteinnahme an Gemeindefeuer mit 89 861 100,77 M. ist gegen die vorjährige um rund 4 887 200 M. geringer.

Das zur Hebung gestellte Gemeindefeuersoll mit 101 787 643,49 M. ist gegen das Vorjahr um rund 1 462 000 M. zurückgeblieben. Die Reineinnahme an Gemeindefeuer (Zsteinnahme abzüglich der Rückzahlungen) belief sich auf 88 290 495,40 M.

Bei den Staatssteuern wuchs das Steuersoll mit 64 186 385,70 M. gegen das Vorjahr um rund 1 080 000 M., die Zsteinnahme von 55 400 498,41 M. verringerte sich um rund 1 080 000 M. und die Reineinnahme von 54 625 428,18 M. um rund 1 045 000 M.

Die Summe der niedergeschlagenen Beträge wuchs bei den Gemeinde- und bei den Staatssteuern um rund 1 023 000 M. und 1 257 000 M.

Die Rückzahlungen sind bei den Gemeindefeuern von 1 847 606,66 M. auf 1 580 665,37 M. zurückgegangen. Bei den Staatssteuern sind sie gegen das Vorjahr nur unwesentlich gestiegen.

Von dem Soll der Reichszuwachssteuer einschließlich der Reste aus dem Vorjahre im Betrage von 2 116 012,98 M. sind eingegangen 666 915,44 M., in Abgang gestellt 397 257,78 M., in Rest geblieben infolge von Stundungen und erforderlicher umfangreicher Feststellungen 1 051 839,81 M.

Von der Einnahme wurden an das Reich und an den preussischen Staat insgesamt 207 896,48 M. abgeführt.

Die Barzahlungen haben erfreulicherweise infolge der Zunahme der Steuerzahlungen durch Vermittlung des Bank des Berliner Kassenvereins sowie durch Verrechnungsschecks weiter nachgelassen. Auf diese Weise sind bei rund 169 Millionen Mark Gesamtsoll 62 200 000 M. Steuern eingezogen worden.

Große neue Ausgaben erwachsen der Steuerdeputation durch die Ausführung der gesetzlichen und gemeindlichen Bestimmungen über die Kriegsunterstützungen und das Einquartierungswesen.

Unterlagte Handelsbetriebe.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 3. September 1915, betreffend Fernhaltung unzulässiger Personen vom Handel (R.-G.-Bl. S. 608) in Verbindung

mit Ziffer 1 der Ausführungsbestimmungen des Ministers für Handel und Gewerbe vom 27. September 1915 hat der Polizeipräsident von Berlin dem Kaufmann Sigmund Dallheim, Geschäftsführer der Firma Sigmund Dellheim G. m. b. H. hier, Schilderstraße 8, so wie deren Prokuristen Ludwig Dellheim den Handel mit Großvieh...

Die auf Anordnung des Oberkommandos in den Marken erlassene Verfügung vom 8. Oktober v. J. — durch welche der Firma Caspar Samwig, Mineralölimport in Berlin-Schöneberg, Kolonnenstraße 88, sowie deren Geschäftsführerin, der unverschuldeten Samwig, ebendasselbst, der Handel mit Heiz- und Leuchtstoffen sowie jegliche mittelbare oder unmittelbare Beteiligung an einem solchen Handel...

Die neue Brotkarte.

Gestern hat nun auch der Magistrat zu der neuen Situation Stellung genommen.

Nachdem die Reichsgetreidestelle die Notwendigkeit erlangt hat, auch auf ein weniger günstiges Ernteergebnis, als sie ursprünglich annehmen zu können glaubte, gerüstet zu sein, und demgemäß auf ihre früheren Anordnungen über Ausmahlung und Kopportion zurückgegangen ist, müssen die Kommunalverbände ihre lokalen Anordnungen dem anpassen. In Uebereinstimmung mit den zur Brotartenvereinbarung zusammengeschlossenen Gemeinden und Gutsbezirken hat der Magistrat Berlin daher die Portion der Hauptbrotkarte auf 1000 Gramm festgelegt, die Verminderung der Gesamtportion dabei auf nur 50 Gramm beschränkt. Da die Erzeugung gezeit hat, daß das im Handel übliche Roggenbrot am zweckmäßigsten mit der Portion der Brotkarte in Uebereinstimmung gebracht wird, ist auch das für dieses Brot vorgeschriebene Gewicht auf 1900 Gramm festgelegt worden. Hieraus ergab sich wiederum die Notwendigkeit einer Preiserhöhung für dieses Brot von 50 Pf. auf 78 Pf.

Aus der städtischen Kunstdeputation.

In der letzten Sitzung der Kunstdeputation unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reide wurde beschlossen, ein Preisauschreiben unter den Groß-Berliner Architekten zu erlassen für Entwürfe von kleineren Baulichkeiten, die im Straßenbild über wiederkehren, wie Wartehallen, Fernsprechhäuschen, Abortanlagen usw., ferner von Sandelabern, Feuermeldern, Brunnen usw., sowie für Entwürfe von kleinen Kaffees in städtischen Parkanlagen (Schillerpark, Treptower Park). Der Zweck dieses Preisauschreibens besteht auch darin, den Architekten Gelegenheit zu geben, durch Anfertigung kleinerer Arbeiten über die jetzige schwere Zeit hinwegzukommen, in demselben Sinne wie die Stadt Berlin in beiden Kriegswintern durch umfangreiche Anläufe von Gemälden, Radierungen, Plastiken und dergleichen eine Künstler-Kriegshilfe bewirkt hat. Es ist eine größere Anzahl von Preisen in Aussicht genommen. Die Ausschreibung wird binnen kurzem erfolgen, damit die Architekten recht bald an die Arbeit gehen können.

Weiter beschloß die Kunstdeputation, die von dem leider zu früh verstorbenen Bildhauer Hermann Engelhardt herrührende, im Vorgarten des Grundstücks des Vereins Berliner Künstler, Bellevuestr. 3, stehende Bronzefigur „Flora“ zu erwerben. Diese Figur wird voraussichtlich im Schiller-Park aufgestellt werden.

Für eine künftige städtische Porträtsammlung wurde angekauft ein von Hans Jechner gemaltes Jugendporträt Gerhards Hauptmanns aus der Zeit, in der er in Friedrichshagen bei Berlin wohnhaft war und in der sein bekanntes Drama „Vor Sonnenaufgang“ entstand, das ihn auf den literarischen Kampfplatz brachte.

Die Vernehmung des Frauenmörders.

Der Frauenmörder aus der Hufschmiede, der Arbeiter und Schloffer Paul Hagen, wurde Donnerstagabend spät in das hiesige Polizeipräsidium eingeliefert. Kriminalkommissar Mundt war mit zwei Beamten nach Eisleben gefahren. Die dortige Polizei übergab ihm sofort den Verhafteten. Der Kommissar vernahm ihn kurz nach in Eisleben und dann weiter während der Bahnfahrt. Hagen leugnet nicht, daß er seine Geliebte umgebracht habe, will aber mit ihrem Einverständnis gehandelt haben. Nach seiner Darstellung wohnte er früher mit Frau und Kindern in Berlin in der Brunnenstraße. Damals lebte er mit ihr in Frieden. Er arbeitete in der A. E. G. in der Brunnenstraße. Dort lernte er dann Elise Hinske kennen, die ebenfalls auf dem Werk beschäftigt war. Seine etwas eifersüchtige Frau merkte bald seine Annäherung an diese Arbeitsgenossin. Sie spürte ihm wiederholt nach und sah ihn dabei in der Freizeit öfter mit ihr zusammen. Auf einem Ausgang mit der Geliebten überraschte ihn seine Frau eines Tags in der Namlerstraße. Sie teilte jetzt dem Mädchen, daß es bisher noch nicht wußte, mit, daß Hagen verheiratet war und schlug wiederholt auf ihre Nebenbuhlerin ein. Dieser Austritt bestärkte ihn nur noch in seiner Absicht, an dem Verkehr mit der Hinske festzuhalten. Nachdem seine Frau ihn verlassen hatte, beschloß er, sich scheiden zu lassen und die Geliebte zu heiraten. Gemeinsam mit ihr richtete er sich neu ein. Die Sachen wurden auf Abzahlung genommen. Das waren die einzigen Schulden, die er hatte. Ihm lag daran, sie möglichst bald zu tilgen. Der Verdienst in der A. E. G. war ihm zu wenig, er wollte mehr verdienen. Deshalb kündigte er. Er wollte nun die Zeit ausnützen und möglichst viel Geld zusammenbringen. Aus diesem Grunde wollte er sich auch von der Geliebten trennen, so erklärte er. Diese glaubte die Trennung nicht abzuwenden zu können, kündigte ebenfalls ihre Arbeit, weil sie des Lebens überdrüssig wurde und schlug ihm, nachdem sie ihm wiederholt Austritte gemacht hatte, endlich vor, gemeinsam in den Tod zu gehen. Damit erklärte er sich dann einverstanden. Am 4. Dezember begaben sich beide nach der Jungfernhöhe, um dort in der Bogen ins Wasser zu gehen. Wegen der Kälte scheuten sie aber doch davor zurück und gingen wieder nach Hause. Hier wollten sie sich mit Gas vergiften. Aber auch davon nahmen sie Abstand, weil sie fürchteten, die Nachbarn könnten den Gasgeruch wahrnehmen, bevor sie tot seien, und ihren Plan vereiteln. Deshalb kamen sie am 5. Dezember überein, daß Hagen seine Geliebte und dann sich selbst erdrosseln sollte. Zu diesem Zwecke legten sie sich ins Bett. Hagen erdrosselte dann auch seine Geliebte, fand aber nicht den Mut, sich selbst auch umzubringen, lief weg und führte seitdem ein ungestörtes Leben.

Bei dieser Darstellung blieb der Verhaftete mit einer Bestimmtheit, als ob er selbst daran geglaubt hätte. Daß sie unrichtig war, hatte unterdessen schon die Leichöffnung gezeigt. Als ihm Kriminalkommissar Mundt das vorhielt, und ihn fragte, weshalb er denn dem Mädchen, da es doch schon tot war, noch ein Tuch in den Mund gestopft habe, war es mit seiner Zuversicht zu Ende. Er brach zusammen und wußte nicht mehr, was er sagen sollte. Nach einiger Zeit aber hatte er sich wieder besonnen und fand nun eine

Ausrede. Seine Geliebte, so behauptete er jetzt, sei vom Erbrochenen noch nicht ganz tot gewesen. Deshalb habe er ihr noch ein Tuch, das ihr gehörte, in den Mund gesteckt. Dann habe er die Leiche in das Kleiderständer gepackt, weil er ihren Anblick scheute, und mit Kleidungsstücken zugedeckt. In ständiger Furcht, entdeckt zu werden, habe es ihn doch immer wieder nach der Wohnung getrieben. Aufstoß habe er sich bald hier, bald da aufgehoben und sei auch zu seiner Frau gefahren.

Gegen will seine Darstellung mit der Behauptung stützen, seine Geliebte habe schon wiederholt Selbstmordgedanken gehabt und geäußert, weil der Scheidungsprozess nicht günstig ausfiel. Die Zeugenvernehmungen, die Kriminalkommissar Dr. Grünberg unterdessen hier in Berlin fortsetzte, widerlegten aber diese Behauptung. Die Fälschung sich nie mit Selbstmordgedanken, duldet bisher alle Mißhandlungen und anfertigte endlich, wie Nachbarn wiederholt hörten, zu Hagen, daß sie ihn verlassen werde. Daß er die Absicht gehabt habe, sie zu verlassen, hat nie jemand gehört.

Der Verhaftete wurde dann ein zweites Mal vernommen, damit seine Auslagen schriftlich festgelegt werden. Auch jetzt hielt er noch an dem gegenseitigen Einverständnis fest und redete um alles, was dagegen sprach, drum herum. Hagen macht jetzt den Eindruck eines ordentlichen und ruhigen Menschen und geht sauber gekleidet. Nach Beendigung des Verfahrens wird er dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

Selbstmord eines Opernjüngers. Als in der Nacht zum Freitag gegen 3 Uhr morgens ein Bewohner des Hauses Bloditzstraße 44 den Hof des genannten Grundstücks betrat, sah er einen älteren Mann in einer Blutschlacht liegen, der nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Ein sofort aus der nächsten Rettungswache herbeigeholter Arzt konnte nur noch den inzwischen eingetretenen Tod feststellen. Es handelt sich um den 55jährigen Opernjäger Ferdinand Hecker, der in der Bloditzstraße 44 in der vierten Etage eine kleine Wohnung inne hatte. Der Bedauernde war seit Monaten merkwürdig leidend und hat sich in einem solchen Anfall in der Nacht aus dem Fenster der vierten Etage gestürzt. Die Leiche, welche entsetzlich verstümmelt war, wurde nach dem Schauhaus geschafft.

Von einem schweren Unfall ist ein Schlepzug, bestehend aus einem Dampfer und vier großen mit Kohlen beladenen Fahrzeugen, auf der Havel betroffen worden. Der Zug war in Spandau zusammengestellt worden. Der Dampfer „Sachsen“ hatte die Lastfähne, von denen jeder 1000 Zentner geladen hatte, ins Schlepptau genommen und war in der Richtung nach Brandenburg abgefahren. Das Ziel der Reise war Tangermünde. Unterwegs erhob sich ein mächtiger Sturm und ein Fahrzeug wurde mit großer Gewalt gegen ein anderes getrieben; dieses, dem Schiffseigner Paul Seidel aus Breslau gehörig, erhielt ein Loch, durch welches schnell Wasser einbrang. Ehe Hilfe gebracht werden konnte, ging der Lastwagen unter; die wertvolle Ladung ist verloren. Die Bemannung vermochte sich in Sicherheit zu bringen. Ob der Kahn, falls er gehoben wird, wieder in brauchbaren Zustand verlegt werden kann, ist ungewiß.

Von eigenen Bruder durch Unvorsichtigkeit erschossen. Das unvorsichtige Umgehen mit Schusswaffen hat wieder ein Opfer gefordert. Die Familie des Hrn. Rechnungsrates Döring, Ludenwälder Str. 5 in Potsdam wohnt, erhielt den Besuch eines Angehörigen aus dem Felde. Der Gast hingte seinen Revolver auf einen Meidestuhl. Die beiden 13jährigen Söhne des Geheimrates interessierten sich für die Waffe und der eine Bruder ging dabei unvorsichtlich zu Werke, daß sich der Revolver entlud und die Kugel dem 13 Jahre alten Wido D. in den Kopf drang. Der schwerverletzte Knabe wurde sofort mittels Krankenwagen ins städtische Krankenhaus gebracht und erlag dort seiner Verletzung.

Kleine Nachrichten. Auf dem Heimwege vom Tode überrascht wurde gestern Abend eine 66 Jahre alte Frau Therese Wolgramm aus der Zietenstr. 20. Auf dem Stralauer Platz wurde ihr plötzlich unwohl. Sie ging in eine Schankwirtschaft, um sich zu erholen, starb aber schon, nachdem sie sich kaum hingesetzt hatte. — Pöblich gestorben ist auch der 43 Jahre alte Versicherungsbeamte Franz Mehlte vom Kottbuser Damm 86-87. Man fand ihn gestern Abend vor dem Untergrundbahnhof Leipziger Platz hilflos daliegen. Ein Schuttmann brachte ihn nach der nahegelegenen Rettungswache in der Eichendorffstraße. Dort konnte aber nur noch der bereits eingetretene Tod festgestellt werden.

Aus den Gemeinden.

Die Charlottenburger Theater im Kriegsjahre 1914/15.

Ein überraschend günstiges Ergebnis haben die Charlottenburger Theater trotz der erschwerten Verhältnisse der Kriegszeit im verflochtenen Spieljahre erzielt. Das Deutsche Opernhaus schließt zwar formell mit einem Fehlbetrag von 20 834 M. ab. Dabei ist indes für Wasser- und Stromverbrauch der Betrag von 26 833 M. als Ausgabe an die Stadtgemeinde eingestuft, der nach dem Beschluß der städtischen Körperschaften nur im Falle eines bilanzmäßigen Ueberschusses zu entrichten war. In Anbetracht ferner der hohen verträglich vorgeschriebenen Abschreibungen ist das Ergebnis als sehr befriedigend anzusehen. Nicht minder günstig hat die Schillertheater-A. G. abgeschlossen. Nach dem vorliegenden Jahresabschluss erhält die Stadt für ihr einen Betrag von 14 840 M. für Strom-, Gas- und Wasserverbrauch und 3578 M. als Miete.

Stadtverordnetenversammlung in Spandau.

Bei der Beratung des Krankenhausetats in der letzten Stadtverordnetenversammlung kritisierte Stadtrat A. K. den unzulänglichen Transport von Kranken nach dem städtischen Krankenhaus. Stundenlang dauert es oft, bis ein Kranker abgeholt werde. Das seinerzeit angeforderte Krankenautomobil mußte der Garnisonfeuerwehr zur Verfügung gestellt werden und der einzige noch bereitstehende alte Krankenwagen mit Pferdebetrieb werde meistens von den künftigen Fahrern in Anspruch genommen, die einen eigenen Krankenwagen nicht besitzen. Ein Krankenwagen sei daher selten zu haben. Oberbürgermeister K. o. l. g. sprach ebenfalls seine Verwunderung darüber aus, daß die Staatswerkstätten trotz der Masseneinstellungen von Arbeitern und der dadurch vermehrten Unfallgefahr keinen eigenen Krankenwagen besäßen. Redner sagte zu, die lgl. Institute eruchen zu wollen, einen zeitgemäßen Krankenwagen anzuschaffen. Was das städtische Krankenautomobil betreffe, so sei es nicht zureichend, daß dasselbe der Militärkommandantur übereignet worden sei. Das Auto, welches augenblicklich defekt sei, ist nur zur Beförderung erkrankter Soldaten innerhalb der Reichsgrenze Spandaus verwendet worden.

Da das Krankenhaus derartig stark mit Kranken belegt ist, daß die vorhandenen Betten nicht ausreichen, wurde einer dringlichen Vorlage zugestimmt, eine betriebsfertige Parade auf dem Krankenhausgrundstück aufzustellen. Die Kosten dafür betragen rund 28 000 M.

Bei Feststellung einiger Titel des Hauptetats rief der angeregte Neubau der alten baufälligen Charlottenbrücke und die Vereinfachung der aufziehenden Brückenlappen, die jeden Tag bei dem außerordentlich starken Verkehr große Verkehrsstörungen herbeiführen, eine längere Debatte hervor. Gleichfalls angeregt wurde die Herstellung einer Verbindungsbrücke zwischen Klosterstraße und Auflebener Straße. Oberbürgermeister K. o. l. g. führte aus, daß schon seit Jahr und Tag Verhandlungen mit der Regierung schweben wegen eines Zuschusses von 1 Million Mark zum Neubau der Charlottenbrücke. Eine umfangreiche Reparatur der Brücke würde nach dem Voranschlag 200 000 M. kosten. Erklärte sich die Regierung bereit diesen Zuschuß zu leisten, so würde die Stadt sofort mit dem Neubau der Brücke beginnen.

Speckverkauf in Friedrichshagen.

Montag, den 17. Januar, beginnt im Rathaus der allgemeine Verkauf von fettem und durchwachsenem Speck. Der Preis beträgt für das Pfund 2,20 M., bei dem Speck mit Karbonade 2,30 M. Der Verkauf erfolgt nur gegen Vorzeigung aller im Besitz der Familien befindlichen Brotkarten der laufenden Woche in der Reihenfolge der Prioritätsnummern von vormittags 8-12 Uhr, und zwar: am Montag, den 17. Januar: Brotkarten 11 000-15 000; Mittwoch, den 19. Januar: 7000-11 000; Donnerstag, den 20. Januar: 3500-7000; Sonnabend, den 21. Januar: 1-3500.

Aus aller Welt.

Bayrische Ordensgeschichten.

Die Ablehnung des König-Ludwig-Kreuzes durch einige sozialdemokratische Parteiführer soll nach Meldung bürgerlicher Blätter nicht ohne einige Unstimmigkeiten abgegangen sein. Der „Bayrische Kurier“ richtet nämlich folgende Fragen an die sozialdemokratische Parteileitung in Bayern:

1. Ist es richtig oder nicht, daß mit einem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in hervorragender Stellung innerhalb der Partei nicht nur beraten wurde, sondern daß er auch eingeladen wurde, eine Liste der Auszuzeichnenden aufzustellen?

2. Ist es richtig oder nicht, daß dabei der Wunsch ausgeprochen wurde, nach des Königs Willen nicht bloß oder in erster Linie die Parteibeamten zu berücksichtigen, sondern vor allem auch die Arbeiter?

3. Ist es richtig oder nicht, daß tatsächlich von dem sozialdemokratischen Abgeordneten auch die Liste der Auszuzeichnenden eingereicht wurde, die zweifellos nicht seine Privatarbeit war, sondern auf Beschluß einer zuständigen Stelle beruhte?

4. Ist es richtig oder nicht, daß diese von sozialdemokratischen Parteibeamten eingereichte Vorschlagsliste dann umgeändert auch in dem Verzeichnis der mit dem Kreuz Bedachten Aufnahme fand?

5. Ist es richtig oder nicht, daß sich, als die Namen der Auszuzeichnenden bekannt wurden, in den Reihen der eigenen Parteimitglieder ein Murren erhob, weil vom ersten bis zum letzten durchweg Parteibeamte auf der Liste gestanden hatten, aber nicht ein einziger Arbeiter?

Die Fragen des „Bayrischen Kurier“ lauten zwar zwar sehr bestimmt, wir glauben aber nicht daran, daß Sozialdemokraten sich in einer Form um Ordensauszeichnungen bemüht haben, die wir bei unseren bürgerlichen Gegnern immer verspottet haben. In diesem Sinne kann man wohl erwarten, die Fragen des „Bayrischen Kurier“ beantwortet zu sehen.

Uberschwemmung in Hamburg. Durch eine Sturmflut sind in Hamburg und Umgegend große Verheerungen angerichtet worden. Die Sturmflut erreichte am Donnerstagsabend die außergewöhnliche Höhe von 18 Fuß 3 Zoll. Alle Keller an der Wasserkante und den niedrig gelegenen Stadtteilen waren übersflutet. Große Mengen Waren sind durch das Wasser vernichtet worden. Der Straßenbahn- und Wagenverkehr mußte eingestellt werden, weil die Straßen teilweise dreiviertel Meter hoch überschwemmt waren. Um 11 1/2 Uhr abends erreichte das Hochwasser seinen Höchststand. Der wütende Nordweststurm richtete an der Unterelbe starke Verheerungen an. In Glückstadt ist die Mole größtenteils zerstört worden, der Wasserstand erreichte dort die Höhe von 20 Fuß über dem Normalstand. In Wilster ist die Spitze des Kirchturms in einer Länge von mehreren Metern abgebrochen; die Kugel, das Kreuz und der Blitzableiter hängen nach dem Marktplatz hinunter. In Stade hat die Sturmflut die untere Stadt vollständig überschwemmt; der Verkehr in den überschwemmten Straßen mußte notdürftig mit

Booten aufrecht erhalten werden. Bei der Roperischen Schiffswerft wurden von der Gewalt der fluten Baumstämme von erheblicher Stärke fortgeschwemmt. Bei Zwielerfleth ist der Deich fast vollständig weggeräumt; an fetter Wiederherstellung wird eifrig gearbeitet, um einen Deichbruch zu verhindern.

Berurteilungen wegen Landesverrats. Das Reichsgericht verurteilte den dänischen Staatsangehörigen Kaufmann Frands Branden aus Kopenhagen wegen Landesverrats zu zwölf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. Branden hatte in deutschen Hafenstädten militärische Geheimnisse ausgepäht und an mehrere Feinde gelangen lassen. — Zu derselben Strafe wurde von dem außerordentlichen Kriegsgericht beim Landesgericht Kiel der Kaufmann Jens Lausen aus Kopenhagen verurteilt, dem ebenfalls fortgeschickter Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse zur Last gelegt wurde.

Brandkatastrophe in Lissabon. Donnerstags Abend brach in Lissabon in einem Lager für Militärkleider ein Brand aus, der in verbrecherischer Absicht gelegt worden war. Außer dem Sachschaden sind drei Tote und zahlreiche Verwundete zu verzeichnen. Man glaubt, daß noch mehrere Leichen unter den Trümmern liegen.

Rückgang des Viehbestandes in Aufraken. Nach einer Meldung der „Times“ aus Melbourne hat Duenenstand infolge der Dürre einen ungeheuren Verlust an Viehbestand erlitten. Der Rückgang an Schafen, die 1914 über 23 Millionen zählten, betrug im letzten Jahre 35 Prozent. Der Verlust an Rindvieh wird auf 20 Prozent geschätzt.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiter-Jugend Berlin-Züd. Südost-Deh. Morgen Sonntag gemeinsame Wanderung in die Gegend von Tegel. Treffpunkte: Süd: 7 Uhr morgens, Steintor-Borowitschhof; Südost: 8 Uhr morgens, Gärtnerei (Sanitätskassa); Westen: 9 1/2 Uhr morgens, Bahnh. Schönhauser. Nachmittags 4 Uhr an der Endstation der Straßenbahn Tegel: Zusammenkunft mit der Tegel- und Borsigwalder Arbeiterjugend und im Anschluß daran gemeinsamer Unterhaltungsabend in den Borsigwalder Festsälen. Zahlreiche Beteiligung aller jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ist erwünscht. Gänge willkommen. Die Veranstaltung findet bei jedem Wetter statt.

Wilmersdorf. Dienstag, den 18. Januar 1916: Abonnementbesprechung im Jugendheim, Mannheimer Str. 51. Anfang 7 1/2 Uhr.

Eingegangene Druckschriften.

Wacht! Sozialpolitische Grundlagen des gegenwärtigen Weltkrisen. Von R. Müller. 1 B., geb. 2 M. S. Schmidt, München.

Russisches. Ergebnisse und Einbrüche aus dem Monat der Gelangenschaft. Von R. Blau. Kart. 1 M. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart.

Die Kämpfe der Arbeiter- und Soldatenbewegungen mit besonderer Berücksichtigung des Jahres 1914. Von H. Jäkel. 172 S. Deutscher Legionärerverband, Berlin, Andreasstr. 61.

Kriegsgewinnsteuergelei. Gelei über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne vom 24. Dezember 1915. Erläutert von Prof. Dr. E. Eiler-Somlo. Geb. 2 M. F. Böhlen, Berlin W. 9.

Pante und der Verrat Italiens. Von Dr. C. Sauter. 60 S. Verlag „Globe und Kunst“, München.

Die Selbsttötung unterer Feinde. Von Dr. E. Lasker. 50 S. O. Joleph, Berlin, Dillowstr. 57.

Madame Claudart. Von R. H. Strobl. — Der Brief der Sibylle Brand. Von R. Grabau. (Wiking-Bücher, Einzelb. 1 M.) Verlag der Wiking-Bücher, Leipzig.

Deutschland und die Ostfrage. Von Dr. F. Goldmann. 19 S. Verlag des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Berlin, Lindenstr. 13.

Die Kämpfe der „Götter“ und der „Breslau“. Von E. Ludwig. 1 M. S. Jöcher, Berlin, Dillowstr. 50.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Zunächst etwas kälter und vom Westen nach Osten fortschreitende Aufhellung. Später im Nordwesten beginnende neue Trübung und Erwärmung. Keine erheblichen Niederschläge.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.

Köpenicker Viertel, Bezirk 168. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Buchbinder

Alfred Koch

Mustauer Str. 34 gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Montag, den 17. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. 217/7 Der Vorstand.

Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin.

Am 13. Januar verstarb nach langer Krankheit unser lieber Kollege

Hugo Herzhoff

im 64. Lebensjahre. Möge ihm die Erde leicht sein! Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 3 Uhr, auf dem alten Jakobikirchhof, Neukölln, am Kolffrug, statt. Um zahlreiche Beteiligung der Kollegen ersucht.

Der Personal-Ausschuß.

Nach langem, schwerem Leiden (Nierenvergiftung) verstarb am 12. d. Mts. im Alter von 84 Jahren mein lieber Vater, unser treuer, geliebter Vater, der Buchbinder

Alfred Koch.

Dies zeigen tiefbetrauert an Witwe Frida Koch, Gertha und Tochter als Kinder, Mustauer Str. 34.

Die Beerdigung findet am Montag, den 17. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes, Friedrichshagen aus statt. Schläfe wohl, lieber Papa, Du hast zu viel gelitten, ohne zu klagen, Dein Denken galt nur uns.

Verband der Bureauangestellten Deutschlands.

Ortsgruppe Groß-Berlin. Anfolge einer im Felde erlittenen Verwundung verstarb im Lazarett unser Kollege

Otto Thiele

Genossenvereinsmitglied. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Gorkotriedhof hinter der Hasenheide statt. Um zahlreiche Beteiligung der Kollegen wird ersucht.

Ferner verstarb am 18. Januar unser langjähriges Mitglied

Hugo Herzhoff

Krankenlassenangestellter. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, auf dem alten Jakobikirchhof, Neukölln, am Kolffrug, statt. Um zahlreiche Beteiligung der Kollegen ersucht. 46/1 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am 11. Januar verstarb unser Parteigenosse

Hugo Herzhoff

Treptower Str. 8. 11. Bezirk. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 16. Januar, nachmittags 3 Uhr, auf dem alten Jakobikirchhof, Hermannstraße, statt. 236/4 Um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Haben Sie Fußbeschwerden?

empfehle nach Maß passend gearbeitete Stützelnagen sowie Bruchbandagen aller Art, Leibbinden, Stützvorleis usw., Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege. Pollmann, Gaudagis, Berlin N., Lothringer Str. 60. Lieferant für Krankenkassen

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, Edoards, Sohnes, Bruders und Schwagers sage ich allen Teilnehmern, insbesondere dem Wahlverein, Bezirk Oberschöneweide, dem Gesangsverein Liedertafel, dem Deutschen Arbeiter- u. Soldatenvereine sowie den Kollegen der Fa. Schwarzschiff, Hrn. Reiter Kumpf (Schönhauser) und Herrn Welle für ihre trostreichen Worte meinen herzlichsten Dank. 8634 Wwe. Marie Gehrke.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters und Vaters Gustav Bodenthin sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Berlin-Berliner Buchdruck- u. Maschinenmeister sowie den Kollegen und Kolleginnen von H. S. Hermann, unseren herzlichsten Dank. 1228 Margarete Bodenthin und Tochter Hildegard. Du warst so gut, Du hast zu früh, Vergessen werden wir Dich nie.

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.

Im Lagerhaus **AUFVERKAUF** Preisermäßigung bis 75 v. H. Hand- u. Hausarbeiten nach Maß. 78 v. H. Hand- u. Hausarbeiten nach Maß. 75 v. H. Hand- u. Hausarbeiten nach Maß.

Im Lagerhaus **AUFVERKAUF** Preisermäßigung bis 70 v. H. Hand- u. Hausarbeiten nach Maß. 70 v. H. Hand- u. Hausarbeiten nach Maß. 70 v. H. Hand- u. Hausarbeiten nach Maß.

Is Gummimantel 15,- schwarz, ohne Gummier. Kutschende Gummimantel, ausgereinigt. Gummierung, blau, grün, rot, hellblau, hellgrün, braun, Kuppel, Kammern u. seidenartige Popelias, zu 3 Preisen: 35,- 30,- 24,-. Frachtkosten Beiden Gummimantel-entsprechende Farben 50,- 45,- 29,-. Anzahlen nach außerhalb gegen Anzahlung. Umlaufsch gestützt. Modellkarte 15,-. Ladenkosten 25,-. Gediegene Astrachanmantel kurz u. lang, warm, Futter 48,- 36,- 27,-. Krimmer- u. Wollplüschmantel, beste Ausführung 85,- 69,- 58,- 45,-. Starks Figuren finden Passendes in allen Abteilungen. Ladenmantel 15,-. **Kostüm-Angebot!** Entschönte Kostüme in Schm. Kammern, Taos, Seide, wunderbare Modelle, Frühjahrsneuheiten 1916. 85,- 65,- 45,- 25,-.

Westmann Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr. 56). Mohrenstraße 37a (Kolonnenaden). Seidplüschmantel wunderbare Ausführung 110,- 82,- 65,-. Seidenplüschmantel reiz. Formen, bestes Futter 80,- 58,- 41,- 30,-. Seidplüschmantel 15,-. Seidplüschmantel 15,-.

Soziales.

Lehrlingsklagen.

Eine lange Reihe von Klagen wegen Auflösung des Lehrverhältnisses, die vor dem Innungsausschuss für Lehrlingsangelegenheiten verhandelt wurden, lieferte lehrreiche Beispiele dafür, wie sich die Einwirkung des Krieges auf das Erwerbsleben bemerkbar macht.

Fälle, wie wir sie vor dem Gewerbeamt öfter beobachtet haben, zeigen sich auch vor dem Innungsausschuss: Es gibt Gewerbetreibende, die, weil sie nur Kriegsarbeiten haben, nicht in der Lage sind, ihre Lehrlinge ordnungsmäßig auszubilden. Aber es klagen auch Lehrlinge, die mangelhafte Ausbildung und Ueberforderung des Pflichtunterrichts ohne hinreichenden Lohn und Vorwissen, um von dem lästigen Lehrvertrage loszukommen, damit sie ein Arbeitsverhältnis eingehen können, das ihnen einen verhältnismäßig guten Verdienst verspricht. Es ist meist recht schwer, solchen jungen Leuten und auch ihren Eltern klar zu machen, daß es für die Zukunft des Lehrlings besser ist, wenn er das Lehrverhältnis ausläßt, anstatt eine vorübergehende Gelegenheit zu besserem Verdienst als ungelernter Arbeiter zu ergreifen. Doch es gibt auch Fälle, wo das Verlangen, die lästige Fesseln des Lehrvertrages abzustreifen, wohl zu verstehen ist, obgleich ein rechtlicher Grund dazu nicht vorliegt.

So wollte ein Schlosserlehrling, veranlaßt durch seine Mutter, das Lehrverhältnis lösen, um zur Post überzugehen. Die Mutter sagte: „Ich bin Witwe, mein ältester Sohn steht im Felde, aber weil er aktiver Soldat ist, bekomme ich keine Kriegsunterstützung. Ich kann meinen Unterhalt nicht selbst verdienen. Darum muß mein zweiter Sohn, der Schlosserlehrling, einen Beruf ergreifen, wo er soviel verdient, daß er mich unterstützen kann. Aber mit diesem Argument kam die Frau beim Innungsausschuss nicht durch, um so weniger, als der Meister sagte, er gebe dem Lehrling außer dem vertragmäßigen Gehalt von 4,50 M. eine Teuerungszulage von 3 M. wöchentlich und sei bereit, außerdem der Mutter eine wöchentliche Unterstützung von 5 M. zu gewähren. Dem dringenden Rat des Ausschusses, unter diesen Umständen ihren Sohn in seinem eigenen Interesse in der Lehre zu lassen und sich selbst um eine Unterstützung zu bemühen, die sie von der Kriegswohlfahrtspflege sicher erhalten werde, gab die Frau kein Gehör. Die Klage wurde schließlich abgewiesen. Die Mutter des Lehrlings versicherte, sie werde weitergehen, nötigenfalls bis an den Kaiser. Des wäre ja noch schöner, wenn der Lehrvertrag nicht aufgehoben werden sollte.

Wehrlich lagen die Verhältnisse bei einem Schneiderlehrling. Sein Vater, ein kleiner Zigarrenfabrikant, steht im Felde, die Mutter führt das Geschäft so gut es gehen will, weiter, sie bedarf aber dabei der Hilfe des Sohnes und möchte deshalb das Lehrverhältnis lösen. Der Ausschuss hielt diesen Grund nicht für ausreichend. Auch der Meister wollte den Lehrling nicht freigeben. Schließlich kam ein Vergleich zustande, wonach der Meister in die Lösung des Vertrages willigt, während ihm die Mutter des Lehrlings 100 M. ratenweise zahlt.

In einem anderen Falle wollte eine Damenschneiderin, die Innungsmittglied ist, den Vertrag mit ihrem Lehrling lösen, weil sie wegen des Krieges keine Arbeit für das Mädchen hat. Den größeren Teil der dreijährigen Arbeitszeit hat das Mädchen bereits hinter sich. Die Handwerkskammer hat die Ablegung der Gesellenprüfung vor Beendigung der Lehrzeit bewilligt. Da aber der Prüfungstermin kurz ein Versetzen verümt wurde, hat das Mädchen, das nach Angabe der Meisterin schon über leibliche Kenntnisse verfügt, keinen Gesellenbrief und findet deshalb in besseren Damenschneiderwerkstätten keine Arbeit. Die Prüfung kann erst beim Ostertermin abgelegt werden. Nun ist die Frage: Was soll geschehen? Einweisen hat der noch nicht zum Gesellen beförderte weibliche Lehrling Arbeit in einer Konfektionswerkstatt. Aber das gefällt ihm nicht und Innungsmeister im Ausdusck bedauern das ebenfalls, weil in der Konfektion die gute Schneiderarbeit verlernt würde. Schließlich kam eine Verständigung dadurch zustande, daß ein Mitglied des Ausschusses versprach, dem Mädchen durch Vermittlung der Innung eine Stelle in einer guten Werkstatt zu verschaffen.

Abweisung einer Klage auf Rücknahme der Approbation als Apotheker.

§ 53 Absatz 1 der Gewerbeordnung bestimmt: „Die im § 20 bezeichneten Approbationen können von der Verwaltungsbehörde nur dann zurückgenommen werden, wenn die Unrichtigkeit der Nachweise dargetan wird, auf Grund deren solche erteilt worden sind, oder wenn dem Inhaber der Approbation die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind, im letzteren Falle jedoch nur für die Dauer des Ehrenverlustes.“ Die vier bezeichneten Approbationen sind die der Apotheker und der Ärzte.

Der Polizeipräsident in Königsberg hatte nun auf Grund des § 53 Absatz 1 gegen den Apotheker S. auf Rücknahme der Approbation als Apotheker geklagt, weil ein Nachweis im Sinne des § 53 unrichtig gewesen sei. Es handelte sich hierbei um eine Verzeichnung der Polizeiverwaltung eines früheren Aufenthaltsorts des Beklagten, worin ihm bezeugt worden war, daß er sich dort mehrere Jahre lang aufgehalten habe und daß Nachteiliges über ihn dort nicht bekannt geworden sei. Um die Approbation durch den Minister zu erhalten, hatte S. dieses Führungszeugnis eingereicht. Der Polizeipräsident in Königsberg machte nun geltend, dieser Nachweis sei unrichtig, denn es sei dem Kläger jetzt bekannt geworden, daß S. als junger Mensch zweimal Geld unterschlagen habe. Zu einem Strafverfahren war es nicht gekommen, da der Vater die Angelegenheiten in der Stille durch Entlassung der Beträge erledigt hatte.

Der Bezirksausschuss wies die Klage des Polizeipräsidenten ab. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte jetzt das Urteil mit folgender Begründung: Allerdings sei das fragliche polizeiliche Führungszeugnis als ein Nachweis anzusehen, wie ihn § 53 meine. Er sei aber nicht als unrichtiger Nachweis anzusehen. Wenn die Polizeibehörde bezeugte, daß ihr nichts Nachteiliges bekannt geworden sei, so sei das durchaus nicht unrichtig. Denn was nachträglich bekannt wurde, seien Vorgänge, die nie angezeigt worden seien, sondern privat geregelt wurden. Es sei davon auch nichts ins Publikum gedrungen. Und daß die Unrichtigkeit des Nachweises bei der ihn ausstellenden Polizei auch nur vermutet werden konnte, sei auch nicht anzunehmen. Der vom Polizeipräsidenten geltend gemachte Grund scheide also aus. Da ein anderer nicht vorliege, so war die Klage auf Entziehung der Approbation abzuweisen.

Gerichtszeitung.

Eine unglückliche Pflegemutter.

Unter der Anklage der fahrlässigen Tötung stand gestern die Pförtnerin Frau Clara Kirisch vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II.

Die Angeklagte gab unter feinerweichendem Weinen folgende Darstellung von dem unglücklichen Vorgang, der sie auf die Anklagebank geführt hat: Sie hat, da ihr Mann im Kriege sich befindet, die Stelle einer Pförtnerin in einem mit Warmwasserheizung ausgerüsteten Hause in Neuhöfen angenommen. Sie hatte ein zweijähriges Mädchen in Pflege, das sie nach dem Zeugnis der Mutter durchaus liebte und aufmerksam versorgte. Am 25. Oktober

war sie damit beschäftigt, die Treppe mit dem aus der Heizungsanlage entnommenen Wasser aufzuschauern, wobei sie feststellte, daß das Wasser nicht übermäßig warm war. Ihre Gedanken wandten dabei bei ihrem Manne, von dem sie auffallend lange nichts gehört hatte, so daß sie in Sorge um ihn war. Da stellte sie die Notwendigkeit fest, das kleine Pflegelind, welches sich beschmutzt hatte, an den Rücken zu reinigen. Ohne damit zu rechnen, daß das Wasser in der Heizungsanlage inzwischen einen wesentlich höheren Wärmegrad angenommen haben könnte, ließ sie unbedacht warmes Wasser in einen Eimer und stellte das Kind mit beiden Füßen hinein. Das Kind schrie alsbald jämmerlich auf und nur erst sah die Angeklagte, daß das Wasser siedehoch war und die Beine des Kindes bis zum Arme hinauf furchtbar verbrüht hatte. Die Ungelagte wandte in ihrer Verzweiflung alle möglichen Mittel gegen Brandwunden an; sie hatte aber keinen Erfolg, denn das Kind starb am nächsten Tage infolge Herzlähmung. Nach dem Gutachten des Leber zu spät hinzugerufenen Arztes Dr. Thomas ist die Tod eine Folge der Verbrühung gewesen. — Der Staatsanwalt hielt die Fahrlässigkeit der Angeklagten für eine so große, daß er sechs Monate Gefängnis beantragte. Das Gericht hielt eine mildere Strafe am Platze, erkannte aber immerhin auf einen Monat Gefängnis.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 429 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

- Infanterie usw.: Garde: 1., 3. und 4. Garde-Reg. 3. P.; 7. Garde-Inf.-Reg.; 2. Garde-Res.-Reg.; Garde-Gren.-Reg. Augusta; Garde-Fuß.-Reg. Gren., bezw. Inf., bezw. Fü.-Regimenter Nr. 1, 2, 4, 7, 9, 13, 15, 16, 17, 19 (s. Inf.-Reg. Nr. 154), 31, 33, 34, 36, 38, 39, 41, 42, 45, 46, 48, 49, 53, 54, 55, 57, 61, 62, 65, 66, 67, 69, 70, 76, 77, 78, 81, 84, 88, 89, 92, 95, 97, 98, 99, 110, 111, 117, 118, 120, 131, 133, 136, 140, 142, 146 bis einschl. 151, 153, 154, 157, 160, 161, 163, 165 bis einschl. 170 (letzteres f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 75), 171 bis einschl. 176, 184, 185, 187, 335, 343, 344, 347. Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 5, 7, 13, 17, 35, 38, 40, 46, 48, 60, 64, 65, 66, 72, 74, 78, 81, 82, 83, 88, 92, 99, 110, 111, 203, 204, 209, 210, 213, 214, 218, 219, 222 bis einschl. 226, 229, 230, 252, 255, 256, 257, 259, 260, 264, 265, 268 bis einschl. 272. Ref.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 4. Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 3, 4, 11, 13, 16, 17, 31, 35, 38, 46, 51, 66, 80, 99, 100. Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 2. Brig.-Erf.-Batt. Nr. 78 (s. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 51). Landw.-Brig.-Erf.-Batt. Nr. 21 (s. Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 2). 2. Landst.-Inf.-Batt. Bosen. 14. Landst.-Inf.-Erf.-Batt. des 7. Armee-Korps (Rhinl.). Jäger-Bataillone Nr. 4, 5, 7, 11; Ref.-Bataillone Nr. 3 und 19. Festungs-Inf.-Komp. Neubreitach. 2. Erf.-Maschinengew.-Komp. des 2. und 2. des 21. Armee-Korps; Gebirgs-Maschinengew.-Abt. Nr. 236; Feld-Maschinengew.-Züge Nr. 181 und 191 (s. Inf.-Reg. Nr. 150); Festungs-Maschinengew.-Komp. Straßburg Nr. 1.

- Kavallerie: Reg. der Garde du Corps. 2. Garde-Mann. Dragoner Nr. 2, 4, 22, 23; Fusaren Nr. 1, 3, 4; Mannen Nr. 3, 10, 13; Jäger zu Pferde Nr. 2.
- Feldartillerie: 7. Garde-Reg. Regiment Nr. 3, 14, 40, 43, 70, 74, 75, 95, 100, 104, 213, 217, 233, 241; Ref.-Regiment Nr. 17, 51, 66, 69. Abteilungen Nr. 89 und 185.

Die sächsische Verlustliste Nr. 244 meldet Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 103, 104, 139, 177, 182, 381; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 100, 101, 103, 133, 241; Erf.-Inf.-Regimenter Nr. 23, 24, 32, 40; Jäger-Bataillone Nr. 12, 13; Ref.-Jäger-Bataillone Nr. 12, 13; Feld-Maschinengew.-Zug Nr. 388.

Die württembergischen Verlustlisten Nr. 329 und 330 veröffentlichen Verluste des Erf.-Inf.-Reg. Nr. 51; Ref.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 120; Inf.-Regimenter Nr. 121, 124, 126, 127, 180; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 247; Landst.-Inf.-Batt. Biberach. Mannen-Reg. Nr. 20; Ref.-Dragoner-Reg.; 1. Landw.-Eskadron. Feldart. Reg. Nr. 13; Ref.-Feldart. Reg. Nr. 26, 2. und 4. Feld-Pionier-Komp. Verluste durch Krankheiten. Verzeichnis Nr. 4 der aus Frankreich zurückgekehrten Austauschverwundeten, zugleich Berichtigung der betreffenden früheren Verlustlisten. Berichtigungen früherer Verlustlisten.

Gren.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 119; Inf.-Reg. Nr. 120; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 121; Fü.-Reg. Nr. 122; Gren.-Reg. Nr. 123; Inf.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 124; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 125, 126; Landst.-Inf.-Batt. Biberach. Ref.-Feldart. Reg. Nr. 26, 1. und 2. Feld-Pionier-Komp. Armierungs-Batt. Nr. 50. Verluste durch Krankheiten. Berichtigungen früherer Verlustlisten.

Museen, Sammlungen, Sehenswürdigkeiten.

(Zutritt ist unentgeltlich, wenn nichts anderes vermerkt ist. — Als Feiertage gelten Weihnachts-, Ofter-, Pfingsten, Neujahr, Karfreitag, Himmelstfahrtstag, Vahstag.)

Altes und Neues Museum. (Lustgarten) Geöffnet: an Wochentagen (außer Sonntag) 10—4, im Oktober bis März nur bis 3 Uhr; an Sonntagen (auch an den zweiten Weihnachts-, Ofter-, Pfingstfeiertagen) 12—6, im Oktober und März nur bis 5, im November und Februar bis 4, im Dezember und Januar bis 3. Geschlossen: an Montagen und Feiertagen (außer den zweiten Feiertagen).

Architektur-Museum. (Charlottenburg, Berliner Straße 171/172, Technische Hochschule.) Geöffnet: Montag und Freitag 10—3, Dienstag und Donnerstag 12—3, Mittwoch 10—12. Geschlossen: Sonnabend und Sonntag.

Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt. (Charlottenburg, Kraundhofstraße 11/12.) Geöffnet: an Sonn- und Feiertagen 1—5, an Wochentagen (außer Sonntag) 10—1, an Dienstag und Donnerstag auch abends 6—9. Geschlossen: an den ersten Weihnachts-, Ofter-, Pfingstfeiertagen.

Aquarium. Eintrittsgeld 1 M., vom Zoologischen Garten aus 50 Pf. Berg- und Güttemuseum. (Zooanlagen 4.) An Wochentagen (außer Sonnabend) 12—2, an Sonntagen 12—6, im Oktober und März nur bis 5, im November und Februar bis 4, im Dezember und Januar bis 3.

Botanischer Garten. (Dahlem, Königin-Luise-Straße 6/8.) Geöffnet nur vom 1. April bis 15. Oktober: unentgeltlich Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Freitag 2—7; außerdem an Wochentagen vormittags gegen Eintrittsgeld, wofür der gedruckte „Führer“ gegeben wird.

Botanisches Museum. (Dahlem, Königin-Luise-Straße 6/8.) Mittwoch 10—5, im Oktober bis März nur bis 4.

Baumuseum. Siehe Verkehrsmuseum. Eisenbahnmuseum, siehe Verkehrsmuseum.

Kaiser Friedrich Museum. (Mombisowstraße.) Geöffnet: an den Wochentagen (außer Sonntag) 10—6, an Sonntagen (auch an den zweiten Weihnachts-, Ofter- und Pfingstfeiertagen) 12—6; an Wochen- und Sonntagen (auch zweiten Feiertagen) im Oktober und März nur bis 5, im November und Februar bis 4, im Dezember und Januar bis 3. Geschlossen: an Montagen und Feiertagen (außer den zweiten Feiertagen). Zutritt unentgeltlich, nur am Dienstag und Mittwoch gegen 50 Pf.

Kunstgewerbe-Museum. (Prinz-Albrecht-Straße 7.) Besuchszeit wie beim Alten Museum.

Landtagsgebäude. Wochentags 9—12, außerhalb der Tagung. Landwirtschaftsmuseum. (Zooanlagen 4.) Geöffnet: an Wochentagen (außer Mittwoch) 10—3, an jedem dritten Sonntag im Monat 11—3. Geschlossen: am Mittwoch und an Sonn- und Feiertagen (mit Ausnahme des dritten Sonntags im Monat).

Märkisches Museum. (Wallstr. 50/51.) Geöffnet: an Wochentagen (außer Sonnabend) und an Sonntagen (auch den zweiten Weihnachts-, Ofter-, Pfingstfeiertagen) 10—3, an den Vorabenden vor Weihnachten, Ofter-, Pfingsten und am Heiligabend nur bis 1. Geschlossen: an Sonnabend und an Feiertagen (außer den zweiten Weihnachts-, Ofter-, Pfingstfeiertagen).

Meerestundemuseum. (Georgenstr. 34—36.) Am Montag, Mittwoch Sonnabend im Sommer 11—4, im Winter 10—3; am Sonntag im Sommer und im Winter 12—4.

Museum für deutsche Volkstrachten und Volkskunde. Klosterstraße 36. Besuchszeit wie beim Alten und Neuen Museum.

National-Galerie. (Museumsinsel.) Geöffnet: am Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag, Sonnabend 10—6, am Donnerstag 1—6, am Sonntag (auch an den zweiten Weihnachts-, Ofter-, Pfingstfeiertagen) 12—6; an Wochen- und Sonntagen (auch den zweiten Feiertagen) im Oktober und März nur bis 5, im November und Februar bis 4, im Dezember und Januar bis 3. Geschlossen: an Feiertagen (außer den zweiten Weihnachts-, Ofter-, Pfingstfeiertagen). Zutritt unentgeltlich, nur am Donnerstag 1 M., am Freitag und Sonnabend 50 Pf.

Naturkundemuseum. (Zooanlagen 4.) Montag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend 10—4, im Oktober bis März nur bis 3. An Sonntagen und zweiten Feiertagen wie beim Alten Museum.

Postmuseum. (Leipziger Straße 16/18.) Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag 10—2, Sonntag und an den zweiten Feiertagen 12—2.

Rauch-Museum. (Berle von Christian Rauch, Klosterstraße 76.) An Wochentagen 10—4, im Oktober bis März nur bis 3.

Rathaus. (Königsstraße.) Täglich (außer Donnerstag und Freitag) 10—3. Weihnachtstage. (Königsplatz.) An Wochentagen vormittags 9 Uhr, wenn Planmählungen stattfinden; vormittags 9, 9¹⁵, 12, 2¹⁵, 3¹⁵ Uhr, wenn keine stattfinden; an Sonntagen und zweiten Feiertagen 1 und 1¹⁵ Uhr; an anderen Feiertagen geschlossen. Eintrittsgeld 25 Pf.

Stadthaus. (Mödenstraße.) Wochentags 10—3, Sonntag 11—2. Zutritt zum Stadthaus täglich unentgeltlich, zum Turm gegen 20 Pf. (nur am Montag und Donnerstag unentgeltlich).

Sternwarte im Treptower Park. Täglich von 2 Uhr nachmittags, im Sommer bis 12 Uhr nachts, im Winter bis 10 Uhr abends. Für Besichtigung der Sternwarte und des Astronomischen Museums 50 Pf. für Beobachtung mit dem großen Fernrohr 1 M.

Sternwarte der „Urania“. (Zooanlagen 57/62.) Täglich 7¹⁵ bis 11 Uhr abends. 50 Pf.

Urania, Sammlungen und wissenschaftliches Theater. (Laudenstr. 48.) Täglich von 10 Uhr vormittags ab. Eintrittsgeld 50 Pf. (für Abendvorstellungen von 1 M. an).

Verkehrs- und Baumuseum. (Zooanlagen 51.) Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag 10—4, Sonnabend 2—7, Sonntag 11—4. An Feiertagen geschlossen, an zweiten Feiertagen geöffnet wie Sonntag, an darauf folgenden Tagen geschlossen.

Völkermuseum. (Königsgraben Straße 120.) Besuchszeit wie beim Alten Museum.

Zoohaus. (An der Schloßbrücke.) Geöffnet: an Sonntagen und zweiten Feiertagen 12—3, an Wochentagen (außer Sonnabend) im Sommer 10—3, im Winter 10—2. Geschlossen: Sonnabend und an Feiertagen (außer zweiten Feiertagen). Eintrittsgeld an Wochentagen 1 Mark, an Sonn- und Feiertagen 50 Pf.; Kinder die Hälfte. Am ersten Sonntag jedes Monats 25 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Ende 3, IV. Hof rechts, barriere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Zuschuß und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsbescheinigung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und vergütete Dinge man in die Sprechstunde mit.

Hans Winter u. Gen. Das halten wir nicht für möglich. — Heilmann. Brief erhalten. — E. S. 23. Rein. — Marie 1. Rein. — E. G. 25. 1. Die Probezeit kann unmöglich auf 4 Monate gerechnet werden. Es gelten als seit angeheilt. 2. Rein. — 3. 49. Vergleichen; zurückgestellt. — E. S. 22. Ehe Sie Klage auf Schadenersatz einleiten, verlangen Sie zunächst vom Hauswirt durch eingeschriebenen Brief den Schaden ersetzt. — U. S. 31. 1. Der Wirt resp. Verwalter ist verpflichtet, dem Mieter die Broschüren auszustellen. Nur wenn er Sie nicht antwortet, müssen Sie sich die Karten vom Wirt in der von diesem angegebenen Zeit abholen. 2. Rein. Sie könnten nur Bekamerte beim Vorhanden der Profkommission einreichen. — Kriegerfrau W. H. 1. Rein. 2. Ja. — G. S. 24. Ja. — A. H. 8. 1. und 2. Rein. — Otto 260. Rein. — H. S. 8. Auf Grund einer Bescheinigung, die Sie sich auf dem Polizeirevier ausstellen lassen müssen, wird Ihnen am Fahrkartenschalter der Fahrpreis ermäßigt. — 12. G. 7. 1. Die Erlaubnis kann auf Antrag erteilt werden. 2. Wenn Sie nicht selbst Krankenschwesternstellen müssen, müssen Sie auf der Steuerkasse Antrag auf Wochenlohn stellen. — U. S. 6. Der Mann ist zur Zahlung der Kirchensteuer für die Frau verpflichtet. — G. H. 51. Sie werden nicht für selbständig erachtet. — H. S. 19. 1. Sie haben Anspruch auf Verhütungsgeld. 2. Rein, wenn die Rasse nur als Zuschußzahl galt. 3. Die Volkrente beträgt 140 M., dazu kommen event. monatlich 27 M. Bestimmungszulage und 55 M. Kriegszulage. Der Arbeitsverdienst hat keinen Einfluß auf die Höhe der Rente. Es kann in diesem Falle nur Antrag auf eine einmalige Zulage gestellt werden.

Zeitgemäße Literatur

Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg

Eine politische Studie von Dr. Paul Lensch. Preis 1 Mark, Vereinsausgabe 40 Pf.

Diese Schrift nimmt Stellung zu den Problemen des Weltkriegs. Die bedeutendsten Zeitungen haben in ausführlichen Abhandlungen zu der Schrift Stellung genommen.

Inhalt: Imperialistische Politik der Großmächte in den letzten 15 Jahren — Die englische Welt Herrschaft und ihre Erschütterung durch den Krieg — Der russische Zsarismus — Frankreich und der Krieg — Deutsche Vergangenheit und deutsche Zukunft.

Die Internationalität und der Krieg

Von Karl Rautsky. Preis 50 Pf., Vereinsausgabe 20 Pf.

Inhalt: Internationalität und Neutralität. — Parteidifferenzen im Kriege. a) Von 1854—1866. b) Das Jahr 1870. c) Nach 1870. — Gegensätze des Friedens und Gegensatzes des Krieges. — Die Einigkeit in der Internationale seit dem Burenkrieg. — Die Schwierigkeiten der jetzigen Situation. — Die Schrecken der Invasion. — Die Gefährdung der Internationale. — Die Grenzen der Internationale.

Partei-Zusammenbruch?

Ein offenes Wort zum inneren Parteistreit von Heinz Cunow. Preis 75 Pf., Vereinsausgabe 30 Pf.

Aus dem Inhalt: Ideologie und Gefühle — Wie steht es um die Abwirtschaffung des Kapitalismus? — Ist der wirtschaftliche Imperialismus eine geschichtlich notwendige Entwicklungsphase? — Entwicklungstheoretisches — Klassengefühl und Nationalgefühl — Ideologische Verirrung.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Durch alle Ausgabestellen des „Vorwärts“ zu beziehen

